

Stenografischer Bericht

63. Sitzung des Landtages Steiermark

XVIII. Gesetzgebungsperiode 13. November 2024

Beginn: 10.00 Uhr

Entschuldigt: Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann, LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Köck und LTAbg. Kügerl

D1. Einl.Zahl 4309/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Dr. Kornhäusl

Betreff: *Projektkontrollbericht des Landesrechnungshofs als weiterer Beleg für notwendigen Stopp des Projekts Leitspital Liezen noch vor der Landtagswahl!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Kunasek (13106)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dr. Kornhäusl (13115)

Wortmeldungen: KO LTAbg. Klimt-Weithaler (13127), LTAbg. Schönleitner (13131), KO LTAbg. Swatek, BSc (13136), LTAbg. Triller, BA MSc (13139), LTAbg. Dr. Pokorn (13143), LTAbg. Royer (13146), LTAbg. Schwarzl (13148), LTAbg. Dr. Murgg (13152), LTAbg. Zenz (13155), LTAbg. Schönleitner (13156), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (13160), KO LTAbg. Riener (13163), LTAbg. Dr. Pokorn (13166), LTAbg. Andreas Lackner (13167), Landeshauptmann Mag. Drexler (13168)

Beschlussfassung: (13172)

D2. Einl.Zahl 4312/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landeshauptmann Mag. Drexler

Betreff: *Faschingsscherz oder Populismusopfer Bodenschutz?!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Krautwaschl (13173)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Mag. Drexler (13178)

Wortmeldungen: LTAAbg. Dirnberger (13184), LTAAbg. Andreas Lackner (13187), Erste Präsidentin LTAAbg. Khom (13188), KO LTAAbg. Krautwaschl (13191), LTAAbg. Schönleitner (13193), Landeshauptmann Mag. Drexler (13196)

Beschlussfassung: (0000)

Erste Präsidentin Khom: Hohes Haus!

Es findet heute die 63. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVIII. Gesetzgebungsperiode statt. Es handelt sich hierbei um eine außerordentliche Sitzung.

Ich begrüße alle Anwesenden, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler an der Spitze sowie die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind der Herr Dritte Landtagspräsident, Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, die Frau Abgeordnete Dipl.-Ing.(FH) Lara Köck und die Frau Abgeordnete Helga Kügerl.

Am 8. November 2024 wurde von Abgeordneten der FPÖ und KPÖ beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark einzuberufen.

Gemäß Art 15 Abs. 5 L-VG iVm § 40 Abs. 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird.

Der vorliegende Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung von mir einberufen.

D1. Am Freitag, dem 8. November 2024 wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 4309/1, an Herrn Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusel betreffend „Projektkontrollbericht des Landesrechnungshofs als weiterer Beleg für notwendigen Stopp des Projekts Leitspital Liezen noch vor der Landtagswahl!“ eingebracht.

D2. Am Dienstag, dem 12. November 2024 wurde von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 4312/1, an Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler betreffend „Faschingsscherz oder Populismusopfer Bodenschutz?!“ eingebracht.

Es wurden fünf Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über.

Ich komme nun zur Behandlung der ersten Dringlichen Anfrage

D1: Einl.Zahl 4309/1 an Herrn Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusel betreffend „**Projektkontrollbericht des Landesrechnungshofs als weiterer Beleg für notwendigen Stopp des Projekts Leitspital Liezen noch vor der Landtagswahl!**“ eingebracht.

Ich erteile Herrn KO LTAbg. Mario Kunasek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

Bitte schön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (10.03 Uhr): Ja, Dankeschön, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank, Hohes Haus, Auditorium – heute gut gefüllt – und auch jene, die per Livestream zusehen!

Das kennt ja jeder. Wir unterhalten uns ja schon seit geraumer Zeit über das Thema. Nicht zum ersten Mal auch hier im Landtag Steiermark. Nicht zum ersten Mal auch natürlich in manchen auch hitzigen Debatten und wohl auch nicht, so meine Prognose, zum letzten Mal hier in diesem Hause, über dieses Leitspital, über diese, nennen wir es einmal Dauerbaustelle,

es ist ja noch nicht einmal eine, aber über diese Dauerbaustelle im Bezirk Liezen. Und ich möchte einmal mit etwas Positivem beginnen. Ich darf das als Ausschussobmann des Kontrollausschusses sagen. Es war ja heute schon davor eine Ausschusssitzung, eine Kontrollausschusssitzung, wo wir eben die vorliegende Projektkontrolle des Landesrechnungshofes diskutieren haben dürfen. Und jetzt bin ich einige Jahre schon in diesem Hause und einige Jahre auch Vorsitzender des Ausschusses, und ich sage vielleicht unterstreichend, das auch oder wenn das meine Kollegen auch bestätigen, es war heute ein guter Ausschuss. Wir haben heute einiges an Fragen gestellt, einiges an Antworten bekommen. Es war ein inhaltlicher Ausschuss und es war nicht wie oft auch üblich, leider oft auch üblich, mehr oder weniger, sage ich einmal, darüberfahren, das wir erlebt haben. Also es war heute gut, es ist einmal in die richtige Richtung gegangen. Aber es war natürlich auch in dieser einen Stunde, die haben wir ja eh ausgereizt, bei Weitem nicht möglich, alle, sage ich einmal, Fragen zu stellen und selbstverständlich auch nicht alle Antworten dann in der gegebenen Kürze zu erhalten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde erst auch versuchen, nachdem uns allen, glaube ich, die Genese dieses Projekts hinreichlich bekannt ist, nur einige Eckpunkte noch einmal zu erörtern, um das eine oder andere auch in Erinnerung zu rufen und dann entsprechend natürlich auch diese Dringliche Anfrage einbringen. Ich bin sehr froh, dass wir das heute hier auch machen dürfen, möchte mich da eigentlich auch bei der Volkspartei und bei der SPÖ bedanken, weil erst die Forderung nach dem Kontrollausschuss natürlich uns dann auf den Plan gerufen hat, hier auch noch inhaltlich im Landtag zu debattieren, heute hier auch die Möglichkeit ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Jahr 2016, also schon auch vor einiger Zeit, da präsentierte die damalige Landesregierung den steirischen Gesundheitsplan 2035. Und ich glaube, was selbst auch schon damals im Hause wenige auch von uns ahnten, welche gravierende Folgen dieses Strategiepapier, was es ja ist, auf die steirische Versorgungslandschaft entfalten würde. Insbesondere natürlich, und deshalb sind wir heute auch hier, auf die geplante Situation im Bezirk Liezen, auf die geplante Krankenhaus-Neubausituation in Stainach-Pürgg, zu Lasten der drei – und wir kennen die drei Krankenhäuser, Rottenmann, Aussee und Schladming – bewährten regionalen Krankenanstalten, basierend auf diese unmittelbaren Planungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, und das möchte ich schon auch festhalten als Klubobmann der Freiheitlichen Partei hier im Landtag und ich glaube auch andere Fraktionen, die hier anwesend sind, wir haben uns schon von Beginn an mit diesem Thema intensiv befasst. Ich glaube, keiner ist in diesem Raum, der in irgendeiner Form sagt, man nimmt solche Entscheidungen einfach

leichtfertig zur Kenntnis und sagt: „Das wird schon irgendwie funktionieren oder gehen“, und gräbt sich dann in irgendeine Position ein, aus der man nicht mehr rauskommt. Sondern nein, wir haben uns natürlich mit Interessensvertretern, wir haben uns mit Expertinnen und Experten, wir haben uns natürlich auch mit der Ärztekammer, mit vielen Entscheidungsträgern und natürlich auch mit der betroffenen Bevölkerung im Bezirk Liezen in den Austausch begeben und haben dann auch irgendwann einmal natürlich, und so muss es dann auch einmal sein, eine Meinungsbildung für uns vorgenommen. Und diese Meinungsbildung war dann schon auch bald klar, dass wir dieses vorliegende Vorhaben, und wir reden ja noch immer von einem vorliegenden Vorhaben, aus versorgungstechnischer Sicht als äußerst umstritten ansehen und auch mit Stand heute selbstverständlich ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ*) Es gibt und es gab, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist immer so, auch beim vorliegenden Bericht oder bei der Projektkontrolle natürlich Gründe, warum man ein Projekt positiv bewerten kann und es gibt Gründe, warum man das Projekt positiv bewerten kann. Ist auch heute passiert und ich glaube in einem sehr guten Austausch, aber für uns ist die Gewichtung der Gründe der Ablehnung grundsätzlich einmal schwerer zu bewerten oder schwerwiegender zu bewerten als die Gründe für die Zustimmung. Und die Ablehnungsgründe, meine sehr geehrten Damen und Herren, kennen Sie zur Genüge. Ich möchte hier nur noch einmal einige hier auch zum Besten geben. Zum einen einmal die längeren Anfahrtswege für Patientinnen und Einsatzorganisationen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich wiederhole mich, wenn ich sage, im flächenmäßig größten Bezirk der Steiermark, in einem Bezirk, der so groß ist in der Fläche wie Vorarlberg in etwa, die demografische Entwicklung in der gesamten Region. Sprich die Menschen werden immer älter, was auch gut ist, auf der einen Seite, auf der anderen Seite viele Junge natürlich auch aus der Region abwandern. Die Tatsache, dass entgegen vergangener Behauptungen das Leitspital längst nicht, und da zitiere ich jetzt, ich weiß nicht mehr wen, aber das ist immer wieder gefallen, „alle Stückerln spielen wird“, also das Krankenhaus kann alles, ein „Wunderwutzi-Krankenhaus“, wurde uns damals schon fast entsprechend verkauft. Das wissen wir, wird nicht stattfinden. Auch die Problemstellung, dass wohl viele der derzeit vorhandenen Spitalsmitarbeiter in den anderen drei Standorten ihren Dienort nicht in das Leitspital verlegen werden. Und eine unglaublich weitere Liste, noch eine lange Liste von entsprechenden bereits abgearbeiteten Zentralisierungsmaßnahmen und Zusperrmaßnahmen. Und ich möchte hier auch nicht alle aufzählen, ich habe mir die Liste noch mitgeben lassen, aber Sie wissen, dass in der Steiermark schon in den letzten Jahren sehr viel an

Gesundheitseinrichtungen, Krankenhäuser, Abteilungen geschlossen worden sind und das natürlich auch hier mit zu berücksichtigen ist. Eine bis zu einem gewissen Grad ungeklärte Situation im Bereich der Nachnutzung auch der vorhandenen Häuser, auch das war heute Thema, wo man ja noch auch in Planungsüberlegungen und in teilweise Umsetzung ist, aber bei weitem noch nicht alle Fragen geklärt sind. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, noch zwei ganz wesentliche Punkte, bevor ich diese Liste sozusagen dann schließe. Zwei Dinge. Eine einigermaßen unklare Situation im Bereich der budgetären Planungen. Da hat es ja immer wieder unterschiedliche Größen gegeben. Wir sprechen hier von 300, 400, manche sagen 500 Millionen Euro. Es gibt vielleicht sogar noch welche, die sagen, es geht weiter darüber hinaus, wenn man alle anderen Begleitmaßnahmen auch noch dazurechnet. Und wenn man heute die eine oder andere Zeitung aufschlägt und auch online nachliest, naja, dann wird es halt bei dem Krankenhaus alleine nicht bleiben, weil natürlich auch der Zentralbetriebsrat als Beispiel, Tripolt der KAGes sagt: „Naja, wenn man das Krankenhaus dort baut, wenn man dort Personal haben möchte, dann braucht es natürlich Begleitmaßnahmen – Ärztehaus, entsprechende Wohnmöglichkeiten“, er spricht sogar von einer Volksschule. Das sind ja alles Dinge, die natürlich auch in der vorliegenden Projektkontrolle, so ehrlich muss man sein, war ja nicht der Auftrag, nicht sozusagen Niederschlag finden, die aber natürlich in der politischen Beurteilung eines solchen großen Projektes selbstverständlich mitbeurteilt werden müssen, um hier auch das große Ganze im Auge zu behalten. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, was natürlich auch noch eine wesentliche Rolle spielt, und das bitte nicht zu vergessen, auch eine entsprechende Volksbefragung hat es gegeben. Das vergisst man nämlich leicht, irgendwie hat man so das Gefühl, das ist alles schon lange her und das hat alles keine Gültigkeit. Das waren weit über 60 %, 66 % oder mehr, die sich gegen dieses Projekt damals ausgesprochen haben und seither hat es keine Volksbefragungen gegeben. Jetzt hört man natürlich von der Landesregierung: „Naja, es hat sich sicherlich die Stimmungslage gebessert.“ Das wissen wir nicht. Wir haben eine Grundlage, das ist die Volksbefragung, die wir damals initiiert haben im Jahr 2019, wo sich große und weite Teile, die Mehrheit der Liezener Bevölkerung gegen dieses, nehmen wir es einmal „Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt“, bis heute ist es so, entsprechend ausgesprochen hat. *(Beifall bei der FPÖ, Grünen und KPÖ)* Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, das möchte ich vielleicht auch einmal kurz ins Treffen führen, weil das ja auch nicht selbstverständlich oder alltäglich ist, dass bei einem politischen Thema hier im Steiermärkischen Landtag, überhaupt in der politischen Diskussion, das oftmals der Fall ist, dass sich Parteien inhaltlich treffen, die

wohl sehr weit ideologisch auseinanderstehen. Und bei sehr vielen Debatten und Diskussionen, ob die öffentlich sind hier im Landtag oder auch bei informellen Gesprächen, sagen wir mal so, politisch weit auseinanderstehen. Aber in diesem Fall war das ja nicht der Fall. Da gibt es von den Kommunisten über die NEOS, über die Grünen bis zur Freiheitlichen Partei einen breiten Schulterschluss und auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allen Dingen jene, die heute hier zusehen und die vielleicht auch hier live dabei sind, auch das sollte man mitberücksichtigen. Es macht sich keine Fraktion da leicht, ich sage das auch, in politischen Themenstellungen mit anderen Parteien, die völlig woanders stehen, dann gemeinsame Sache zu machen. Und das möchte ich hier auch betonen, weil auch das, denke ich, durchaus erwähnenswert, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist. *(Beifall bei der FPÖ, Grünen und KPÖ)* Was natürlich schon auch auffällig war, meine sehr geehrten Damen und Herren seitens der Landesregierung, das war eine sofortige Beißreflexsituation, wenn man gegen das bestehende Projekt ist. Also da hat man dann nicht mehr, sage ich einmal, versucht mit Argumenten zu punkten und die Kritiker zu überzeugen, sondern da war das sofort alles parteipolitisch motivierte Oppositionsarbeit. „Eh klar, wir wollen was haben und ihr seid dafür.“ Also mein Eindruck ist es und ich glaube, weil heute auch Vertreter der Bürgerinitiative auch heute hier sind, glaube ich auch, dass die Bürgerinitiative dort vor Ort ein bisschen so das Gefühl gehabt hat, dass man auf ihre, aus meiner Sicht, sehr guten Argumentationen kaum eingegangen ist und in der einen oder anderen Wortmeldung erst vor kurzem nachher der Landesrat ein bisschen so, sage ich einmal, flapsig reagiert hat, wenn man dann auch diese Initiative anspricht, die ja auch, und das darf man nicht vergessen, die kriegen dafür kein Geld zahlt, so wie wir Politiker, wie die Landesregierung, sondern die das ehrenamtlich machen, weil sie sich da in die Sache verbeißen und deshalb ein großes, großes Dankeschön auch an die BISS. *(Beifall bei der FPÖ, Grünen und KPÖ)* Ihr macht da schon gute Arbeit und wir waren ja erst vor kurzem auch bei einer großen Diskussionsveranstaltung, die ihr da organisiert habt, auch im Sinne der Liezener Bevölkerung, glaube ich, wo es dann gelungen ist, auch eben Parteien aus dem unterschiedlichsten Spektrum entsprechend zusammenzuführen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, und jetzt sind wir heute hier und haben jetzt seit einigen Tagen eben diesen bereits angesprochenen Projektkontrollbericht auch entsprechend hier im Hause, haben den heute im Kontrollausschuss debattiert. Und ich sage euch etwas vorweg, weil, es wird heute in der Diskussion sowieso zum Ausdruck kommen. Die Lesarten dieses Projektkontrollberichts sind natürlich unterschiedlich. Da ist natürlich so, dass der Standort ein bisschen den Standpunkt bestimmt, wie oft in der Debatte.

Aber, und jetzt kommt das große Aber, ich glaube, dass beides in Wahrheit dort und da auch seine Richtigkeit haben soll. Und jetzt bin ich zu Beginn meiner Wortmeldung und wieder beim vergangenen Ausschuss. Wenn wir in dieser Art und Weise, wie wir heute da über das Thema gesprochen haben, vielleicht in der Vergangenheit schon gesprochen hätten, das eine oder andere auch an Kritikpunkten vielleicht auch in die Arbeit der Landesregierung einfließen hätten lassen können oder umgekehrt auch Kritikpunkte vielleicht ausräumen hätten können, hätten wir uns vielleicht das eine oder andere an Meter schon erspart und wir wären heute ein Stückchen weiter. Aber es war heute einmal zumindest ein guter Beginn, ist gut, ja, nach acht Jahren. Es war heute einmal ein guter Schritt in die richtige Richtung, wie das so schön immer heißt in der Politik. Und jetzt kommt meine Leseart des Berichts und auch die Leseart natürlich vieler, die heute hier sind, nämlich der Oppositionsparteien und glaube auch Zuhörer. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir lesen diesen Bericht sehr kritisch. Wir sehen hier in vielen Bereichen dieser Projektkontrolle natürlich auch Kritik, die unsere Kritik entsprechend bestätigen und möchte hier nur ein paar auch nennen, weil die ohnehin heute noch ausführlich, so gehe ich davon aus, diskutiert werden können. Einen besonderen Bereich bildet auch in der Kritik des Landesrechnungshofes diese Ausgestaltung der Betreibergesellschaft bestehend aus KAGes und Diakonie entsprechend ab. Das haben wir heute auch schon diskutiert. Ich glaube, da braucht es schon auch zukünftig eine massiv kritische Beleuchtung dieser Situation, weil es hier natürlich viele, viele Fragezeichen gibt. Heute hat man dann gelesen in der Zeitung, jetzt hat man dann doch ein bisschen reagiert und hat einmal nachgeschärft. Also da ist der Druck dann schon irgendwo auch größer geworden. Der Landesrechnungshof sagt hier, dass dadurch Parallelstrukturen entstehen können und damit Folgekosten in nicht abschätzbarem Ausmaß geben wird oder sein könnten und dass das Land Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten entsprechend auch aufgeben würde, wenn eben diese Form so kommen würde, wie da dargestellt. Auch die Nachnutzungskonzepte der bestehenden Standorte in Rottenmann, Schladming und Aussee werden vom Landesrechnungshof stark infrage gestellt, somit auch die einhergehenden ungelösten Personalfragen thematisiert. Und auf diesen Punkt möchte ich vielleicht auch noch mit einem Satz nur eingehen. Auch da gibt es natürlich immer wieder die Argumentation in die eine oder andere Richtung. Der Herr Landesrat, die Landesregierung, die Befürworter sagen: „Wir werden mit diesem Projekt, mit diesem Leitspital die Personalsituation verbessern.“ Man glaubt eben, dass man dann dort das Personal finden wird, das wir jetzt im Moment nicht finden. Und andere, auch der Landesrechnungshof sieht das da sehr kritisch,

sagt: „Das wird nicht passieren, weil wir jetzt drei Standorte haben, wo eh schon eine sehr schwierige Situation vorhanden ist und jetzt kommt schon ein Punkt, den ich scharf kritisiere, durch die Dauerpolit-Diskussion. (*Unruhe bei der ÖVP*) Die aber bitte schön jetzt, weil ich da hinten höre, die aber nicht von der Opposition veranstaltet wird. (*KO LTabg. Riener: „Wie viele Dringliche haben wir gehabt?“*), Das ist die Verantwortung der Landesregierung. Hat es natürlich, na bitte schön, gibt es da irgendjemand in dem Raum, der der Meinung ist, dass es ein tolles Projekt war bis dato? Also da könnten wir jetzt schon in der Tiefe diskutieren, was da alles in den letzten Monaten und Jahren schiefgelaufen ist, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen*) Sie stellen sich da ernsthaft her, Frau Klubobfrau Riener, und sagen, dass das Projekt ein tolles Projekt ist. (*KO LTabg. Riener: „Das ist ein notwendiges Projekt.“*) Nein, das war es nicht. Das war in der Umsetzung, „holpertatschig“, die Grundstücksdebatte, bis man einmal eines gefunden hat, die Sumpfwiesen und, und, und. Aber kommen wir zurück zu meinem Punkt. Ich glaube, dass die Dauerpolitik-Diskussion, die wir erlebt haben und die wir heute auch noch weiter erleben, natürlich zur Verunsicherung geführt hat. (*LTabg. Mag. Schnitzer: „Die ihr vorantreibt.“*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verantwortung für die Abarbeitung eines Projekts dieser Größenordnung liegt wohl bei der Landesregierung und bei den handelnden Akteuren. Und das war in den letzten Jahren mehr als nur Husch und Pfusch. Und es war eine Katastrophe, meine sehr geehrten Damen und Herren. So offen muss man das ansprechen. (*Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen*) Und deshalb ist es natürlich auch legitim, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass man über diese Personalfrage debattieren darf. Wir werden dann ja sehen, am Ende des Tages, weil, wir graben uns eh schon, jetzt fangen Sie wieder an, jetzt haben wir schon die Schaufeln ausgehoben, jetzt sind wir schon bei den 27.000 Lkw-Fuhren, die da an Erdaushub gebraucht werden, jetzt sind wir schon wieder dort, dass wir uns eingraben und in Wahrheit keine anderen Argumentationen zulassen. Für mich ist die ungeklärte Personalfrage eine der größten Fragen, auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es um die Beurteilung dieses Projektes geht. (*Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen*) Es gibt noch viele, viele weitere Kritikpunkte, die der Landesrechnungshof hier entsprechend auch aufzählt. Vom Risikobudget beginnend, das fehlen soll, bis zu 79 Millionen Euro. Die Gesamtbaukosten sind für die Prüfer im Detail nicht nachvollziehbar. Auch fehlen im Landesrechnungshof zahlreiche Kostenansätze für Leistungen, die für einen Spitalsbau unabdingbar sind. Überhaupt nicht erhalten im Projekt sind z. B. auch die Kosten für die Aufschließung mit Strom, Wasser, Abwasser, Straße, Bus und Bahn. Sprich für die Begleitprojekte, die natürlich

auch bei einem Projekt dieser Größenordnung notwendig sind. Die Nachnutzung der Altbauten und Begleitprojekte wie Personal und Ärztehaus. Und ich habe schon angesprochen, selbstverständlich muss man bei einer seriösen Betrachtung auch eines Projekts in dieser Größenordnung diese Maßnahmen mitdenken. Jetzt kann es ja durchaus sein, dass das schon erledigt ist, dass das auch erfolgt ist. Das werden wir dann ja heute auch entsprechend bei der Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch den Herrn Landesrat entsprechend auch erfahren. So gehe ich aus. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt, aus meiner Beurteilungslage ist diese Projektkontrolle, die uns vorliegt, eine weitestgehende Bestätigung dessen, was wir über viele Jahre schon gesagt haben. Es gibt das eine oder andere, was auch die Pro-Argumentation entsprechend zulässt, überhaupt kein Thema. Aber insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das möchte ich schon noch einmal festhalten, kann man hier schon von einem bis zu gewissem Grad auch Versagen sprechen. Nämlich ein Versagen, das im Endeffekt zulasten des Personals geht, zulasten auch der Gesundheitsversorgung in flächenmäßig großen Bezirk Liezen und deshalb auch hier ganz klar auch schärfstens zu kritisieren ist. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landesrat Kornhäusl, ist ja nicht beneidenswert, die Rolle und Situation, die du in dieser Frage hast. Und da stehe ich jetzt auch nicht an, weil das immer wieder gleich, auch einmal eine Brücke zu schlagen. Ich weiß schon, gerade das Thema Gesundheit, das ist ja ein Thema, was nicht nur in der Steiermark ein Thema ist, sondern in Wahrheit in ganz Österreich eines ist. Europaweit eines der großen Themen ist Gesundheit, Pflege und vieles mehr. Und natürlich auch dein Erbe, das du angetreten hast, nicht unbedingt ein Einfaches ist. Das sage ich jetzt auch, weil natürlich über viele Jahre wenig passiert ist oder über viele Jahre vielleicht sogar dort und da das Falsche passiert ist. Und deshalb ist auch der Landeshauptmann natürlich als, nennen wir es einmal, Vater des Projekts, irgendwo zu sehen und deshalb bitte ich schon auch den amtierenden Landeshauptmann hier heute vielleicht auch noch einmal zu erörtern, wie er sich dann in Zukunft, wie auch immer sich die Landesregierung dann in der nächsten Gesetzgebungsperiode entsprechend gestaltet, dieses Projekt beurteilt und wie wir dann als Landtag Steiermark damit umgehen. Und deshalb komme ich auch schon zum Schluss. Was ich mir gewünscht hätte, zumindest gewünscht hätte, dass wir ähnlich dem Jahr 2019 vor der Landtagswahl einen, aus meiner Sicht, sehr gescheiterten Beschluss gefasst haben. Nämlich, dass man gesagt hat, wir wissen nicht, wie die Landtagswahl ausgeht. Wir wissen auch nicht, wie die Meinungsbildung innerhalb der zukünftigen Landesregierung sich gestaltet. Deshalb sagen wir hier als Landtag Steiermark, wir stoppen jetzt einmal alle

weiteren Planungen und dann auch in der nächsten Gesetzgebungsberatung mit der neuen Landesregierung gemeinsam vielleicht auch einmal den berühmten Plan B, und auf den wir heute sowieso noch eingehen, entsprechend zu erarbeiten und eine Lagebeurteilung durchführen. (*Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen*) Das hat man 2019 gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren, mehrheitlich beschlossen, auch mit den Stimmen der SPÖ damals. Heute geht man da leider in eine andere Richtung, weil heute, wie gesagt, gräbt man sich da eher auch wieder in den bereits festgefahrenen Gräben weiter ein. Ich glaube nicht zum Wohle der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen.

Und darf deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, um die noch offenen Fragen, die heute offengeblieben sind, entsprechend auch zu einer Beantwortung zu bringen, folgende Dringliche Anfrage einbringen.

1. Wie stellen sich die Gesamtkosten des Projekts Leitspital Liezen samt Begleitprojekten aktuellen Berechnungen zufolge dar?
2. Falls Sie diese nicht nennen wollen, warum weigert sich die Landesregierung weiterhin, die Gesamtkosten des Projekts Leitspital Liezen samt Begleitprojekten bekanntzugeben?
3. Wann rechnen Sie mit einem Abschluss der zur Errichtung des geplanten Leitspitals notwendigen Bau-, Wasser- und Umweltverfahren jeweils?
4. Inwiefern könnten durch etwaige Auflagen und Vorgaben aufgrund dieser Behördenverfahren zusätzliche Kosten erwachsen?
5. Warum wurden die Aufschließungskosten, die Kosten für Begleitprojekte der beteiligten Projektpartner und Dritter, Nachnutzungskosten und die Kosten der Gesamtprojektleitung nicht in die eingereichten Soll- und Folge-Kosten einbezogen?
6. Wie stellen sich diese Kosten jeweils dar?
7. Warum fehlen in den Kostenberechnungen zahlreiche Kostenansätze für Leistungen, die für einen Spitalsbau unabdingbar sind, wie etwa die Kosten für Trafostation, Baugrundrisiko, Schutzmaßnahmen oder Naturgefahren?
8. Wie stellen sich diese Kostenpositionen jeweils dar?
9. Warum wurde das Risikobudget nicht in den Projektkosten abgebildet bzw. bedeckt und wie stellt sich dieses dar?
10. Was entgegen Sie der vernichtenden Kritik des Landesrechnungshofes an der Ausgestaltung der geplanten Betreibergesellschaft bestehend aus KAGes und KDS?

11. Können Sie garantieren, dass im Falle einer tatsächlichen Umsetzung des Projekts Leitspital Liezen ein derartiges Betreibergesellschaftsmodell nicht zur Anwendung kommen wird?
12. Falls Sie dies nicht garantieren können, warum nicht?
13. Können Sie garantieren, dass im Falle einer tatsächlichen Umsetzung des Projekts Leitspital Liezen ausreichend Personal lukriert werden kann, um das Krankenhaus und die Nachnutzungskonzepte für die bestehenden Spitalsstandorte in der geplanten Form betreiben zu können?
14. Falls Sie dies nicht garantieren können, warum nicht?
15. Werden Sie angesichts des Willens der regionalen Bevölkerung sowie in Anbetracht der mittlerweile auch vom Landesrechnungshof untermauerten, erdrückenden Faktenlage ein Abgehen vom Projekt Leitspital Liezen forcieren und stattdessen im Rahmen eines „Plan B“ ein optimales Versorgungskonzept für den Bezirk Liezen ausarbeiten lassen, welches unter anderem den Fortbestand der bestehenden Spitäler vorsieht?
16. Falls nein, warum halten Sie weiterhin an diesem „Pleiten-Pech-und-Pannen“-Projekt namens Leitspital Liezen fest?

Ich bedanke mich für die Beantwortung. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen – 10.25 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

Bitte schön, Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Kornhäusl - ÖVP (10.26 Uhr): Ja, vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrter Herr Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, die im Saal hinten Platz genommen haben und die über den Livestream zugeschaltet sind!

Ich möchte vielleicht so beginnen, dass, lieber Herr Klubobmann Kunasek, diesen Eindruck wir definitiv teilen, dass das heute ein sehr gehaltvoller Ausschuss war, wo gut und qualitativ voll diskutiert worden ist und auch sehr wertschätzend diskutiert worden ist. Ich denke, das ist es, was es braucht, gerade bei so einem Thema, gerade wenn es um die Gesundheit geht. Aber ich glaube generell, würde uns das ganz tun in der Politik, wenn man manchmal ein bisschen runtergeht vom Gas und versucht, entsprechend wertschätzend miteinander zu sprechen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Steiermärkische Landesregierung ist das Leitspital für die Region Liezen definitiv kein Hobby oder Jux oder Tollerei, weil es immer wieder geheißen hat. Das ist auch keine Schikane, um Gottes Willen, für die Bevölkerung oder für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Leitspital Liezen ist, und da sind zahlreiche Expertinnen- und Expertenmeinungen eingegangen, eingeholt worden, Gespräche geführt worden, eine Notwendigkeit, wenn es um die Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen geht. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Sie wissen, ich war selber 15 Jahre lang als Arzt in unserem steirischen Gesundheitssystem tätig und entsprechend kenne ich die steirische Spitalslandschaft sehr, sehr gut. Das ist, wenn man den Turnus macht in den steirischen Häusern, wenn man Notarzt fährt, viele Nachtdienste durchlebt gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen. Und ich habe seit etwas über einem Jahr die Möglichkeit bekommen, von unserem Herrn Landeshauptmann am Gesundheitssystem mitzuarbeiten, an einer positiven Weiterentwicklung unserer steirischen Gesundheitslandschaft mitzuarbeiten. Und gerade vor einer Landtagswahl, da könnte man es sich jetzt leicht machen als Steiermärkische Landesregierung. Da könnte man hergehen und sagen: „Projekt in Frage stellen, zurück an den Start, Stopp-taste“, so wie es ja gefordert wird. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, meine Damen und Herren, das wäre nicht ehrlich. Das wäre vor allem auch nicht fair für die Bevölkerung im Raum Liezen und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer steirischen Spitäler. Die steirische Gesundheitspolitik hat, und ich glaube, wir alle werden uns daran erinnern, drei harte Corona-Jahre hinter sich. Und jetzt weiß ich schon, man soll nicht alles auf Corona schieben, aber das war eine harte Zeit, wo natürlich andere Dinge im Fokus und im Mittelpunkt gestanden sind. Und glauben Sie mir eines, da habe ich aus meinem Herz nie eine Mördergrube gemacht, wenn ich gefragt werde, wo ist der Stand jetzt bei Verfahren etc. Dass ich immer gesagt habe, mir wäre es persönlich auch lieber, wir hätten es gestern abgeschlossen als heute oder als morgen. Und ich füge aber immer hinzu, und hier sind Abgeordnete des Steiermärkischen Landtags und Regierungsmitglieder, ich füge immer hinzu: Wir leben zum Glück in einem Rechtsstaat, wo es Behördenverfahren gibt, wo es

Fristenläufe gibt, wo es die Möglichkeit Einspruch zu nehmen gibt. Und das muss man abarbeiten, Schritt für Schritt, besonnen und ruhig. Und ich sage Ihnen auch, das ist kein Zufall, dass jetzt dieser Projektbericht, und das ist ein Projektbericht zu einem Bauvorhaben der KAGes, so auf dem Tisch liegt. Weil, da tun wir nicht taktieren, da wird nicht auf Wahltermine geschickt, sondern das Projekt entsprechend der rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten Schritt für Schritt vorangetrieben. Und ich möchte das hier an dieser Stelle explizit betonen und mich auch bedanken dafür, dass der Landesrechnungshof uns in seinem Bericht Recht gibt, wenn es um die Errichtung dieses Leitspitals im Bezirk Liezen geht. Dass der Landesrechnungshof bestätigt in allen Punkten, dass es unumgänglich ist, ein starkes Spital im Herzen des Bezirks zu errichten. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und ja, selbstverständlich, das ist ja bitte das Normalste dieser Welt bei Projekten dieser Größenordnung, gibt es Verbesserungspotenzial, gibt es Hinweise seitens des Landesrechnungshofes. Und die wollen und werden wir natürlich nutzen, wie bei jedem Projekt dieser Größenordnung. Das werden wir ernst nehmen und das werden wir gleich bedacht und besonnen abarbeiten, wie wir das bisher getan haben, meine Damen und Herren. Aber warum brauchen wir jetzt dieses moderne, schlagkräftige neue Spital im Bezirk? Da sind vielfältige Notwendigkeiten, sie sind vielfach, und Klubobmann Kunasek hat es angesprochen, vielfach ausgetauscht worden, hier in diesem Raum, bei vielen Treffen, an Stammtischen, bei Veranstaltungen und wo auch immer. Und Sie alle haben sie oft gehört und Sie alle bleiben die Gleichen, die Argumente, warum es das braucht. Und ich weiß, dass es leider nicht möglich ist, alle von einem Projekt zu überzeugen. Das ist jetzt unabhängig davon, ob es um ein Spital geht oder ob es um etwas anderes geht. *(LTAbg. Schönleitner: „Es sind aber zwei Drittel dagegen.“)* Und das ist natürlich zu respektieren. Aber ich persönlich darf sagen, werde nicht müde in meinem Bestreben, Überzeugungsarbeit zu leisten, weil ich davon überzeugt bin, dass wir das Richtige tun. Wir müssen die Gesundheitsversorgung fit halten, fitter machen. Wir sind es unseren Kindern, unseren Enkeln, unseren Eltern und Großeltern schuldig, dass wir die Gesundheitsversorgung, nämlich in allen Regionen der Steiermark, enkelfit machen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und es ist nun einmal so, dass sich ein Gesundheitswesen dem medizinischen Fortschritt anpassen muss. Ja, zum Glück tun wir das jeden Tag. Das bringt das mit sich, dass wir immer älter werden, dass wir gut leben in der Steiermark. Die Spezialisierung in der Medizin, der demografische Wandel, eine sich älter werdende Gesellschaft, generell gesellschaftliche Veränderungen, es gibt weniger Junge heute als potenzielle Arbeitskräfte,

die zur Verfügung stehen und das braucht deshalb solche Spitäler, um die Versorgung aufrechterhalten zu können. Und es braucht noch etwas, meine Damen und Herren, es braucht Vielfalt in unserem Gesundheitssystem. Es braucht das Zusammenwirken zwischen sehr niederschweligen Angeboten, wie z. B. dem Gesundheitstelefon 1450, einem effizienten Notarztwesen. Wir haben 20 Notarztstützpunkte in der Steiermark, drei davon im Bezirk Liezen. Wir haben drei NotarztHubschrauber in der Steiermark, einen vierten auch im Bezirk Liezen, der saisonal fliegt. Jetzt vor allem, wenn die Skisaison wieder losgeht. Zwei Hubschrauber sind 24 Stunden im Einsatz und nachflugtauglich. Wir brauchen – und ich sehe da hinten den ehemaligen Präsidenten der Ärztekammer, Wolfgang Routil, sitzen, herzlich willkommen hier im Steiermärkischen Landtag – wir brauchen starke Hausärztinnen und Hausärzte, wie wir sie haben, die uns die Versorgung sicherstellen, niedergelassene Fachärzte. Wir brauchen unsere Gesundheitszentren. 17 haben wir schon in der Steiermark. Zwei davon im Bezirk Liezen. Und, meine Damen und Herren, wir brauchen Spitäler. Schlagkräftige, moderne Spitäler, die diesem Fortschritt und Wandel auch Schritt halten können. Und der Landesrechnungshof, und das möchte ich hier ausdrücklich noch einmal festhalten, hat sich in all seinen Berichten positiv zum Projekt Klinikum Stainach geäußert. Und ich wiederhole das noch einmal, die kritischen Anmerkungen und Vorschläge nehmen wir selbstverständlich sehr ernst und werden die geäußerten Überlegungen entsprechend sorgfältig prüfen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Der Landesparteiobmann der FPÖ, Kunasek, hat es angesprochen, natürlich Standort bestimmt Standpunkt. Die Leseart und Weise, das ist normal, ist entsprechend immer eine unterschiedliche. Und nahezu alle Oppositionsparteien haben das Leitspital Liezen in ihren Wahlprogrammen. Ich habe mir das auch sehr genau angeschaut. Die Freiheitliche Partei fordert ein Nein zum Leitspital und ein Ja zu Kooperationen und Spezialisierungen an den einzelnen Spitalstandorten. Das finde ich insofern interessant, weil gleichzeitig Kooperationen und Schwerpunktsetzungen, die jetzt schon durch die Landesregierung umgesetzt worden sind, immer wieder als Ausdünnungspolitik bezeichnet werden. Das Leitspital in Rottenmann soll ausgebaut werden zum Leitspital, dem einen Spital, und da stelle ich mir schon eine Frage, weil das immer wieder ein bisschen untergeht. Wenn Rottenmann ein Leitspital sein soll, was erzählen Sie dann den Menschen im Ausseerland, was erzählen Sie den Menschen im Schladminger Raum, die dann dort nichts haben und noch weiter fahren müssen? Das verstehe ich nicht ganz. *(LTAbg. Triller, BA MSc: „Was erzählst du den Rottenmannern?“)* Die Grünen fordern ebenso eine Aufwertung des Standorts Rottenmann als Leitspital, gleichzeitig Pläne für die

Weiterentwicklung von Schladming und Bad Aussee, nämlich als Spitäler. So, ich hätte es auch gern, aber ich frage Sie ehrlich, das sind schöne Worte. Ich frage Sie trotzdem ernsthaft. Wo wollen Sie das Personal für drei Spitäler hernehmen? Wo sollen die Menschen herkommen, die in drei Spitälern arbeiten? Weil, schon jetzt arbeiten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Aufbringung all ihrer Kräfte, um die jetzige Spitalsversorgung bestmöglich aufrechtzuerhalten und ich möchte an dieser Stelle noch einmal ein ganz großes, kräftiges Danke sagen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Spitälern. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) In die gleiche Kerbe schlagen die Kommunisten. Sie sagen Nein zum Leitspital und es wird gefordert, die bestehenden Krankenhäuser so zu erhalten und auszubauen. Es ist eine ähnliche Situation, es ist die gleiche Situation. Alle drei Spitäler erhalten und ausbauen. Wo soll ich die Menschen hernehmen, das Personal, das dann in diesen drei alternden und ausgebauten Spitälern arbeiten soll? Wie soll ich weiter eine Gesundheitsversorgung im Spital anbieten können, wo junge Medizinerinnen und Mediziner etwas lernen, wo man sie anleiten kann, wo sie ausgebildet werden. Ich frage mich, an welchen Fallzahlen, und an dieser Stelle entschuldige ich mich jetzt gleich für dieses furchtbare Wortungeheuer „Fallzahl“, schrecklich. Und trotzdem möchte ich sagen, an welchen Fallzahlen sollen unsere Jungärztinnen und Jungärzte in den drei bestehenden Häusern ihr Handwerk lernen? Und wer soll sie dort anleiten in Zukunft? Und auch bei den NEOS findet sich, was das anbelangt, im Wesentlichen nichts Neues. Es würde mich daher freuen, meine Damen und Herren, wenn wir heute, so wie bereits auch erwähnt von Klubobmann Kunasek, im Kontrollausschuss, auch wenn die Debatte mutmaßlich durch die bald bevorstehende Landtagswahl geprägt ist, eine sachliche Diskussion führen. Ich glaube, das braucht es bei so einem sensiblen Thema. Und wenn ich eines gelernt habe, als Arzt, als jemand, der sich seit vielen, vielen Jahren, jetzt darf ich schon fast sagen, Jahrzehnte mit Gesundheitspolitik beschäftigt, es gibt keine einfachen Antworten auf komplexe Fragestellungen. Und glauben Sie mir eines, auch die eine einfache Lösung gibt es nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich komme daher zur Beantwortung der mir gestellten Fragen.

Fragen 1 und 2:

Die abgegebenen Gesamtkosten für das Teilprojekt II – Errichterprojekt, inkl. Bauherrenreserve und Risikovorsorge ergeben 302,03 Millionen Euro (Preisbasis März 2024) und wurden vom Rechnungshof bestätigt. Dies entspricht auf Preisbasis Fertigstellung voraussichtlich Kosten in Höhe von 333,87 Millionen Euro.

Für die organisatorische Abwicklung der Gesamt-Projektleitung durch den Gesundheitsfonds Steiermark sind bis 1. November 2024 2.109.382,64 Euro für die Koordinierung und Unterstützung in der Umsetzung der beiden Teilprojekte sowie das Schnittstellenmanagement mit den damit eng verbundenen Themenfeldern wie Begleitprojekte Bau, Betrieb, Nachnutzungen, Öffentlichkeitsarbeit und für das über die Begleitprojekte hinausgehende Projekt „Modellregion für Gesundheitsförderung und Gesundheitskompetenz“ angefallen.

Die Kosten der Gemeinde belaufen sich auf folgende Positionen: Zum Projekt Wasserleitung liegt die wasserrechtliche Bewilligung vor. Die Kostenschätzung beträgt 1,275.000 Euro netto.

Zum Projekt Kanalisation liegt ebenfalls die wasserrechtliche Baubewilligung vor. Die Kostenschätzung beträgt hierbei 870.800 Euro netto.

Betreffend den Flächenwidmungsplan werden die anteiligen Kosten für das Projekt auf rund 48.000,00 Euro geschätzt.

Die Bebauungsplanung lässt sich auf geschätzte 44.000 Euro brutto berechnen.

Zur Projektkoordination Gemeinde bis 2029 lassen sich die Schätzkosten mit rund 700.000 Euro brutto beziffern.

Die Kosten für die Rechtsberatung im Bauverfahren belaufen sich geschätzt auf rund 30.624 Euro brutto. Weiters betragen die Rechtsberatungskosten im straßenrechtlichen Verfahren – Bereich Grazerstraße geschätzt 12.249,60 Euro brutto.

Seitens der Kosten der Abteilung 16 wird auf die Schriftliche Anfragebeantwortung vom 20.08.2024 verwiesen. Hierin wurden folgende Kosten dargestellt:

Bisher sind 400.701,67 Euro inkl. USt. an Planungskosten und Kosten für Voruntersuchungen angefallen. Für die Planung sind Kosten von 455.000 Euro inkl. USt. veranschlagt.

Es wird von einer Gesamtinvestition in der Höhe von ca. 8 Millionen Euro ausgegangen. Die exakten Kosten können erst nach dem abgeschlossenen Planungsprozess unter Berücksichtigung der Preisentwicklung genannt werden.

Die Kosten für die Anbindung an den ÖV können erst nach Abschluss der Planungen bekannt gegeben werden.

Für die Grundstückseinlösen sind Kosten von 42.620,50 Euro erwachsen.

Die Angaben beziehen sich auf den derzeitigen Stand.

Ich darf sagen, dass aufgrund der kurzfristigen Bearbeitungszeit ich natürlich hoffe, nichts Wesentliches jetzt übersehen zu haben.

Zur Frage 3:

Die Baueinreichung erfolgte seitens der KAGes bei der Gemeinde Stainach-Pürgg im Juni 2024; das Verfahren befindet sich im Laufen und wird ordnungsgemäß abgehalten. Ende Dezember 2024 / Jänner 2025 wird nach derzeitigem Stand die Abhandlung des Bauverfahrens stattfinden. Mögliche Einsprüche könnten die Vorlage eines rechtskräftigen Baubescheides natürlich verzögern.

Ein laufendes Verfahren liegt im Zusammenhang mit der Naturverträglichkeitsprüfung vor.

Weiters sind die Verfahren gemäß Wasserrechtsgesetz wie Tiefensonden, Oberflächenentwässerung, Baugrubenwasserhaltung ebenfalls im Laufen.

Die Verfahren zur Trinkwasserversorgung sowie die wasserrechtliche Bewilligung betreffend die Abwässer sind abgeschlossen und rechtskräftig. Eine Beschwerde im Rahmen der straßenrechtlichen Bewilligung ist bei der Gemeinde anhängig.

Die Verfahren des Straßenbauprojektes Anbindung an das Klinikum Stainach im Rahmen der naturschutzrechtlichen Genehmigung sowie des Wasserrechtsgesetzes für die Errichtung einer Gewässerschutzanlage sind ebenfalls abgeschlossen.

Bezüglich des Verfahrens der Anbindung an das Klinikum Stainach im Rahmen der straßenrechtlichen Genehmigung liegt eine Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht auf.

Zur Frage 4:

Die Planung des Teilprojekt II – Errichterprojekt entspricht allen gesetzlichen Grundlagen. Darüber hinaus gehende Auflagen können bei Projekten dieser Größenordnung auftreten und sind aufgrund laufender Verfahren nicht abschätzbar. Dementsprechend sind etwaige Auflagen bzw. deren Auswirkungen in der übergeordneten Risikovorsorge bedeckt. Das ist vielleicht wichtig zu erwähnen. Natürlich hat die KAGes eine entsprechende Risikovorsorge und eine Risikokalkulation, wie sie es seit 39 Jahren hat, weil sie so lange baut. Und ich darf an dieser Stelle schon noch eines sagen und gleichzeitig meinen Dank anschließen an die Verantwortlichen jetzt aber auch die vielen Jahre und Jahrzehnte davor in der KAGes. Da sind ja viele Projekte, die begleitet mit dem Rechnungshof umgesetzt worden sind und bei all den Projekten ist man im Schnitt 5 % unter der Kostenschätzung gelegen. Was ich damit sagen will ist, dass die KAGes ein sehr kluger, weitsichtiger Bauherr ist, immer, und da schaue ich jetzt in Richtung meiner Kollegin, der Wirtschaftslandesrätin Eibinger-Miedl, immer unter größtmöglicher Einbeziehung steirischer, zumindest österreichischer Unternehmen. Ich glaube, das muss auch einmal gewürdigt und gesagt werden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Dementsprechend sind etwaige Auflagen bzw. ein Auswirken der übergeordneten

Risikovorsorge der KAGes bedeckt. Dies entspricht der üblichen Vorgehensweise im Projekt- bzw. Risikomanagement. Bei etwaigen Verzögerungen im Behördenverfahren bzw. Verschiebung des Baubeginns und damit der Fertigstellung des Projektes könnten Valorisierungskosten anfallen.

Im Zuge des Wasserrechtsverfahrens sind dem Land Steiermark, Abteilung 16 als Konsenswerber folgende Auflagen erteilt worden:

Beweissicherungen, Überprüfungen gem. ÖN B 2503 und EN 1610, Bestellung eines Organs zur Wartung der Gewässerschutzanlage, Erstellung eines Alarm- und Gewässerschutzplanes, Erstellung eines Betriebsbuches zur Gewässerschutzanlage, Kontrolle der Reinigungsleistung der Gewässerschutzanlage durch eine autorisierte Untersuchungsanstalt, Vorlage von Ausführungsberichten und Einschulungsnachweisen

Für die o.a. Auflagen sind Kosten in der Höhe von rund 30.000 Euro zu erwarten.

Im Zuge des Naturschutzrechtverfahrens sind dem Land Steiermark, Abteilung 16 als Konsenswerber folgende Auflagen erteilt worden:

Bestellung einer ökologischen Bauaufsicht, die nicht an den bisherigen Planungen beteiligt war, mechanische Ampferbekämpfung am Grundstück 168, KG Stainach, Vogelschutzmaßnahmen beim Geländer der Brücke gem. ONR 191040, Baumschutzmaßnahmen während der Bauphase, Neophyten-Management, das ist Entfernung von Indischem Springkraut, Kanadische- und Riesengoldrute, Staudenknöterich und Sommerflieder und für die entsprechenden Auflagen sind Kosten in der Höhe von rund 55.000 EURO zu erwarten.

Da das Straßenrechtsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, es liegt zurzeit beim Landesverwaltungsgericht, können hier noch keine abschließenden Aussagen zu den durch Auflagen verursachten Kosten getroffen werden.

Zu den Fragen 5 und 6:

Die genannten Punkte sind laut Projektauftrag des Gesundheitsfonds Steiermark zum Teilprojekt II – Errichterprojekt von 2020 nicht Inhalt des Teilprojekts. Das haben wir im Ausschuss auch entsprechend diskutiert und hat auch der Landesrechnungshofdirektor bestätigt, dass das verfassungsrechtlich natürlich so ist und in Ordnung ist. Sie sind nicht Inhalt des Teilprojekts und sind daher auch nicht in den Soll- bzw. Folgekosten einbezogen.

Nachnutzungskosten: Im Anhang zur Landesrechnungshof-Einreichung (Projektkontrolle Klinikum Stainach (Teilprojekt II)) wurden die Gebäudekosten der bestehenden LKH-Standorte als Nachnutzungskosten dargestellt. Dies betrifft im Wesentlichen die

kalkulatorischen Anlagekapitalkosten für das LKH Rottenmann-Bad Aussee, welche nicht ausgabewirksam sind. Als technische Betriebskosten für alle drei Standorte sind 206.000 Euro angesetzt.

Gemäß dem Projektauftrag, Beauftragung (Gesamt)Projektleitung zum Planungs- und Realisierungsprojekt Leitspital Region Liezen, wurde das Projektgesamtziel definiert: „In der Versorgungsregion 62 – so heißt die Region dort oben – sollen die bestehenden drei Krankenhausstandorte zu einem gemeinsamen Leitspital Region Liezen zusammengeführt werden, das in Summe ein für die regionale Bevölkerung umfassend versorgendes Fächerspektrum im Sinne des Standardkrankenhauses nach § 2a (1) des Bundesgesetzes über Krankenanstalten und Kuranstalten darstellt. Damit soll eine personell erhaltbare und langfristig qualitätsvolle Einrichtung entstehen.

Weiters wurde definiert und festgehalten, dass darin die Grundstückskosten, Kosten für die Aufschließung des Grundstückes mit Energie, Wasser und Abwasser, Verkehrsinfrastruktur, Kosten für Baugrundrisiken (Baugrundaufbereitung), Schutzmaßnahmen Naturgefahren inkl. Hochwasserschutz, ggf. Dekontaminierung, Maßnahmen für Naturraum und Artenschutz etc. sowie Kosten für sonstige Errichtungen wie z. B. Personalwohnhaus, Kindergarten, Ärztehaus, Patientenhotel sowie die Kosten für die Gesamtprojektleitung nicht enthalten sind. Auch das ist im Ausschuss, glaube ich, sehr gut vom Vorstand Drabek dargelegt worden, dass die KAGes hier auch gute Erfahrung hat, wenn es z. B. darum geht, um ein Personalhaus zu errichten, dass das über einen gemeinnützigen Wohnbauträger geschieht und die KAGes die entsprechenden Ressourcen dann anmietet oder ankauft. Ähnliches machen wir im Unternehmen, wenn es auch um Kindergärten geht.

Zu den Fragen 7 und 8:

Die genannten Punkte waren laut Projektauftrag des Gesundheitsfonds Steiermark aus dem Jahr 2020 nicht Inhalt des Teilprojekts II. Sollten bei den Bautätigkeiten für das Teilprojekt II unerwartete, unmittelbare Baugrundthematiken auftreten, werden diese mittels Risikovorsorge bedeckt. Dies entspricht der üblichen Vorgehensweise im Projekt- bzw. Risikomanagement. Wie gesagt, KAGes baut so seit rund 40 Jahren.

Zur Frage 9:

Für das Teilprojekt II sind in der Gesamtsumme von 302,03 Millionen Euro alle ÖNORM-relevanten Sollkosten, Reserven und Risikokosten eingerechnet, welche das Projekt unmittelbar betreffen könnten.

Wie im Projekt- bzw. Risikomanagement für Projekte dieser Größenordnung üblich, wurden über das projektnahe Risiko hinausgehend weitere, etwaige theoretische, übergeordnete Risikokosten abgeschätzt. Bei Eintreten dieser etwaigen übergeordneten Projektrisiken werden diese über ein übergeordnetes Investitionsbudget bedeckt.

Dies entspricht der Projekt- bzw. Risikomanagement Vorgehensweise bei Großprojekten (in Analogie bisheriger Bauprogramme der KAGes wie z. B. das LKH-Univ. Klinikum Graz, die Programme LKH 2000, LKH 2020 u.v.m.) Also, da hat man wirklich Jahrzehnte lange Erfahrung. Das übergeordnete Risikobudget ist eine theoretische Summe bei Eintreten aller etwaigen Risiken und wird daher nicht im unmittelbaren Teilprojekt II – Errichterprojekt abgebildet.

Zu den Fragen 10, 11, 12:

Es handelt sich um einen üblichen Projektbericht des Landesrechnungshofes zur Planungskontrolle. Wie schon erwähnt, wir nehmen die Anregungen sehr ernst und werden sie eingehend prüfen. Wie der Landesrechnungshof in seinem Prüfbericht „Klinik Diakonissen Schladming“ schon 2018 festgehalten hat, ist „das Projekt ‚Leitspital Region Liezen‘ ... positiv zu würdigen“ und auch die „partnerschaftliche Kooperation zwischen den bisherigen Betreibern der KDS (= Klinik Diakonissen Schladming) und des KAV (= Krankenanstaltenverbund) Rottenmann-Bad Aussee“ hat der Landesrechnungshof „grundsätzlich positiv gesehen“.

Ich möchte an dieser Stelle schon etwas sagen, weil das immer wieder auftaucht das Thema mit den Diakonissen. Die Diakonissen sind seit Jahrzehnten, seit den 50er-Jahren ein starker, ein treuer, ein verlässlicher Partner, das bestätigt auch der Landesrechnungshof, im Bezirk Liezen. Sie betreiben dort ein Spital, vor allem mit der Expertise Orthopädie, Traumatologie im höchsten qualitätvollen Maße und sie betreiben in Bälde zwei Gesundheitszentren. Ich möchte es nur einmal an dieser Stelle auch erwähnen, dass wir in vielen Jahren guter Zusammenarbeit immer gute Erfahrungen mit der Diakonie gemacht haben.

Zu den Fragen 13 und 14:

Faktum ist, dass die drei bestehenden Krankenhausstandorte Rottenmann, Bad Aussee und Schladming 800 Vollzeitäquivalente benötigen. Durch die Zusammenführung der drei bestehenden Krankenhausstandorte zu einem gemeinsamen Spital bedarf es zukünftig rund 600 Vollzeitäquivalente. Meine Damen und Herren, wenn wir es nicht schaffen, 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Klinikum Stainach zu generieren, wie sollen wir es dann schaffen, die drei Standorte mit ausreichend Personal auszustatten? Zudem soll der

große Teil der Nachnutzung, und das war ein Punkt, den der Landesrechnungshof aufgegriffen hat, mit niedergelassenen Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmedizinern, erweitert um niedergelassene Fachärztinnen und Fachärzte im §2 Kassensinne „bespielt“ werden und es besteht große Zuversicht, dass dies auch, insbesondere mit Unterstützung und Zusammenarbeit der Österreichischen Gesundheitskassa, der Ärztekammer und aller wesentlichen Player und Partner im System gelingen wird. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zur Frage 15

Der Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025 (RSG-St 2025) sieht für die Versorgungsregion 62, Bezirk Liezen, vor, dass die drei bestehenden Krankenhausstandorte Rottenmann, Bad Aussee und Schladming zu einem gemeinsamen Leitspital Region Liezen zusammengeführt werden. Damit wird eine personell und wirtschaftlich langfristig stabil erhaltbare Einrichtung entstehen. Die Planung des RSG erfolgt auf Grundlage detaillierter Analysen für die gesamte Steiermark. Diese Vorgehensweise erfolgt im Rahmen der Vorgaben und Planungskriterien des Österreichischen Strukturplans Gesundheit (ÖSG). Letztendlich kommt es zu einer Festlegung der bestmöglichen Versorgungsstruktur u.a. unter Berücksichtigung von Kriterien wie der Erreichbarkeit und sinnvoller Strukturgröße.

Wir sehen in ganz Österreich im Wesentlichen die Problematik kleiner Standorte, wie die Entwicklung der medizinischen und technischen Möglichkeiten sowie Erfordernisse bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten, die Problematik der Verfügbarkeit von Ärztinnen und Ärzten bzw. auch des Pflegepersonals sowie u.a. zunehmend geforderte qualitätssichernde Aspekte, wie Vorgaben von verbindlichen Mindestfallzahlen für ausgewählte medizinische Leistungen zur Sicherung der Behandlungsqualität und Mindestfallzahlen als Orientierungswerte für eine qualitätsgesicherte Leistungsangebotsplanung.

Die Umstrukturierung in der Versorgungsregion 62, Bezirk Liezen, soll die medizinische Versorgung für die Bevölkerung der rd. 80.000 Einwohnerinnen und Bewohner im Bezirk Liezen verbessern und langfristig sicherstellen. Durch die höhere Fallzahl an einem Standort im Herzen des Bezirks können die Behandlungsqualität verbessert und die Weiterbildungsmöglichkeiten für das Personal ausgebaut werden. Dieses Ziel ist nur umsetzbar, wenn die Kapazitäten an einem Standort gebündelt werden können.

Damit können Fächer wie Chirurgie, Innere Medizin inklusive Dialyse, Intensivmedizin, Palliativmedizin und Hospizversorgung, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Akutgeriatrie und Remobilisation, Orthopädie und Traumatologie qualitativ sichergestellt werden und

weitere Angebote wie die Versorgung von Kindern und Jugendlichen sowie eine ambulante Neurologie geschaffen werden.

Nach wie vor wird das Verständnis geteilt, dass sich der RSG-St 2030 als eine Weiterentwicklung des aktuell gültigen RSG-St 2025 versteht und dieser den nächsten konkreten Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung des Zielbildes des Steirischen Gesundheitsplans 2035 darstellt. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen folgt dabei dem sich ständig ändernden Bedarf ebenso wie sich verändernden Versorgungsprozesse und -angebote sowie nicht zuletzt der sich stetig ändernden Entwicklung in der Medizin.

Und abschließend zur Frage 16, das ist die letzte Frage:

Meine Damen und Herren, es wird halt hier im Landtag viel diskutiert. Viel Parteipolitisches, aber zum Glück auch viel Inhaltliches. Und manches, das sehr ins Detail geht und technisch ist. Aber ich will heute hier etwas Grundsätzliches sagen, zu dem, was für die Menschen in diesem Land, für die Steirerinnen und Steirer wirklich zählt. Wir bauen ein Krankenhaus. Wir bauen damit Gesundheit auf allerhöchstem Niveau aus. Schauen wir uns um, wer das in Österreich derzeit sagen kann. Schauen wir, wer Versorgung und Fürsorge mit einem neuen Krankenhaus stärkt. Und wo bauen wir dieses Krankenhaus? Und jetzt komme ich zu einem Herzensanliegen von mir. Während anderswo immer zuerst auf die Ballungszentren, Städte geschaut wird und immer dieser Vorwurf kommt, bauen wir ein neues modernes Krankenhaus in Liezen, im ländlichen Raum. Und das ist wichtig, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – Erste Präsidentin Khom: „Herr Landesrat, ich bitte dich zum Schluss zu kommen.“)* Die letzten zwei Sätze. Es ist wichtig, das habe ich schon erwähnt, dass der Rechnungshof sich so große Projekte genau anschaut. Die Kritik ist entsprechend angekommen. Das wird auch genau angeschaut. Der wichtigste Punkt ist aber, der Rechnungshof hat dieses Projekt, das Klinikum Stainach voll inhaltlich bestätigt.

Meine Damen und Herren, die Gesundheit der Menschen interessiert sich nicht für Wahltage, interessiert sich auch nicht für Wahlkämpfe, aber wir alle sollten uns immer für die Gesundheit der Menschen interessieren und sie an die erste Stelle unserer aller Überlegungen stellen. Ich danke für die Debatte. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.59 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

KO LTAbsg. Klimt-Weithaler - KPÖ (10.59 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Raum und via Livestream!

Der Herr Landeshauptmann Drexler hat gestern im Rahmen einer Diskussion der Spitzenkandidaten und Spitzenkandidatinnen zum Thema Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen gesagt: „Zum Leitspital in Stainach gibt es keine Alternative.“ Ich stelle mich da jetzt wirklich her, und behaupte das Gegenteil. Es gibt immer eine Alternative, Herr Landeshauptmann, und ich darf daran erinnern, es ist schon ein Zeiterl her, es gab einmal eine Plattform 25, die sich aus den Steirern und Steirerinnen gebildet haben, die damals gegen ein Kürzungspaket der Landesregierung gekämpft haben, wo der Titel war, „minus 25 % auf allen Ebenen“. Und auch hier war das Motto, es gibt immer eine Alternative. Am Ende war es so, dass das Sozialbudget deutlich nachgebessert wurde. Das heißt also, und das ist auch wirklich mein Aufruf an alle Steirer und Steirerinnen, man muss nicht immer alles hinnehmen. Man kann sich durchaus auch wehren. Und Herr Landesrat Kornhäusl, weil Sie gesagt haben, Sie wollen die Steiermark enkelfit machen. Ich darf daran erinnern, die letzte Person, die das wollte, und hier immer wieder verkündet hat, war der Landeshauptmann Voves. Nach der Wahl war er dann selber enkelfit für seine, weil in Regierungsverantwortung war er dann nicht mehr. Also ich bitte, hören wir doch auf, solche Dinge in den Raum zu stellen, sondern reden wir über die Fakten. Und das ist ein sehr guter Anlass, und an der Stelle bedanke ich mich auch beim Herrn Landesrechnungshofdirektor Drobosch und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die Erstellung dieses Projektberichtes oder Planungsberichtes. Was die Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen betrifft, ist die Landesregierung mittlerweile in diesen Leitspitalplänen so festgefahren, dass es meiner Meinung nach schon die halbe Steiermark braucht, um sie da auch wieder herauszuziehen. Und was mich freut, ist, es gibt so viele Menschen, die Sie da ja herausziehen wollen. Es gibt so viele Meinungen, die man sich anhören muss, und es gibt eine Bürger_inneninitiative, die so viele Dinge vorher, bevor wir sie in dem Bericht lesen durften, schon erklärt hat, darüber gesprochen hat, an die Öffentlichkeit gegeben hat. Was wird in dem Bericht jetzt kritisiert? Es

wird kritisiert das PPP-Modell der Betreibergesellschaft. Es wird kritisiert die Nachnutzung. Kurze Erinnerung an die letzte Dringliche Anfrage, die ich hier für die KPÖ halten durfte. Was haben wir kritisiert? Das PPP-Modell und die Nachnutzungskonzepte. Es werden weiters kritisiert in diesem Bericht die Personalprobleme, und über die Personalprobleme haben wir hier schon, ich weiß nicht, wie oft gesprochen. Lösungen habe ich noch nie gehört. Und wenn Sie mir jetzt vorwerfen, oder wenn du mir vorwirfst, Herr Landesrat, wir hätten in unserem Wahlprogramm drinnen stehen, wir wollen alles erhalten, wie es ist, dann stimmt es erstens nicht, (*Landesrat Dr. Kornhäusl*: „Doch, ihr seid gegen Reformen!!“) nein, es geht nicht darum, dass wir gegen Reformen sind, aber wenn du mir sagst: „Ja woher wollt ihr denn das Personal nehmen, wenn ihr drei Spitäler erhalten wollt?“, ja, Herr Landesrat, das ist nicht mein Problem, woher wir das Personal nehmen. (*KO LTabg. Riener*: „Aso?“) Ja, wer ist denn verantwortlich? (*KO LTabg. Riener*: „Für das Budget sind wir verantwortlich!“ – *Allgemeine Unruhe bei der ÖVP*) Also Entschuldigung, vielleicht können wir noch einmal ganz kurz klären, wofür der Landtag zuständig ist, und wofür die Landesregierung zuständig ist. Und liebe Barbara Riener, deine ÖVP sitzt seit ewigen Zeiten in der Landesregierung, ja, warum hat man denn nicht schon lange einen Weg gefunden? Braucht ihr dafür auch die KPÖ, dass wir euch sagen, wie man zu einem Personal kommt? (*KO LTabg. Riener*: „Gott bewahre, das brauchen wir nicht!“) Ein neuer Auftrag, ich nehme ihn zur Kenntnis. Nächster Punkt, reden wir dann am Schluss noch einmal darüber, am Ende meiner Wortmeldung, da wirst du sicher noch einmal hereinschimpfen. Wenn jetzt gesagt wird, der Landesrechnungshof bekennt sich zu dem Projekt. Entschuldigung, der Landesrechnungshof bekennt sich zu gar nichts. Der macht einen Bericht, der ist Kontrollorgan und auch diesen Bericht hat er großartig gemacht. Aber interpretiert doch nicht hinein, als wäre der Landesrechnungshof ein politisches Organ. Das ist er nämlich nicht. (*KO LTabg. Riener*: „Das hat auch niemand gesagt!“) Es wurde wortwörtlich gesagt, der Landesrechnungshof bekennt sich zum Projekt. (*Landesrat Dr. Kornhäusl*: „Das ist richtig!“) Mit Verlaub, das ist nicht richtig. Nächster Punkt. (*Allgemeine Unruhe bei der ÖVP*) Nächster Punkt. Wer ist denn verantwortlich dafür, dass wir jetzt in einer Situation hängen, wo, wie sprichwörtlich, dieser Karren im Dreck steckt, man kommt nicht mehr nach hinten, man kommt nicht nach vorne. Und man hat eigentlich alle Warnungen, egal, von wem sie gekommen sind, in den Wind geschlagen. Egal, ob sie von der Opposition gekommen sind, egal, ob sie von der Bürger_innen-Initiative BISS gekommen sind, egal, ob sie von der Bevölkerung gekommen sind, die ja ein deutliches Zeichen mit der Volksbefragung gesetzt hat und über 67 % haben gesagt: „Nein, so wollen wir das nicht, wir

haben Angst um unsere Gesundheitsversorgung.“ Ich glaube ja persönlich, dass inzwischen die Stimmung für dieses Leitspital tiefer, tiefer, tiefer gesunken ist. Warum? Weil die Leute einfach merken, dass da kein Plan dahinter ist. Nehmen wir her diese Primärversorgungszentren. Es wird immer wieder gesagt, ja, das sind die Alternativen. Aber Entschuldigung, eine Praxisgemeinschaft von zwei Allgemeinmediziner_innen, die längere Öffnungszeiten haben, das ist kein Gesundheitszentrum. Und weil du Mariazell, lieber Herr Landesrat, (*LTabg. Fartek: „Du sprichst von etwas, was du dir noch nicht einmal angeschaut hast!“*), ich spreche jetzt mit dem Herrn Landesrat und wir können uns nachher gerne noch zusammensetzen. Herr Landesrat, (*LTabg. Fartek: „Das ist eine Unterstellung!“*) Herr Landesrat, (*Allgemeine Unruhe bei der ÖVP*) Herr Landesrat, wenn du als Beispiel, wie toll diese Gesundheitszentren funktionieren, immer Mariazell nennst, dann sagst du einen wesentlichen Faktor nicht dazu. Alle Fachärzte in Mariazell sind Wahlärzte. Das heißt, wo sind wir denn jetzt mit der gleichberechtigten Gesundheitsversorgung für alle? Einen Wahlarzt, Herr Landesrat, kann sich nicht jede_r Steirer_in leisten. Und wenn ihr sagt, wir haben ein tolles Gesundheitszentrum, dann ist das super. Wenn da Fachärzte und Fachärztinnen drinnen sind, dann ist das super. Aber die müssen für alle leistbar sein und nicht nur für die, die sich Wahlärzte leisten können. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Das ist ja nicht wahr!“*) Wir haben gerade vorhin in Mariazell oben angerufen und nachgefragt, weil ich mir nicht sicher war. Bestätigung haben wir direkt. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Das sind alles Kassenleistungen!“*) Alle Fachärzte, die dort tätig sind, sind Wahlärzte. Können wir gerne nachher weiterreden. Und es gibt so viele Aussagen von euch, die immer so dahingesagt werden. Heute z. B., habe ich wieder gehört, Schladming ist fix. Aber es gibt nichts Schriftliches dazu. Es gibt keine Verträge dazu. Oder ihr versteckt sie irgendwo im stillen Kämmerlein. Schauen wir weiter. Wir haben Fakten, und über die möchte ich reden. Wir haben Kosten, die wurden im März 2024 für die Projektkontrolle mit 302,03 Millionen Euro hingegeben zum Bericht, zum Prüfen. Der Maximalbetrag wurde ja auf 330 Millionen Euro erhöht. Was nicht drinnen ist, und wofür ihr uns geprügelt habt da herinnen, jede Sitzung, wenn wir gesagt haben: „Wir haben viel mehr Kosten zu besprechen.“ Jetzt sagt der Rechnungshof komplett das Gleiche. Wir haben die Begleitprojekte nicht prüfen können, denn die wurden nicht eingereicht. Aber wenn wir von diesem Bau reden, wenn wir von diesem sogenannten Leitspital reden, dann können wir nicht nur darüber reden, was das Spital an sich kostet. Wie kommen wir dort hin? Wo werden denn die Beschäftigten wohnen? All diese Dinge, die die BISS immer wieder auch dargestellt hat und gesagt hat, fragt einmal

nach, was kostet denn der Bau, dass wir überhaupt hinfahren können zum Spital? Nichts, und jetzt haben wir es wieder schwarz auf weiß. Die Kosten werden wir nicht halten können. Wichtig auch noch, was die bis heutige Planung anbelangt. Da wurde uns jetzt gesagt, was diese Betreibergesellschaft anbelangt, da ist jetzt nicht alles in Stein gemeißelt. Das hat bei der letzten Dringlichen Anfrage in deiner Beantwortung noch ganz anders ausgesehen. *(Landesrat Dr. Kornhäusl: „Bitte, das ist ja alles noch nicht unterschrieben!“)* Es wurde heute auch wieder gesagt, naja, damit man zu dem Spital überhaupt hinkommt, da reden wir eh jetzt mit der Gemeinde und mit der Verkehrsabteilung, gibt es aber auch noch nichts Fixes. Und ich möchte abschließend festhalten: Es gibt, Stand heute, noch nicht einmal eine Baubewilligung für das sogenannte Leitspital. Also sehr geehrte Damen und Herren, *(Landesrat Dr. Kornhäusl: „Das läuft ja!“)* machen Sie Stopp und beginnen Sie die Warnungen ernst zu nehmen. *(KO LTabg. Riener: „Aber die Planung muss ja auch einmal passieren!“)* Es gibt keine Bewilligung, und glaubst du, Barbara, das wird in den nächsten drei Wochen *(KO LTabg. Riener: „Das muss ja vorher passieren, das ist beim Hausbau genau das Gleiche!“)*... habe ich dir prophezeit, dass du dich am Schluss noch einmal ärgern wirst. Aber für mich, für mich, ich hätte gern zwei Sätze länger, Frau Präsidentin. *(Erste Präsidentin Khom: „Ja!“)* Danke. Ich möchte, *(LTabg. Schnitzer: „Du bestimmst nicht die Gesetze!“)* Nein, ich bestimme nicht die Gesetze. *(Unruhe bei der ÖVP)* Aber man sollte sich, es blinkt schon so und ich würde gerne zu meinem Schlusssatz kommen. *(Erste Präsidentin Khom: „Bitteschön, Frau Klubobfrau!“)* Danke, Frau Präsidentin. Im Grunde zeigt diese Debatte über das Leitspital Stainach eines: So hat die Landesregierung fünf Jahre lang gearbeitet. Sie hört nicht zu, wenn jemand dagegen ist. Sie hört sich nur die Argumente an von jenen, die sie befürworten. Sie schlägt Aussagen in den Wind, wenn sie von einer Bürger_inneninitiative kommen, die ihnen nicht recht ist. *(LTabg. Mag. Schnitzer: „Ihr negiert die Fakten. Punkt!“)* Nachfragen werden entweder dauernd unterbrochen, ins Lächerliche gezogen oder überhaupt nicht beantwortet. Die Meinung der Bevölkerung wird ignoriert und unter Druck werden dann manche Dinge doch erledigt. Wohnunterstützung, Rückkauf Energie-Steiermark-Anteile, Gruppenverkleinerung in der Elementarpädagogik. Lauter Dinge, die letztendlich doch gemacht wurden. Und ich wünsche mir so sehr, dass auch beim Leitspital nach der Wahl ein anderes Klima herrscht, wo man die Bedenken ernst nimmt. Und dafür werde ich kämpfen bis zum Umfallen. Danke fürs Zuhören. *(Beifall bei der KPÖ, der FPÖ und den Grünen – 11.11 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Lambert Schönleitner. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, dieses Thema hat ganz, ganz viel an Emotion. Natürlich auf allen Seiten hier im Haus, und ich bitte alle Seiten, ihre Emotionen ein wenig zu zügeln. Bitteschön, Herr Kollege Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner - Grüne (11.11 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Gesundheitslandesrat, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Mario Kunasek hat recht gehabt, im Ausschuss war es noch sehr konstruktiv und wertschätzend, eh noch immer, aber wir müssen, glaube ich, aufpassen, weil die Zwischenrufe, die jetzt eher nervös von der ÖVP-Seite gekommen sind, die machen es nicht möglich, *(KO LTAbg. Riener: „Wenn so Unwahrheiten gesagt werden!“)*, Barbara, warte, hör mir einmal kurz zu, in deinem Sinn, die machen es nicht möglich, dass wir uns gegenseitig zuhören. Und das sollten wir tun. *(Beifall bei den Grünen, der FPÖ und KPÖ)* Ich bin eh für einen lebendigen Parlamentarismus, aber wenn dann alle gleichzeitig in ihrer starken Emotion hereinreden, hört man nichts mehr, und das ist dann schlecht. *(KO LTAbg. Riener: „Wir hören dir zu!“)* Aber ich komme schon zur Sache, und ich gehe gleich zum Herrn Landeshauptmann, denn der Herr Landeshauptmann und sein Stellvertreter sind ja leider nicht mehr dabei, wahrscheinlich haben sie andere Verpflichtungen, weil ich glaube, sonst wären sie da geblieben. Das würde ich Ihnen nicht unterstellen. Aber Herr Landesrat, ich muss dir schon sagen, nach allem, wie du heute hier wieder agiert hast, und nach dem Bericht, der uns vorliegt, weil, das ist ja wichtig, die Claudia hat es ja schon gesagt, das ist nicht ein Oppositionspapier. Das ist eine unabhängige Prüfstelle, Hilfsorgan des Landtages, das ist immer ein Ausdruck, den habe ich nicht so gern, jedenfalls ein Qualitätsorgan, was uns Rückmeldung gibt, und das macht der steirische Landesrechnungshof ausgezeichnet und sehr gut, der jetzt am Tisch liegt. Und diese Situation, und das sage ich dir, Herr Landesrat, ist eine komplett andere, wie die in den letzten Monaten und Wochen und Jahren. Weil da habt ihr uns immer gesagt: „Alles, was ihr sagt, ist frei erfunden, das ist Populismus, das stimmt alles nicht, das Projekt ist auf Schiene, das Projektmanagement ist gut, kein Problem mit der Betreibergesellschaft, ja, Kostenfrage, es wird dabei bleiben“, ja, alles das. *(LTAbg. Dr. Murgg: „Alles falsch!“)* Und das kannst du nicht vom Tisch wischen, Kollege Murgg, richtig, „alles falsch“, waren seine Worte. Das kannst du ja nicht vom Tisch wischen, dass man nach so einem Bericht nicht zur Tagesordnung übergehen kann. *(Beifall bei den Grünen und der*

KPÖ) Und ich bin bass erstaunt, und ich muss ehrlich sagen, es empört mich fast ein bisschen, dass nach so einem Bericht die Landesregierung, der Landeshauptmann, der uns das alles eingebrockt hat, schon vor zehn Jahren fast, weil zehn Jahre wird schon probiert, irgendwas auf die Reihe zu bringen da oben, eine Gesundheitsversorgung, und es ist so gut wie alles schief gegangen. So gut wie alles schief gegangen. Er hat damals gesagt in der Messehalle in Graz, ich war dabei, weil, ich habe mir das angehört, große Reformverkündigung, die Sandra war auch dort mit mir, jetzt kommt der Gesundheitsplan für die Steiermark, wir werden die gesündesten Bürger dieser Welt werden und Bürgerinnen. Ja, was ist denn gewesen? Ein paar Wochen später war er beim Kirchenwirt in Aigen oben, ja, der gleiche, damals als Gesundheitslandesrat, jetzt Landeshauptmann, da war die Skepsis schon groß. Da war die Zustimmung schon nicht mehr wirklich da. Da waren viele Fragen, Herr Landeshauptmann. Ich spreche dich gerade an. Und vor ein paar Wochen war jetzt nur mehr sein Vorgänger beim Kirchenwirt in Aigen, da ist er selber nicht mehr raufgefahren, habe ich in der Kleinen Zeitung gelesen, aber man kann ja an so einem Tag. (*Landeshauptmann Mag. Drexler: „Ich war am Tag darauf in Liezen!“*). Wunderbar, sehr gut. Man kann nach so einem Prüfbericht, und auf das will ich noch einmal heraus, Herr Gesundheitslandesrat, ja nicht sagen, wir machen weiter und das ist alles bei einem großen Projekt möglich. Und dann, das waren deine Worte, ich wiederhole dich jetzt. (*Landeshauptmann Mag. Drexler: „Unerhört.“*) Hör mal kurz zu, du kannst dich nachher eh noch einmal melden. Es waren ja deine Worte, die du jetzt gesagt hast: „Es kann kein Projekt geben, wo alle dafür sind.“ Also das war jetzt wirklich die Spitze des Eisbergs, die du da gesagt hast. Denn das sind ja nicht wenige Menschen oder ein paar Kritiker oder ein paar Lästige oder die Opposition. Nach dem steirischen Volksrechtegesetz, das auch der Landeshauptmann immer wieder lobt und bewusst erwähnt, weil er sagt, das ist ein Instrument, um die Bevölkerung zu fragen, so hat er es über Jahre immer wieder gemacht, mit diesem Instrument wurde die Bevölkerung seinerzeit im Ennstal gefragt, „seid ihr am richtigen Weg oder nicht?“ Das ist zwar rechtlich nicht bindend, aber es ist ja eines, darum haben wir es ja in ein Gesetz gegossen, es ist die formalisierte Möglichkeit, die Bevölkerung zu fragen, wir haben euch gesagt, was wir machen wollen, wollt ihr das oder wollt ihr das nicht? Und die Rückmeldung war eindeutig. Da kann man doch nicht sagen, Herr Landesrat Kornhäusl, lieber Charlie, das waren ein paar wenige. Das wäre ja der Anlass gewesen, wenn ihr euer Projekt oder die Gesundheitsversorgung da oben auf die Reihe bringen wollt, dass man das zum Anlass nimmt und sagt, so können wir nicht mehr weitermachen. Du wirst mir

da recht geben. Gesundheitspolitik ohne das Vertrauen der Bevölkerung, das geht doch nicht. Und wenn ich bei einer hohen Beteiligung zwei Drittel dagegen habe, und immer mehr kritische Stimmen kommen, und die Zahlen nicht mehr stimmen und das Projektmanagement fatal ist, dann wäre das damals ja auch schon der Moment gewesen, wo man sagt, jetzt müssen wir es anders machen. Ich bin übrigens auch schon, weil du gesagt hast, bei Projekten ist das so, bei der Durchsetzung von Projekten oft auf Granit gebissen. Ich sage jetzt eines als Beispiel, weil sonst sagt ihr immer, wir sind so theoretisch: Der Nationalpark Gesäuse. Widerstand in der Bevölkerung, Schutzgemeinschaft, völlige Kritik der Bevölkerung. Ich war für das Projekt, mit vielen anderen auch. Und am Ende ist einer gekommen, es war damals der leider schon verstorbene Landesrat Pörtl, der gesagt hat: „So kommen wir nicht durch. So können wir das Projekt nicht umsetzen.“ Hat angerufen bei mir, bei allen Leuten aus der Region und hat gesagt: „Was machen wir jetzt?“ Dann hat er gesagt: „Wir machen es nicht bei den privaten Grundbesitzern, wir machen es auf Landesgrund, Lambert, und das ist die Chance, dass wir es noch durchsetzen können.“ Und am Ende haben wir uns auf etwas geeinigt. Und heute haben wir das Projekt. Zwei Millionen rennen jährlich in die Region. Das ist gut. So kann man auch Politik machen. Aber so wie der Landeshauptmann und der Gesundheitslandesrat Politik machen, das ist ja gegen die Menschen, gegen die Bevölkerung. *(Beifall bei den Grünen, der KPÖ und der FPÖ)* Das ist eigentlich, das ist ja wider jeder Vernunft, wenn ich... *(Landeshauptmann Mag. Drexler: "Das ist unerhört!")* Nein, Herr Landeshauptmann, du sagst unerhört. ... *(Landeshauptmann Mag. Drexler: "Das stimmt nicht!")* Das ist immer diese leichte Arroganz, die ich da verspüre. *(LTAvg. Schnitzer: „Arrogant ist deine Wortmeldung!“)* Ich empfehle dir etwas als Landeshauptmann. Es würde der Landesregierung und dir an der Spitze gut anstehen, die Brechstange endlich zur Seite zu legen und den Dialog mit der Bevölkerung einzugehen. Und jetzt sage ich noch etwas, weil es immer wieder gesagt wird, von dir als Landeshauptmann, von dir als Gesundheitslandesrat auch, alle Medizinerinnen und Mediziner empfehlen uns, *(Landesrat Dr. Kornhäusl: „Alle, das ist ja Unsinn. Was habe ich heute gesagt?“)* heute hast du es das erste Mal relativiert im Kontrollausschuss. *(Landesrat Dr. Kornhäusl: „Ich habe gesagt, dass es immer Leute geben wird, die dagegen sind!“)* Und du weißt auch, warum du es relativiert hast, weil du genau weißt, dass es mittlerweile, und jetzt komme ich zum Personalbereich, der schon angesprochen wurde, namhafte Medizinerinnen und Mediziner gibt, nicht irgendwo, sondern hier in der Steiermark an zentralen Stellen, die euch, die dem Landeshauptmann, die dir als Arzt, der du ja sicher vom Fach bist, das möchte ich überhaupt nicht bestreiten, ganz klar

sagen, wir werden das Personal für dieses Krankenhaus in dieser Form nicht bekommen, weil sie dort nicht hingehen werden, die Leute. Man muss ja, wenn man in so ein Projekt investiert, auch wissen, ob man es am Ende bespielen kann. Die reine Bausubstanz reicht uns ja nicht. Und das sagen Medizinerinnen und Mediziner aus der KAGes, aus eurem Bereich, Sie können es nur nicht offen sagen, und das ist eh eine tragische Geschichte, weil Sie dann sofort eine Kritik kriegen, ich verstehe es aus unternehmerischer Sicht, sagt ja, keine Kritik nach außen, wir müssen die Reihen schließen, damit wir das Ding, was eh schon eigentlich beim Runterkugeln ist von der Spur, damit wir das noch irgendwie durchbringen. Und das, und jetzt komme ich noch einmal zu dir, Herr Gesundheitslandesrat, wäre ja heute eine Möglichkeit gewesen, herzugehen, und zu sagen, da ist uns eigentlich in vielen Bereichen ganz viel schiefgegangen. Projektmanagement, wir haben es eh im Kontrollausschuss heute beredet, es ist ja nicht nur die Baubewilligung nicht vorhanden dieser ominösen Projektmanagementgeschichte (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Das Verfahren läuft ja, das ist ein laufendes Verfahren!“*) ist sogar der Flächenwidmungsplan davongerutscht während dieser Geschichte. Es gibt nämlich derzeit ein Revisionsverfahren, da bist du offenbar nicht informiert oder hast uns heute nicht gesagt, oder auch die KAGes hat irgendwie gesagt, was ist da, wenn eine vorrechtliche Situation zur Baubewilligung, und das ist der Flächenwidmungsplan, auch nicht entspricht, und man das Projekt nicht umsetzen kann, dann kannst du uns ja nicht mehr sagen, es ist alles Paletti und alles gut. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Das sagt ja keiner!“*) Wenn bis heute nicht einmal die straßenrechtliche Genehmigung, die eh lange noch gebraucht hat, weil es irrsinnig viele Varianten gegeben hat, vorliegt, liegt beim Landesverwaltungsgericht, das hast du uns heute bestätigt, aber nicht einmal die zwei Spuren, die man braucht, Abfahrt und Auffahrt, um irgendeine Baustelle einzurichten, rechtlich herstellbar sind. Ich sage dir jetzt nur ein paar konkrete Beispiele, weil sonst sagst du immer, wir erfinden nur irgendetwas. Dann kann ich ja nicht mehr, lieber Karlheinz Kornhäusl, von einem guten Projektmanagement sprechen, dann ist einfach in dieser Sache ganz viel schiefgegangen. Und zur Betreibergesellschaft wende ich mich noch einmal an den Landeshauptmann, weil er einer war, und er kann sich sicher erinnern, der im Laufe der seinerzeitigen Diskussion um das DKH Schladming und das Krankenhaus in Bad Aussee einer war, der ganz vollmundig und mit Kraft argumentiert hat, nie und nimmer ein PPP-Modell. Das ist damals immer schon, Voves war damals Landeshauptmann, eine ganz klare Sache gewesen, wenn wir investieren, dann müssen wir das im öffentlichen Verantwortungsbereich lassen. Wir wollen es in Rottenmann, wir wollen es nicht in Stainach.

Ich sage es ganz klar, dann muss man das im öffentlichen Bereich lassen. Warum? Weil ja die Geschichte die ist, dass diejenigen, die zahlen, und das ist das Land Steiermark, die ganzen Errichtungskosten, die Abgangsdeckungen etc., dass diejenigen am Ende die Verantwortung tragen. Und da ist die Frage zu stellen, nicht, weil die Diakonie ein schlechtes Gesundheitsunternehmen wäre. Ich möchte überhaupt nicht sagen, weil du das heute einmal im Ausschuss schon so gesagt hast, die machen auch gute Arbeit. Aber die Frage ist aus Landesseite heraus, warum ist die Betreibergesellschaft so konstruiert, dass das Land Steiermark, dass die KAGes ihre 100%-Verantwortung im Sinne der Finanzierung in dieser Form nicht wahrnehmen kann. Und ich hätte mir heute zumindest erwartet, wenn ihr schon nicht die Stopptaste drückt, ich werde mich später eh noch einmal melden, aber die ersten zehn Minuten sind vorbei, wenn ihr nicht die Stopptaste drückt, dass ihr zumindest, weil da habe ich auch von der SPÖ gewisse kritische Töne vernommen, dass ihr zumindest sagt, diese Betreiberstruktur ist vom Tisch, weil noch klarer, wie der Rechnungshof das in dem Bericht sagt, kann man das letztendlich nicht sagen. (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ - Erste Präsidentin Khom: „Herr Kollege Schönleitner, ich bitte dich um deinen Schlusssatz.“*) Bei allem, was jetzt am Tisch liegt, wäre es eine gute Möglichkeit, das ist mein letzter Satz bei dieser ersten Wortmeldung, Herr Landeshauptmann, die Brechstange auf die Seite zu legen, den Dialog einzugehen, (*Landeshauptmann Mag. Drexler: „Ich sehe keine!“*) ja, das ist eine Brechstange, und ähnlich, und das wäre mir wichtig und das ist den Menschen wichtig, eine Gesundheitsversorgung für den Bezirk auf die Reihe zu bringen, die den niedergelassenen Bereich sieht, die Primärversorgung, die Rottenmann als Leitspital aufwertet - auch das sagen uns Mediziner, dass das ohne weiteres möglich ist - und nicht stur sagt, wir bleiben auf einem Projektziel, was am Ende 2032 kommt, und du weißt es, und du auch, Herr Gesundheitslandesrat – (*Erste Präsidentin Khom: „Herr Kollege Schönleitner, ich bitte dich, deinen Satz nicht mit 47 Beistrichen zu versehen.“*) ich bin fertig – wir können nicht bis 2032 warten. Danke. (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 11.22 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Nikolaus Swatek. Bitte schön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (11.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, liebe Mitglieder der Landesregierung und liebe Steirerinnen und Steirer!

Wenn man diese Debatte heute hier verfolgt, muss man vorab eines festhalten: Die Liezenerinnen und Liezener, die wollen kein parteipolitisches Hickhack, die wollen eine verlässliche Gesundheitsversorgung vor Ort, die wollen eine Gesundheitsversorgung unabhängig ihrer Postleitzahl. Die wollen eine verlässliche Gesundheitsversorgung ohne Vitamin B, Zusatzversicherung oder Kreditkarte. Das bedeutet, sie erwarten sich Kassenärzte vor Ort. Sie erwarten sich kurze Wartezeiten auf Facharzttermine und Wartezeiten bei Operationen in Krankenhäusern. Vor allem erwarten sie eine Rettungskette, die im Notfall funktioniert. Und sie wollen starke und funktionierende Krankenhäuser. Für mich und uns NEOS ist daher klar, dass sich im Gesundheitssystem im Bezirk Liezen dringend etwas bewegen muss, sogar viel bewegen muss. Und wir NEOS stehen daher nicht auf der Seite der Landesregierung, aber wir stehen genauso wenig auf der Seite jener, die den Status quo beibehalten wollen. Denn der Status quo ist für die Liezenerinnen und Liezener genauso nicht zufriedenstellend, wie es das Projekt Leitspital Stainach-Pürgg derzeit ist. Denn sind wir uns ehrlich, ja, wenn ich in ein Krankenhaus gehe, erwarte ich mir als Privatperson, sowie auch jede Liezenerin und jeder Liezener, ein Krankenhaus, auf das man sich verlassen kann. Ich erwarte mir vor Ort einen Arzt, der Routine darin hat, die Operationen durchzuführen. Ganz unabhängig davon, welchen Eingriff er durchführt. Wenn ich mit meiner Frau für eine Geburt ins Krankenhaus gehe, dann will ich, dass dort auch ein Arzt ist, der das schon öfter und regelmäßig gemacht hat. Denn wenn was passiert, möchte ich mich darauf verlassen, dass er schnell die richtigen Entscheidungen treffen kann. Und dafür braucht es dementsprechend auch hohe Fallzahlen. *(Beifall bei den NEOS)* Und natürlich sind wir uns auch bewusst, dass uns in der ganzen Steiermark das Personal fehlt. Darum haben wir NEOS ja auch hier immer den Fokus auf das Personal gelegt. Es kam von uns NEOS die Idee und der Antrag, dass man bei der KAGes endlich in Exit-Gespräche geht, sich endlich anschaut, warum viele Bedienstete der KAGes das Unternehmen verlassen und warum sie die Zeiten reduzieren? Und ja, das ist aufgenommen worden seitens der Landesregierung und wir kennen die Gründe aktuell ja auch. Sie liegen sehr oft bei Wertschätzung und Anerkennung für ihre Arbeit. Ich

muss aber festhalten, dass beim Leitspital Stainach-Pürgg das Pferd von hinten aufgezümt wurde. Zuerst ist man durchs Land getourt und hat den Menschen erzählt, dass man Krankenhäuser schließen möchte. Man hat ihnen aber keine Alternative angeboten, um die Gesundheitsversorgung vor Ort in dieser Situation zu stärken. (*KO LTAvg. Riener: „Also bitte, du warst gar nicht dabei.“*) Man hat für Verunsicherungen gesorgt, indem man ihnen erzählt hat, dass die Krankenhäuser schließen. Und man hat es bis jetzt nicht geschafft, Alternativstrukturen vor Ort zu etablieren, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können. (*KO LTAvg. Riener: „Ist das eine KI generierte Rede?“*) Denn es ist schön und gut, wenn man jetzt aus der Schublade Nachnutzungskonzepte zieht, die dann irgendwann mal in der Zukunft, nach dem Prinzip Hoffnung, eine Gesundheitsversorgung vor Ort sicherstellen sollen. Aber es braucht jetzt ein Angebot für die Liezenerinnen und Liezener, auf das sie sich verlassen können. Und ich muss auch ganz ehrlich sagen, jetzt darf ich diese Debatte ja schon sehr lange verfolgen und auch daran teilnehmen, je länger ich mich mit diesem Projekt beschäftige, umso mehr schwindet auch mein Glaube darin, dass es sich hierbei wirklich um ein Projekt der öffentlichen Hand handelt. Und umso mehr schwindet mein Glaube daran, dass es sich hier wirklich um ein Projekt der Landesregierung oder des Landes handelt. Denn wenn wir uns die Historie, die Historie dieses Leitspitals ansehen, dann sehen wir, dass Pleiten, Pech und Pannen auf der Tagesordnung gestanden sind. Dann sehen wir unter anderem auch, wenn Sie sich zurückerinnern, wie lang man an einem Standort festgehalten hat, der angeblich der Beste war und dann von heute auf morgen nicht mehr der Beste war, weil es eine Sumpfwiese ist. Deswegen sind wir auch aktuell in der Situation hier im Land, dass man in der Landtagswahl 2024 dieselben Debatten führen muss wie in der Landtagswahl 2019, weil sich nichts weiterbewegt hat. Und wenn ich mir das Leitspital dann anschau und feststellen muss, dass es in vielen Bereichen auch in Zukunft offensichtlich einige Probleme geben wird und noch das eine oder andere Fettnäpfchen vor der Landesregierung liegt, in das man offensichtlich gerade hineintritt, weil man weder der Opposition noch Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren, zuhören möchte, ja dann muss man dieses Projekt einfach hinterfragen, denn das Leitspiel hat bis jetzt einen langen Rattenschwanz an Problemen nach sich gezogen und es wirkt so, als wäre es nach wie vor ein Fass ohne Boden. Wir haben hier nach wie vor keine Aufstellung der Gesamtkosten für dieses Leitspital, obwohl wir wissen, dass da noch unfassbar hohe Kosten auch auf das Land zukommen werden. Das sind bis auf den reinen Bau des Spitals, Energie, Wasser, Abwasser, Verkehr, Infrastruktur für den Verkehrsknoten, die Kosten für Baugrundrisiken, Schutzmaßnahmen, der öffentliche Verkehr,

Bus und Bahn, wenn die ÖBB vielleicht mitmachen will, weiß auch niemand so genau, Maßnahmen für Naturraum, Artenschutz, fehlende Kosten für die Errichtung von Personalwohnhaus, Kindergärten, Ärztehaus, Patientenhotel und auch die Kosten von der Gesamtprojektleitung, ja dann muss man schlicht und einfach festhalten, dass hier nicht mit offenen Karten gespielt wird, dass man hier nicht die Opposition mitnehmen möchte und dass man vor allem auch nicht die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen möchte, weil man könnte und müsste diese Kosten alle veröffentlichen. Und ja, es gibt jetzt diesen Projektbericht des Landesrechnungshofes, bei dem vermutlich die Wahrheit hier im Raum in der Mitte liegt. Ja, der Landesrechnungshof sagt, es muss sich in der Gesundheitsversorgung im Bezirk etwas tun. Und ja, der Landesrechnungshof sagt, bei den Projekten und bei der Abwägung dieses Projektes, da kracht es vorne und hinten ordentlich. Aber dann lösen wir doch diesen inszenierten Streit und gehen als Landesregierung her und veröffentlichen diesen Bericht einfach, damit sich die Bürgerinnen und Bürger selbst ein Bild von der Situation machen können. Und genau deswegen möchte ich auch den Antrag einbringen:

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Projektkontrollbericht betreffend die Überprüfung der Soll- und Folgekosten beim Projekt "Klinikum Stainach" unter Bedachtnahme datenschutzrechtlicher und wettbewerbsrechtlicher Bestimmungen möglichst vollständig zu veröffentlichen.

Und dann möchte ich weitergehen und das Projekt noch einmal genauer anschauen. Auf der einen Seite natürlich der Gesellschaftsvertrag mit der Diakonie, wo ganz klar die Warnsignale dastehen, dass die KAGes hier Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten abgibt, dass wir Parallelstrukturen aufbauen, sowohl bei der KAGes im Management und in der Servicefunktion als auch bei der Diakonie. Damit wir ganz klar sehen, dass die Kosten für dieses Krankenhaus ja eigentlich beim Land liegen und die KAGes da, sagen wir einmal, glücklich zum Handzug kommt, noch mit im Vertrag zu sein, um es mal höflich auszudrücken. Und ja, natürlich sehen wir auch, dass bei diesem Gesellschaftsvertrag Synergieeffekte nicht genutzt werden können. Es wurde auch schon medial wiedergegeben und kann daher hier auch erwähnt werden. Wir haben jetzt fünf Jahre hinter uns und ja, es liegen die Genehmigungsverfahren noch immer nicht vor, dass ein Bau beginnen könnte. Es fehlt die Naturverträglichkeitsprüfung. Es gibt keine Baubewilligung. Es gibt dort einen Container, den man derzeit hingestellt hat, bei dem sich Bürgerinnen und Bürger informieren können. Teilweise denke ich mir, man sollte den Container umfunktionieren. Da sollte nicht

die Landesregierung Bürger informieren, sondern da sollte ein Häuslbauer hingehen und die Landesregierung informieren, wie man an Genehmigungen kommt, weil es funktioniert schneller bei denen. *(Beifall bei den NEOS, Grünen und der KPÖ)* Und ja, wir sehen auch, dass Straßenverkehrsrechtliche und Genehmigungen und das Landesverwaltungsgericht, das jetzt eingeschalten ist, viele Dinge noch auf der langen Bank stehen und vor einer Baubewilligung und einem Bau dieses Leitspitals noch viel Wasser die Mur runterrinnen wird und man nach wie vor nicht in der Situation ist, dass man sagen kann, ja da im Bezirk tut sich endlich was für die Gesundheit der Liezenerinnen und Liezener. Erstens, wir würden nicht hergehen und eigentlich Angst schüren, indem man sagt, man sperrt alles zu, sondern wir müssen für die beste Gesundheitsversorgung vor Ort sorgen. Und wenn wir mit Expertinnen und Experten reden, dann sagen die uns eines ganz klar, schauen wir über die Landesgrenze Österreichs, schauen wir, was andere europäische Länder machen, die haben Akutmedizinerinnen, Akutmediziner vor Ort in den Regionen, die in Notfällen Patienten stabilisieren können, die sofort einschreiten können und dann Patientinnen und Patienten, wenn es Bedarf gibt, weiterreichen können in das nächstgelegene Krankenhaus, das diese fachspezifische Richtung auch anbietet. Das gehört etabliert hier im Land, damit sich die Bürgerinnen und Bürger sicher sein können. Das haben wir in dieser Form nicht. Sie wollen ein Primary Healthcare Center bauen, wo zwei Ärzte tagsüber drinnen sind und dann in der Nacht ist oft leider Schicht im Schacht, wie Sie wissen. Es werden wahrscheinlich 500 Millionen Euro sein, die in die Gesundheit investiert werden könnten. Dann sollte das unserer Meinung nach bitte in die Gesundheit der Liezenerinnen und Liezener investiert werden und nicht in Betonbauten und Begleitprojekte wie Straßenverkehrsknoten. Die bringen nämlich bei der Gesundheitsversorgung nichts. *(Beifall bei den NEOS – 11.33 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Marco Triller. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Triller, BA, MSc – FPÖ (11.33 Uhr): Danke schön, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Zuseher!

2012 Geburtenstationen Bruck an der Mur, Voitsberg, Wagner, Interne Abteilung Stolzalpe, 2013 Chirurgische Ambulanz in Mürzzuschlag, 2014 Krankenhaus Mariazell, 2015 Landespflegezentrum Schwanberg, 2017 Chirurgische Abteilung in Voitsberg, 2018

Krankenhaus in Eisenerz, 2019 Unfallchirurgie Leoben, Krankenhaus in Hörgas und ab dem Sommer 2023 zahlreiche Umstrukturierungen in KAGes Häusern, somit auch Leistungsverlagerung. Das sind nur einige Beispiele dafür, was die Landesregierung die letzten Jahre im Gesundheitsversorgungsbereich in der Steiermark für Maßnahmen und für die Landesregierung positive Maßnahmen für die Bevölkerung, sage ich, Leistungseinschränkungen durchgeführt hat. Was ist noch passiert? Wir befinden uns jetzt in der nächsten Runde des Pleiten-, Pech- und Pannen-Projekts der Steiermärkischen Landesregierung, nämlich wenn es ums Leitspital im Bezirk Liezen geht. Dieses Projekt spricht mehr oder weniger sinnbildlich für, oder besser gesagt eigentlich gegen die Arbeit dieser ÖVP-SPÖ-Koalition. Wenn es nämlich nach dieser Landesregierung geht, würde dieses Projekt im nächsten Jahr 2025 eigentlich schon stehen. Wir wissen, seit 2016 wurde das bereits angekündigt, stehen sollte es im Jahr 2025. Und jetzt ist es so, es gibt nicht einmal eine Baugenehmigung dafür. Das ist auch ein Sinnbild dafür, wie dilettantisch diese Landesregierung bei solchen Projekten auch vorgeht. (*Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen*) Man hat das genauso bei Schließungen von Krankenhäusern gesehen, beispielsweise auch in Eisenerz. Auch diese Verkaufsabwicklung war mehr als dilettantisch und nun hat die Steiermärkische Landesregierung bzw. das Land Steiermark nicht einmal mehr eine Handhabe auf dieses Gebäude. Dieses Gebäude wurde versteigert, das Land hat ein bisschen ein Geld dafür bekommen. Aber das große Problem ist eben, und das wurde schon vielfach angesprochen, die fehlenden Konzepte. Nachnutzungskonzepte beispielsweise auch im Bezirk Liezen, Nachnutzungskonzepte in anderen Häusern, beispielsweise auch natürlich in Eisenerz, wo Konzepte versprochen wurden, die in dieser Form eigentlich nicht eingehalten worden sind. Und jetzt sollen im Bezirk Liezen insgesamt drei Krankenhäuser geschlossen werden, ein sogenanntes Leitspital oder man möge es auch Zentralspital nennen, errichtet werden, ohne dass es klare Nachnutzungskonzepte gibt. Das sind Ideen derzeit, aber sie sind nicht klar und die Bevölkerung hat eigentlich ein Anrecht darauf zu wissen, was in diesem Bezirk im Gesundheitsversorgungsbereich vor sich geht. Aber so weit ist die Landesregierung nicht. Sie zieht das Projekt scheinbar beinhart durch, ohne die Bevölkerung mit einzubinden. Und Herr Landesrat Kornhäusl, du hast von Ehrlichkeit gesprochen. Da bin ich bei dir. Ehrlich wäre nämlich gewesen, oder ehrlich wäre es, die Bevölkerung transparent mit einzubeziehen in dieses Projekt. Darzustellen, wie hoch die Kosten tatsächlich sind, wie hoch die Kosten von Begleitprojekten oder auch Nebenprojekten sind. Das ist nicht der Fall. Ehrlich wäre auch gewesen, der Bevölkerung mitzuteilen, wie viele Ärzte tatsächlich aus den verschiedensten

Krankenhäusern mitgehen in dieses neue Leitspital in Stainach. Du hast davon gesprochen, dass es derzeit 800 Vollzeitäquivalente gibt. Dann sind es 600 Vollzeitäquivalente. Wenn man das irgendwie so durchrechnet und sich veranschaulicht, dann muss es ja irgendwie zu einer Leistungseinschränkung in diesem Bezirk kommen, wenn es 200 Mitarbeiter weniger gibt. Das ist ja keine Verbesserung. Ganz im Gegenteil, das wird mit Sicherheit auch eine Verschlechterung sein. *(Beifall bei der FPÖ)* Ehrlich wäre auch gewesen, wenn man den Standort Rottenmann als Standort erwogen hätte, beurteilt hätte. Das war aus unserer Sicht nicht der Fall. Vielleicht gibt es irgendwelche internen Papiere seitens der Landesregierung oder auch seitens der KAGes, aber das wurde der Öffentlichkeit nie dargestellt. Und aus unserer Sicht ist es notwendig, einen Plan B aufzustellen und das mit einem Standort in Rottenmann. Die Landesregierung begründet natürlich die Notwendigkeit dieses Baus mit der Weiterentwicklung der Medizin, auch mit der Veränderung der Ärzte und Pflegekräfte, aber auch mit Anforderungen im Ärzteausbildungsbereich. Das ist durchaus berechtigt, keine Frage. Aber es wurde bereits wirklich viel angesprochen und die Liste der Gegenargumente ist derzeit so derartig groß, dass kein anderer Weg mehr dazu hinführt, einen Plan B auszuarbeiten. Und der Plan B ist aus unserer Sicht und aus Experten, mit denen wir gesprochen haben, derjenige, dass man den Standort Rottenmann als Leitspital hernimmt und in weiterer Folge die anderen Standorte, Schladming und Bad Aussee, spezialisiert. Diese Erwägung und diese Beurteilung, die fehlt seitens der Landesregierung noch. Und dafür hat man noch Zeit, dies umzusetzen, Herr Landesrat. So einen derartigen Stress haben wir jetzt auch nicht mehr. Ich glaube, das ist notwendig und wichtig, dass wir diesen Plan B erstellen mit einem Standort in Rottenmann. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen)*, Die ÖVP ist bereits seit 80 Jahren in der Landesregierung, seit 40 Jahren in der Bundesregierung und hat natürlich diese jahrelangen Versäumnisse zu verantworten. So ehrlich muss man auch sein. Diese Ehrlichkeit erwarte ich mir natürlich auch von Vertretern der ÖVP. Da ist nichts gekommen in dieser Zeit, in den letzten 80 beziehungsweise 40 Jahren. Und man muss noch eines sagen, Herr Landeshauptmann, vor allem du warst derjenige, der das alles zu verantworten hat, als Gesundheitslandesrat. Und ich finde es schade, dass man jetzt nicht hergeht und dieses Projekt einfach neu beurteilt, im Sinne der Bevölkerung, im Sinne einer flächendeckenden und notwendigen Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen. *(Beifall bei der FPÖ)* Es gibt aber auch einen Antrag der ÖVP und SPÖ, der wird dann wahrscheinlich später eingebracht, der eben den Bau des Klinikums in Stainach zügig voranbringen soll, zum Ziel hat. Da wird ein Entschließungsantrag eingebracht, unterschrieben von den

Abgeordneten Barbara Riener, Matthias Pokorn, Klaus Zenz und auch vom Klubobmann der SPÖ Johannes Schwarz. Johannes Schwarz ist nämlich auch derjenige Abgeordnete, der am 19.11.2019 einen Entschließungsantrag, also vor fast genau fünf Jahren eingebracht hat und Folgendes eben zum Ziel hatte: Die Etablierung des Schwerpunktkrankenhauses im Zusammenspiel mit den Standorten Bad Aussee und Schladming am Standort Rottenmann zu prüfen und als zukunftsfähige Alternative zum geplanten Leitspital Stainach vorzulegen und das Einvernehmen über die künftige Spitalstruktur im Bezirk Liezen mit der Region herzustellen. Dieser Antrag wurde übrigens mehrheitlich gegen die Stimmen der ÖVP angenommen. Hier in diesem Landesparlament, die für die Gesetzgebung dieses wunderbaren Bundeslandes verantwortlich ist. Jeder Bürger soll sich natürlich selbst ein Bild machen, wie die Sozialdemokratie bei diesem Thema agiert. Vor fünf Jahren waren wir scheinbar gegen dieses Projekt und jetzt ist man einfach im Koalitionsressort dafür. Herr Klubobmann Johannes Schwarz, ich weiß nicht, wie du das gegenüber der Bevölkerung rechtfertigst. Ich halte es für keinen guten Zugang, keinen guten politischen Zugang. *(Beifall bei der FPÖ)* Faktum ist jedoch, dass es natürlich Lösungen braucht, aber das Zentralspital in Stainach ist definitiv nicht die Lösung. Und der Rechnungshof belegt das auch im Projektkontrollbericht. Deshalb braucht es natürlich vor der Landtagswahl einen endgültigen Stopp des Zentralkrankenhauses in Stainach im Bezirk Liezen sowie einen Plan B, in dessen Rahmen endlich ein optimales Versorgungskonzept für den Bezirk Liezen ausgearbeitet wird. Und ich darf daher folgenden Entschließungsantrag einbringen:

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Umsetzung des Projekts „Leitspital Liezen“ umgehend zu stoppen und stattdessen im Rahmen eines „Plan B“ ein optimales Versorgungskonzept für den Bezirk Liezen auszuarbeiten, welches unter anderem die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der bestehenden Spitäler unter Einbeziehung des niedergelassenen Sektors vorsieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute genau fast eineinhalb Wochen vor der Landtagswahl die Möglichkeit, dies jetzt zu tun, ein klares Bekenntnis, ein klares Zeichen abzugeben, dass wir für einen Plan B sind, dass wir für die Prüfung eines Spitalstandorts in Rottenmann mit Spezialisierungen in Bad Aussee und in Schladming uns aussprechen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ, KPÖ und den Grünen – 11.43 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Dr. Matthias Pokorn. Bitte schön, Herr Angeordneter.

LTabg. Dr. Pokorn – ÖVP (11.43 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, aber vor allem liebe Steirerinnen und Steirer!

Ich darf mich eben in diese Diskussion einerseits als Arzt und auch als Gesundheitssprecher der Volkspartei hier einbringen. Ich möchte vorweg hier nochmals die Faktenlage und das medizinische Angebot herausstreichen und vor allem auf die vielen positiven Expertenmeinungen, Meinungen von Organisationen, vom Gesundheitsfonds, von der KAGes, von Ökonomen, von Demografen und vor allem von Ärzten hinweisen. In Stainach-Pürgg ist das neue Klinikum Stainach im Entstehen. Dieses wird ein erhöhtes medizinisches Angebot bieten, mehr als die bisherigen Spitäler Bad Aussee, Rottenmann und Schladming zusammen. Die genannten Fächer – von unserem Herrn Landesrat, von Chirurgie, Innere Medizin, Dialyse usw. – wurden bereits genannt. Auch Angebote, wie die Versorgung von Kindern und Jugendlichen sowie ein neurologisches Angebot wurden genannt. Und auf eines habe ich in meinen fünf Jahren jetzt hier im Landtag immer wieder hingewiesen und das ist medizinischer Standard und das ist einfach die Wahrheit. Durch die Bündelung von Kapazitäten kann die Anzahl der Menschen, kann die Anzahl der behandelnden Patienten erhöht werden und durch diese Erhöhung dieser Anzahl erhöht sich auch die Qualität der behandelnden Ärzte. Die Routine ist ein wesentlicher Bestandteil der Behandlungsqualität. Es ist auch ganz, ganz wichtig und das muss man ganz ehrlich sagen, es verbessern sich auch die Bedingungen für Ärztinnen und Ärzte. Auch die Attraktivität des Bezirks wird für Medizinerinnen und Mediziner gesteigert. Dies ist aufgrund auch der gesellschaftlichen sowie auch demografischen Entwicklung in diesem Bezirk von wirklich hoher Relevanz. Des Weiteren, die Nachnutzungskonzepte sind klar festgelegt im RSG 2025, die Schaffung von Gesundheitszentren, von Facharztzentren in dieser Region. Diese sollen an den bisherigen Krankenhausstandorten Rottenmann, Bad Aussee und Schladming entstehen. Und ich habe in der letzten Landtagssitzung bereits ein Zitat gebracht und das möchte ich heute nochmals, auch aufgrund dieses Sonderlandtages, wiederholen. Ich darf den ehemaligen Rektor unserer MedUni in Graz hier nochmals zitieren. „Wenn nunmehr einzelne Parteien weiterhin gegen die dringend notwendige Realisierung dieses für eine hochqualitative Krankenversorgung der Bevölkerung zentral wichtige Leitspital in Stainach-Pürgg auftreten, ist dies als populistisch

motivierter Stimmenfang auf Kosten der Gesundheit von Menschen zu bewerten.“ (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Ich möchte jetzt auch versuchen, nochmal zu dieser Debatte, zu diesem Kontrollbericht einfach noch ein Frage-Antwort-Spiel durchführen und das einfach fachlich zu durchleuchten. Die Frage: Stellt der Rechnungshof das Klinikum Stainach in Frage? Nein. Der Landesrechnungshof bestätigt, dass es eine medizinische Notwendigkeit für die Errichtung des Leitspitals für den Bezirk Liezen gibt. Auch der Standort in Stainach-Pürgg wird nicht kritisiert. Warum hat der Landesrechnungshof das Projekt geprüft? Bei großen Bauvorhaben des Landes prüft der Landesrechnungshof vor dem Baubeginn das Projekt. Damit können Fehler und unnötige Ausgaben verhindert werden. Auch für den Bau des Leitspitals gab es diese Prüfung. Was hat es mit der Kritik an der Betreibergesellschaft auf sich? Die Gespräche zur Gründung eines Unternehmens, das das Klinikum Stainach betreiben wird, laufen noch. Die vom Landesrechnungshof kritisierte Variante ist eine von vielen, die zur Diskussion steht. Das Land muss Verluste des Spitals alleine finanzieren? Das Land ist verpflichtet, für Spitäler mit einem Versorgungsauftrag die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Finanzierung der Leistung erfolgt über den Gesundheitsfonds? Die finanziellen Verluste aller Spitäler mit Versorgungsauftrag, egal ob KAGes, Barmherzige Brüder, Elisabethinen, Diakonie oder eines anderen Trägers, werden vom Land Steiermark getragen. An dieser Finanzierungsverpflichtung ändert sich nichts. Was kritisiert der Landesrechnungshof an der Nachnutzung? Auf der einen Seite kritisieren natürlich die Oppositionsparteien, dass die Nachnutzungskonzepte nicht passen würden, auf der anderen Seite sagt der Landesrechnungshof, dass die Nachnutzungskonzepte – und aufpassen – zu viel medizinisches Angebot für Bad Aussee, Schladming und Rottenmann vorsehen. Wichtig und richtig ist, die Landesregierung will an den bisherigen Spitalstandorten eine erstklassige medizinische Versorgung bereitstellen. Sind die Baukosten jetzt höher als geplant? Nein. Auch hier bestätigt der Landesrechnungshof die sogenannten Sollbaukosten. Er kritisiert aber, dass das Risikobudget von 80 Millionen Euro nicht vollständig in den beschlossenen Baukosten berücksichtigt wurde. Hier gibt es auch die Antwort. Das Risikobudget wird wie bei allen Bauprojekten der KAGes nicht vollständig bei den geplanten Baukosten berücksichtigt, weil dieses Risikobudget auch nur dann zur Gänze wirksam wird, wenn alle kalkulierbaren Risiken eintreten. Es würden sonst Mittel gebunden werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht benötigt werden. Zusammenfassend stellt der Landesrechnungshof fest, dass die eingereichte Folgenkostendarstellung für das Klinikum Stainach ausreichend übersichtlich und detailliert vorgelegt wurde. Diese wurden von der Projektwerberin

rechnerisch hergeleitet, verbal erläutert und konnten weitgehend nachvollzogen werden. Und ich möchte, bevor ich jetzt zu meinen speziellen Kommentaren zu gewissen Abgeordneten komme, noch einen Kommentar des Chefredakteurs aus der heutigen Ausgabe von meinem Bezirk, Roland Reischl, hier wiedergeben. „Im 21. Jahrhundert, in Zeiten von Telemedizin, rasanten Entwicklungen in Technik und Forschung, können nur Häuser dieser Dimension, wie jenes in Stainach eine entsprechende Versorgung leisten. Es braucht Auslastung, Fallzahlen, Entwicklungsmöglichkeiten. Damit wird das Haus und das Spital in Stainach automatisch für medizinisches Personal attraktiv. Ein Umstand, der für die bestehenden Häuser keine Gültigkeit mehr hat. Es gibt vieles, das in der Steiermark verbesserungswürdig ist und worüber man trefflich streiten kann. Das geplante Leitspital zählt nicht dazu. Bei aller Wertschätzung für Kunasek, Klimt-Weithaler und Co., wenn es um die medizinische Versorgung in der Steiermark geht, fühle ich mich bei Spitzenmedizinern besser aufgehoben als bei Spitzenkandidaten.“ *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Zum Abgeordneten Schönleitner und zum Abgeordneten Swatek. Sind wir doch froh, dass es diese Behördenverfahren, diese Bauverfahren bei uns gibt. Es wird hier jeder gleichbehandelt. Ob ein Bürger, ob eine Firma oder hier das Land mit der KAGes. Und wichtig ist es, dass es diese Verfahren gibt und dass hier die gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden, um so auch das Beste und auch Verträglichste für Natur, Mensch usw. herauszuholen. Im Sinne für die Gemeinde ist es wesentlich, dass eingehalten werden: der Flächenwidmungsplan, das ÖEK, das räumliche Leitbild, verschiedenste Vorschriften seitens des Baugesetzes, Bebauungspläne der Gemeinde, der Amtssachverständigen und sonst irgendwas. Wir stellen uns nicht über die Gesetze, sondern wir arbeiten sie auf und wir arbeiten sie richtig auf, dass auf diesem Grundstück etwas Tolles entsteht für die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer. Meine Lieben, es gibt nichts Komplexeres wie den Bau eines Krankenhauses. Das muss auch einmal gesagt werden und da wird mir sicher der dritte Landtagspräsident, Dipl.-Ing. Deutschmann, recht geben. Es gibt kein Projekt, was komplexer ist als ein Krankenhausbau. Und zu meiner lieben Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler möchte ich nur sagen, sehr geehrte Frau Klubobfrau, im Gegensatz zu Ihnen, sehe ich mich als verantwortungsbewussten Mandatar im steiermärkischen Landtag. Und ich sehe mich schon dafür zuständig, bestmöglich Voraussetzungen sowie attraktive Arbeitsmöglichkeiten für unser Personal in der KAGes zu schaffen. Scheinbar ist das nicht das Ansinnen der KPÖ, ernsthaft Verantwortung für die Steiermark zu übernehmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.53 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Albert Royer. Bitte schön, Herr Kollege.

LTAbg. Royer – FPÖ (11.53 Uhr): Ja, danke Frau Präsidentin, liebe Mitglieder der Landesregierung, hoher Landtag!

Jetzt habe ich mich eigentlich voll darauf gefreut, dass ich ans Rednerpult gehen kann und der Landeshauptmann noch hinter mir sitzt und sich wirklich die Zeit nimmt für diese Debatte, weil immerhin, wir reden ja über sein höchstpersönliches Prestigeobjekt. Und er möge bitte die nächsten Tage genießen, weil in 14 Tagen ist es vorbei mit dieser Sache. Der Wähler und die Wählerinnen werden die Stopptaste drücken. (*Erste Präsidentin Khom: „Herr Kollege Royer, ich möchte Sie schon bitten, Wahlkampfreden vielleicht außerhalb dieses Raumes abzuhalten, aber sich hier mit der Sache zu bemühen. Und wie du weißt, der Herr Landeshauptmann kann in allen Räumen unseres Hauses, so wie jeder andere Abgeordnete, auch dieser Sitzung in Bild und in Ton folgen. Bitte sehr.“ – LTAbg. Mag. Schnitzer: „Du sollst lieber darauf achten, wie oft der Kunasek anwesend ist.“*) Es würde mich auch sehr freuen, wenn er der Debatte folgen würde. Wie gesagt, sein hochpersönliches Prestigeobjekt wird am 24. vom Wähler und von den Wählerinnen eine deutliche Abfuhr bekommen. Das spüren wir deutlich in der Wahlbewegung. Dieses Projekt, es wird die Stopptaste gedrückt werden. Der Rechnungshof gibt uns ja weitestgehend recht. Eines möchte ich auch sagen, Gratulation an die Vertreter der BISS, weil der Landesrat Kornhäusl hat ja bei der letzten Debatte noch das Zahlenwerk von den BISS-Leuten stark bezweifelt und in Abrede geredet. Es ist auch namentlich erwähnt worden. Der Rechnungshof gibt aber der BISS mit dem Zahlenwerk, was die Begleitprojekte angeht, ja vollinhaltlich recht. (*Beifall bei der FPÖ*) Also das, was die BISS ausgerechnet hat, was dann an Begleitprojekten dazukommt, das ist genau im Rechnungshofbericht drinnen, mit dem Zusatz, dass es möglicherweise noch mehr werden könnte. Aber wie gesagt, dieses Projekt wird ja wahrscheinlich nie stattfinden. Eines vielleicht noch zum Landesrat Dr. Kornhäusl, die Behauptung, vorher, die hat mich schon massiv gestört, die Behauptung, wir wollen Rottenmann ausbauen, aber wir wollen Schladming und Bad Aussee zusperrern, also so ein Schwachsinn. Ich höre es dort und da in der Wahlbewerbung von ÖVP-Funktionären. (*Beifall bei der FPÖ*) Aber so ein Schwachsinn. Das Zauberwort, das wir schon lange sagen, ist „Spezialisierung“. Selbstverständlich wollen wir Rottenmann ausbauen. Sollte dann das Leitspital werden auf dem modernsten Stand der Medizin, wir müssen auch in Rottenmann Geld in die Hand nehmen. Das Grundstück ist ja

daneben schon dabei, wo wir bebauen können, können wir einen neuen Trakt dazubauen, was immer die brauchen. Die anderen zwei Krankenhäuser spezialisieren und in Summe wird uns das viel weniger Geld kosten und wir werden eine bessere medizinische Versorgung haben im Bezirk, wie Sie es jetzt da geplant haben. (*Beifall bei der FPÖ*) Und zum Ärztemangel. Auch da habe ich eine völlig andere Sichtweise. Natürlich gibt es diesen Ärztemangel. Aber ich höre das ja schon seit Jahren aus Schladming und Bad Aussee, dass es immer wieder heißt, junge Ärzte werden abgeschreckt auch von der KAGes, weil sie sagen, wir sperren eh zu. Geh‘ als junger Arzt nicht mehr nach Bad Aussee. Seit acht Jahren hören wir das. Weil ihr immer gesagt habt, es wird zugesperrt. Wir brauchen natürlich eine Zukunftsperspektive. Wir brauchen einen klaren Plan, wo man den jungen Ärzten sagt, da oben geht es weiter mit einer Spezialisierung. Und ich kann es immer noch nicht glauben, dass ein junger Arzt nicht nach Bad Aussee oder Schladming will, wo das zwei der stärksten Tourismusregionen von ganz Österreich sind, wo die Leute Urlaub machen, wo es ganz ein tolles Freizeitangebot gibt. Die jungen Ärzte arbeiten sicher sehr hart, aber sie wollen ein attraktives Freizeitangebot. Genau das kriegen sie in Bad Aussee und Schladming geboten. Also ich glaube, dass unser Plan mit der Aufrüstung von Rottenmann und mit Schladming und Aussee Weiterführungsspezialisierung auf jeden Fall funktionieren wird. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Das sieht der Landesrechnungshof aber anders.“*) Viel besser funktionieren wird wie dieses Klinikum Stainach, das ja, wie gesagt, vom Wähler eine Abfuhr kriegen wird und das scheitern wird. Eine Sache vielleicht noch, weil die Bürgermeister auch anwesend waren oder sind. Ist ja klar, dass die drei Bürgermeister aus Stainach, Irdning und Aigen in der unmittelbaren Nachbarschaft von Stainach dafür sind. Aber insgesamt, ich habe es bei der letzten Debatte schon gesagt, also das, was die Ausseer Bürgermeister da geliefert haben bei der Pressekonferenz, das hat ja beim Zuschauen schon weh getan, wie sich die verbiegen haben müssen. Es ist ja grausam als Zuschauer. Also bitte ändert das auch mit den Bedarfszuweisungen in Zukunft oder besser gesagt, wenn wir dann in Regierungsverantwortung sind, müssen wir uns da was überlegen. Schauen wir uns das Salzburger Modell an, dass die Bürgermeister Geld kriegen, die es brauchen, ohne dass sie in Graz so erpressbar sind in der Sache wie da oben. Das tut ja wirklich weh beim Zuschauen, was da oben passiert ist. Wie gesagt, insgesamt freue ich mich auch noch auf die Debatte heute Abend in Aigen beim Kirchenwirt bei Radio Steiermark, wo die Systemexperten nochmal sprechen werden. Aber nicht die Systemexperten werden das entscheiden, ob das

gebaut wird in Stainach, sondern der Wähler und die Wählerinnen. Und die werden am 24. November eine klare Antwort geben. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 11.59 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Angeordneter Georg Schwarzl. Bitte Herr Kollege.

LTAbg. Schwarzl – Grüne (11.59 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder auf der Regierungsbank und sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Steirerinnen und Steirer!

Ja, als Gesundheitssprecher darf ich mich natürlich auch noch kurz zu dem Thema melden, werde am Schluss noch unseren Entschließungsantrag einbringen und darf am Anfang vielleicht noch auf ein paar Punkte der bisherigen Diskussion eingehen. Ich habe jetzt nicht vor, noch einmal die ganze Leidensgeschichte von vorn zu erzählen, das haben wir jetzt, glaube ich, mehrmals von den verschiedensten Seiten gehört. Ich möchte damit starten, dass, glaube ich, ein Problem ganz gut rausgekommen ist gerade, und zwar, lieber Matthias, wie du jetzt auch noch einmal darüber gesprochen hast und uns ja zum erneuten Male, wir haben die Diskussion ja sehr oft schon gehabt, zum wiederholten Male erklärt hast, was die Qualitätsstandards sind, die wir brauchen, was andere Faktoren sind, warum es wichtig ist, einen Ausbau in der Region zu vollziehen. Und genau da ist aber ein bisschen der Punkt. Wir haben das ja alle verstanden. Wenn du uns zuhörst, haben wir alle gesagt, ja, es braucht ein Leitspital, es braucht einen Ausbau der Gesundheitsversorgung in der Region. Was wir kritisieren, ist das Wie und das Wo. Und das schon ziemlich lange, wie dieser Prozess läuft, wie die Kommunikation läuft. Und ich glaube, das ist genau das Problem. Das ist auch das Problem der Menschen in der Obersteiermark im Bezirk Liezen, dass sie das Gefühl haben, es wird ihnen nicht zugehört. Weil sie sagen das eine und kriegen eine Antwort auf eine Frage, die sie nicht gestellt haben. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ)* Und genau das ist einer der großen Knackpunkte, warum es für dieses Projekt so viel Kritik gibt, weil an den berechtigten Sorgen der Menschen einfach vorbeigeredet wird und ihnen so ein bisschen belehrend erzählt wird, ihr versteht alle nicht, warum das so wichtig ist. Wir haben das alle verstanden. Es geht, und das ist auch unsere Kontrollaufgabe da im Landtag, es geht darum zu schauen, dass bei diesem Projekt bestmöglich mit den Ressourcen, die dafür notwendig sind, bestmöglich umgegangen wird und dass wir eine gute Versorgung haben. Was noch wichtig ist, es ist ja heute auch schon angesprochen worden, dass das Projekt ursprünglich 2025 einmal fertig sein

hätte sollen. Es hat Verzögerungen gegeben. Wir reden jetzt von 2030, 2032. Und da kommt ja schon auch das nächste Problem. Natürlich in dieser Zeit, diese fünf bis sieben Jahre, die es jetzt länger braucht, ist das Leitspital nicht da, ist das Angebot nicht da. Und gleichzeitig haben wir es aber nicht geschafft, für Ersatz zu sorgen, für die notwendige Versorgung in der Region. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ)* Und auch da wieder genau der Punkt, die Leute spüren ja, dass sich etwas verändert hat. Es hat sich aufgrund von demografischen Veränderungen, von anderen Sachen, die man alle nicht immer – jedes einzelne Detail, muss man also ehrlich sein – beeinflussen kann, aber es hat sich die Gesellschaft verändert, es haben sich die Regionen verändert. Und diese Lücke, die wir da aufgerissen haben, die Versorgungslücke, da haben wir nicht rechtzeitig oder die Landesregierung in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht rechtzeitig gegengesteuert, damit wir diese Lücke auch dementsprechend schließen beziehungsweise bleiben wir da der Bevölkerung auch Antworten schuldig. Ein weiteres Thema, wo es dann ganz klar um diese Steuerungs- und Planungselemente geht, Regionaler Strukturplan Gesundheit, wir haben gerade noch einmal nachgeschaut, läuft ja 2025 aus, der nächste für 2030, den brauchen wir bald, aber auch da haben wir bis jetzt noch nichts davon gehört, wie es aussieht. Was ist der wirkliche Plan für die komplette Versorgungsregion in Liezen oder der ganzen Steiermark? Weil wir müssen natürlich das ganze System auch zusammen denken und auch da merkt man, dass bei diesen Planungsinstrumenten, die wichtig sind, einfach nichts weitergeht. Wir haben schon auch, und das ist ja ein wichtiger Punkt, auch im Kontrollbericht, dass es sehr wohl Fragen und Sorgen gibt, dass wir das Personal für da oben finden werden und wo das Personal dann herkommen soll? Und wie oft haben wir den Antrag gestellt, haben wir das in Reden erwähnt, dass wir, und genau um das geht es ja, dass wir fordern, eine Evaluierung und eine Planung, woher das Personal für dieses Leitspital kommt *(Landesrat Dr. Kornhäusl: „Für die drei Häuser.“)* und wenn du willst, die drei Häuser, ist ja im Endeffekt das gleiche Planungsinstrument. *(Landesrat Dr. Kornhäusl: „Woher nimmst du sie?“)* Auch für die drei Häuser habt ihr es nicht vorgelegt, wo ihr das Personal für die nächsten Jahre herkriegen wollt? Wie man es jetzt am Beispiel auch schon vorher gesehen hat, jetzt da reinzurufen, damit man dann eine Aussage rauslockt und am besten soll ich jetzt vielleicht von Haustür zu Haustür in der Obersteiermark oder in der ganzen Steiermark gehen, und an alle Türen klopfen, von bitte gehts da rauf arbeiten. Das kann man natürlich machen, aber das ist nicht die Planung und die Projektumsetzung, die es von der Politik braucht, sondern es braucht langfristige Möglichkeiten. Und es ist unsere Möglichkeit in der Opposition und dafür sind wir ja, als

Landtag Anträge einzubringen. Und wir haben diese Anträge schon vor Jahren eingebracht. Da geht es nicht darum, dass wir jetzt erst draufkommen, hmmm, wo kriegen wir Personal her, sondern wir diskutieren schon Monate und Jahrelang darüber, dass wir im Gesundheitssystem große Herausforderungen haben. Und genau aus dem Grund fordern wir ja schon lange, da sind wir wieder bei dem Punkt, wenn das Spital erst 2030 oder 2032 steht, wie gehen wir eben mit der Situation um, da das Personal ja generell nicht mehr wird? Wie schaffen wir es, dass die Nachfrage für Gesundheitsdienstleistungen überhaupt abnimmt, damit wir vielleicht dann auch über die Zeit weniger Personal brauchen? Wie schaffen wir es, Prävention auszubauen? Wie schaffen wir es, andere Möglichkeiten zu schaffen, wie mit der Primärversorgung, wie mit den Community Nurses niederschweligen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen zu haben, die Menschen auf dem Weg im Leben schon begleiten? Wir wissen alle, die Menschen werden zwar älter, aber leider nicht unbedingt gesunder älter. Und umso länger die Phase ist, wo Menschen dann chronisch krank sind, umso größer ist die Herausforderung für das Gesundheitssystem, umso teurer wird es, umso mehr Leistungen brauchen wir. Das heißt, auch da muss man ja gegensteuern. Und genau aus dem Grund brauchen wir diese Planungsinstrumente und diese Pläne, weil wenn wir die nicht haben und die Zeit jetzt auch noch verlieren, dann haben wir in fünf, sechs, sieben Jahren noch ein viel größeres Problem, als was wir uns jetzt überhaupt ausmalen können. Und ganz kurz noch abschließend, der Kollege Lackner wird vielleicht dann eh noch kurz darauf eingehen, wenn wir schon sagen, weil wir auch ein Leitspital, einen Ausbau zu prüfen in Rottenmann fordern, d.h. auch da verweigern wir uns ja nicht der qualitativen Veränderung, die es braucht, Matthias, so wie du uns das wieder erklärt hast, aber selbst wenn man Rottenmann ausbaut, dann wird der finanzielle Aufwand kleiner sein und mit dem Geld, was uns darüber überbleibt, die 200, 300 Millionen, die es weniger braucht, ja was haben wir denn da für Möglichkeiten flächendeckend in der ganzen Steiermark? Community Nurses zu fördern, Primärversorgungszentren noch schneller voranzutreiben. Das heißt, wir haben noch viele Möglichkeiten, die liegengelassen werden und es wäre wichtig, für die sachliche Diskussion, dass wir aufhören, dauernd der Opposition vorzuwerfen, ihr seid gegen alles und ihr seid so böse und ihr hört nicht zu und ihr versteht es nicht. Sondern nehmt bitte einfach endlich die sinnvollen Vorschläge auf, die von der politischen Seite, aber ja auch aus der Bevölkerung da sind, dann können wir auch was weiterbringen. *(Beifall bei den Grünen)* Und in diesem Sinne darf ich noch unseren Antrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. das Projekt „Leitspital Region Liezen“ aufgrund alarmierender Kostenprognosen und offener Finanzierungsfragen umgehend zu stoppen;
2. dem Landtag zeitnah einen nachvollziehbaren Bericht über das tatsächliche Finanzierungsvolumen des Prestigeprojektes „Leitspital Region Liezen“ vorzulegen, welcher alle mit dem Projekt indirekt und direkt in Verbindung stehenden Kosten beinhaltet; Da noch einmal der Punkt, Kosten. Im Kontrollbericht ist sehr klar auch niedergeschrieben, dass die Personalkosten nicht nach realistischen, aktuellen Kosten dargelegt sind, (*Beifall bei den Grünen*) weil es hat ja Gott sei Dank und richtigerweise ein Personalpaket gegeben im letzten Jahr, und diese Kosten, Mehrkosten sind z.B. nicht drinnen, aber
3. eine fundierte Machbarkeitsstudie zur Aufwertung des Standortes Rottenmann zu einem Leitspital im engen Zusammenwirken mit den Standorten Schladming und Bad Aussee als Alternative zu einer Standortneugründung in Stainach-Pürgg zu erstellen sowie
4. die gesamte Versorgungsstruktur im Bezirk Liezen (Gesundheitszentren, Facharztzentren, niedergelassener Bereich, Spitalsstandorte, Notarztstützpunkte etc.) nachvollziehbar darzustellen und das tatsächlich geplante Gesamtleistungsspektrum für die Bevölkerung offenzulegen.

Vielleicht noch abschließend, der Kollege Royer hat es schon gesagt, man muss, manchmal kann man sagen, leider, aber es wird halt auch so sein, dass gerade dieses Thema im Bezirk Liezen einen starken Niederschlag in den Wahlergebnissen finden wird. Wir wissen auch, dass das oft sehr stark in eine Richtung geht, d.h., ich bin wahrscheinlich der Letzte, dem vorgeworfen wird, dass er das befürwortet, dass dann vor allem eine Partei, die man sonst vielleicht nicht so unterstützt, sehr groß davon profitieren wird, d.h., ich kann auch an der Stelle nur noch einmal appellieren, bitte schauen wir, dass man den Menschen klar und verständlich rüberbringt, dass da wirklich ein Wille da ist, die Probleme, die es gibt, anzugehen, dort wo es notwendig ist, auch einmal Stopp zu drücken und dann zu evaluieren, wie wir das im besten Fall hinkriegen werden, damit dann auch der Frust in der Bevölkerung kleiner ist. Danke schön. (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 12.08 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Kollege. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg. Bitte Herr Kollege Murgg.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (12.08 Uhr): Herr Landeshauptmann, geschätzte Landesregierung, vor allem Herr Landesrat Kornhäusl, die Sie ja heute angesprochen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte jetzt versuchen, da nicht abzuschweifen, sondern noch einmal auf drei Punkte des Rechnungshofberichtes einzugehen, wo man herausarbeiten kann, warum die Opposition bisher und ich hoffe auch weiterhin, wenn wir also einen neuen Landtag gewählt haben, dass diese Parteien weiterhin dieses Projekt kritisch beleuchten. Das sind drei Punkte. Der erste Punkt sind die Kosten. 302 Millionen Euro hat dieses, wie die Projektkontrolle eingereicht wurde, genannt. Im August 2028 wird es, soll es beendet sein, 334 Millionen zum jetzigen Kostenstand kosten. Das sagt der Landesrechnungshof aber immer deutlich - ohne Begleitprojekte. Und jetzt komme ich aber und ohne ABC. A ist das Risikobudget, 79 Millionen Euro. B ist die Bauherrenreserve, 21 Millionen Euro. Und C ist die Planerunscharfe 10 Millionen Euro. Macht 110 Millionen, 334 und 110 sind 444 Millionen. Und der Landtag hat im September 23 331 Millionen budgetiert. Jetzt sagt der Landesrat, ich habe genau aufgepasst, macht euch da keine Sorgen, das hat die KAGes ohnehin bedeckt. Ja, was die KAGes bedeckt hat, muss ich sagen, interessiert mich in diesem Zusammenhang wenig. Der Landesrechnungshof sagt auf Seite 69, ich könnte das jetzt alles zitieren, aber das dauert zu lang, ich fasse es zusammen, diese Kosten, die ich jetzt ABC genannt habe, sind in den Projektkosten nicht bedeckt. Wörtlich nicht bedeckt! Und wenn das wirklich schlagend wird, weiß ich schon, dass die KAGes das dann zahlen wird. Aber das wird der Landtag zu zahlen haben über die KAGes. *(Beifall bei der KPÖ)* Und deswegen ist das ein Witz, dass so getan wird, dass das 334 Millionen kostet, wenn es 444 kostet und in Wahrheit mit den Begleitprojekten wahrscheinlich 500 oder 550 Millionen. Punkt 2, Seite 102, folgende: Danke im Übrigen für diesen ausgezeichneten Bericht, ich muss mich entschuldigen. Sie wissen, ich nehme das immer sehr ernst, ich habe heute einen Arzttermin gehabt, deswegen konnte ich dieser Diskussion im Kontrollbericht nicht lauschen, hätte mich sehr interessiert. Punkt 2, der Landesrechnungshof widerspricht dem Nachnutzungs..., oder korrekt, der Landesrechnungshof sagt, das Nachnutzungskonzept für Rottenmann, Bad Aussee und Schladming widerspricht dem Gesundheitsplan 2035, dass nämlich die intramurale Versorgung des Bezirkes Liezen in Stainach an einem Ort konzentriert werden sollte. Und das würde eine weitere, ich komme jetzt zum Punkt, den ich eigentlich herausarbeiten will, nämlich dann in der Conclusio, das würde eine weitere Verschärfung der Personalsituation bedeuten. Jetzt sagen Sie, Herr Landesrat, naja, aber was ihr da vorschlagt, als Opposition,

das ist ja überhaupt ein Wahnsinn, weil da brauchen wir dann nicht 800 VZÄ, also Vollzeitäquivalente, sondern vielleicht 950. Mag sein. Aber Sie sind sechs Jahre oder sieben Jahre seit 2018 mit der Trommel durch die Lande gezogen und haben gesagt, das Leitspital Stainach machen wir, weil dann wird alles besser, eine Spitzenmedizin, (*Beifall bei der KPÖ*) da kommt das und das und das hinein und da wird man natürlich auch, das haben Sie nicht gesagt, aber jeder denkt sich das, da wird man natürlich auch das eine oder andere Personal mehr vielleicht brauchen. Sie hätten eine andere Erzählung liefern müssen, sechs Jahre lang, Sie hätten sagen müssen, wir haben das Personal nicht und deswegen müssen wir die Krankenhäuser zusperren. Das haben Sie aber nicht gemacht und das werfe ich Ihnen vor. Und jetzt komme ich zum Punkt 3. Und das ist eigentlich der wirklich erschütternde Teil des Landesrechnungshofberichts und da kommen Sie nicht aus. Er sagt nämlich klipp und klar, dass Sie schon seit 2018 dieses PPP-Modell verfolgt haben, aber keine alternativen Lösungsvorschläge sich überlegt haben. Das wäre a) eine Vollintegration in die KAGes und b) das Zwei-Standorte-Modell mit einer geteilten Trägerschaft. Und deswegen kommt der Landesrechnungshof zum Schluss auf Seite 105, das Projekt, nämlich nicht das Projekt Stainach im Ganzen, damit ich nicht falsch verstanden werde, sondern diese Beteiligung soll fallen gelassen werden, so wie es jetzt drinnen steht, weil es eben, haben wir heute auch schon gehört, vier Punkte, keine Synergien gibt, das Land und KAGes, die direkte Kontroll- und Steuermöglichkeiten aufgibt, eine teure Parallelstruktur. Und das Vierte, für mich eigentlich das Wichtigste, weil es geht ja schließlich ums Geld und deswegen haben wir eigentlich den Landesrechnungshof, weil wir uns ja auch durch bessere Koordination ein Geld ersparen wollen, der Landesrechnungshof sagt, ich sage es jetzt in meinen Worten ein bisschen salopp, wir brennen die Errichtung und wir brennen den Betriebsabgang, aber die Diakonie kassiert sehr wohl die LKF-Punkte, aber zahlen tut das Land und die KAGes. Und das ist eigentlich eine Ungeheuerlichkeit. (*KO LTabg. Riener“ Wer sagt denn das?“*) Der Landesrechnungshof sagt das. Kannst du nicht lesen? Auf der Seite 105 folgende ABC. In Punkt C sagt er es genauso. Errichtung und Betriebsabgang zahlt allein das Land. Das würde er ja nicht hineinschreiben, wenn es so klasse wäre. So, und jetzt komme ich zur Conclusio. Ich habe noch vier Minuten, knapp. Ich habe gesagt, das mit dem Personal, das mag stimmen, Herr Landesrat, was Sie sagen, dass die Vorschläge der KPÖ, der NEOS, der FPÖ und auch der Grünen möglicherweise genauso viel Personal brauchen, wie wir jetzt schon bräuchten, um alles zu bespielen und dass es da Schwierigkeiten gibt. Aber dann müssen Sie eine andere Erzählung auspacken, dann können Sie nicht mehr sagen, wir schließen die drei Spitäler,

machen dort auch Gesundheitseinrichtungen. Da sagt Ihnen der Landesrechnungshof, das wird aber schwer gehen, weil das Personal nicht vorhanden ist. Und das Zweite, (*Landesrat Dr. Kornhäusl*: „Das sind § 2 Kassenärzte.“) das sieht aber der Landesrechnungshof anders. Wissen Sie, ich habe eines gelernt in den 19 Jahren. Man kann die Landesrechnungshofberichte, oder ich fange anders an. Die Fakten beim Landesrechnungshof stimmen eigentlich immer, muss ich sagen. Das, was er auf den Tisch bringt, das ist richtig. (*Landeshauptmann Mag. Drexler*: „Unfehlbar, wie der Papst.“) Nein, nein, nicht unfehlbar, wie der Papst. Weil, wenn der Landesrechnungshof sagt, das kostet so und so viel, dann stimmt es meistens. Man kann diese Fakten des Landesrechnungshofs anders interpretieren. Habe ich auch gemacht beim letzten Bericht. Der Direktor schmunzelt nett – Energie Steiermark. Aber ich habe die Fakten nicht angezweifelt, die drinnen stehen. Ich habe gesagt, ein paar Fakten fehlen, nicht, weil der Landesrechnungshof so dumm ist, sondern weil die Energie Steiermark das nicht herausgegeben hat. Weil es Geschäftsgeheimnis ist. Gut, lassen wir das. Aber jetzt bin ich beim zweiten Punkt, das ist das mit dem PPP. Was ist da die Conclusio? Sie kommen nicht heraus aus der Doppelmühle. Entweder machen Sie etwas gegen den Willen oder gegen die Empfehlung des Landesrechnungshofes, was da eigentlich ein arger Schnitzer wäre, muss ich sagen, oder Sie kommen aus den – und da beschleicht mich folgender Verdacht, dass offenbar bei der Errichtung dieses Diakonissenspitals in Schladming es irgendwelche Verträge gibt, die wir nicht kennen, wo gesagt worden ist, wenn wir das irgendwann einmal zusperren, muss die Diakonie anderweitig sozusagen eingebunden werden und Möglichkeiten bekommen, wieder ein Spital allein oder mit dem Land mitzubespieren. Diesen Verdacht habe ich und mit dieser Doppelmühle müssen Sie fertig werden. Also ich sage Folgendes und das wird jetzt wirklich hier meine letzte Rede tatsächlich sein: Wenn die SPÖ und die ÖVP nach diesen Wahlen wieder eine Mehrheit haben, dann glaube ich, werden sie leider weiter dieses Projekt verfolgen mit all den Schwierigkeiten, die wir uns einhandeln. Aber wenn das nicht der Fall ist, dann kann nur eine Vorgangsweise die richtige sein, dass die bisherigen Oppositionsparteien am ersten Sitzungstag einen Antrag einbringen, dass dieses Projekt gestoppt wird. Die KPÖ wird da sicher mitmachen. Danke. (*Beifall bei der KPÖ – 12.28 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Klaus Zenz. Bitte, Herr Kollege.

LTabg. Zenz – SPÖ (12.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Gesundheitslandesrat, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Saal und die uns via Livestream verfolgen!

In einem Punkt möchte ich dem Antragsteller dieser Dringlichen, der ist jetzt leider nicht da, der Mario, Recht geben, nämlich die Debatte im Kontrollausschuss über den jetzt vorliegenden Projektkontrollbericht war wirklich eine gute, es war eine gute, sie war eine korrekte, sie war eine wichtige und ich glaube, sie war auch eine wertschätzende. Weil, um es genau zu sagen, es ist ja ein Projektkontrollbericht, der ja an den Kontrollausschuss geht. Und es ist ja eigentlich nicht so üblich oder kommt auch nicht häufig vor, außer man macht daraus dann auch noch ein Dringliche, dass dieser den Weg in den Landtag findet. Aber wir können ja alle jetzt gut daraus zitieren, nachdem er den Weg zu den Medien auch gefunden hat, ist das ja auch ein Einfaches jetzt darüber reden zu können. Wo ich dem Kollegen Kunasek aber nicht Recht geben kann, ist seine Äußerung oder seine Einschätzung zu der Debatte, zu der Problemstellung, wie er es genannt hat, dieser Dauerbeschäftigung mit dem Leitspital und vor allen Dingen an seiner Analyse, dass er gemeint hat, dass dafür keinesfalls die Opposition verantwortlich ist. Also wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dann ist diese Dringliche Debatte jetzt elf Tage vor der Wahl wohl der Beweis dafür, dass es hier sehr wohl um parteipolitische Überlegungen geht, das hier heute noch einmal zu diskutieren. Und wenn ich an die Wortmeldung vom Kollegen Royer denke, dem dann hier schon ein bisschen die Pferde durchgegangen sind bei etwaigen Machtgelüsten, die sich in Zukunft stellen könnten, dann glaube ich, dass das auch ein Beweis dafür war. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aber ich möchte bei dem Prüfbericht bleiben. Lassen Sie mich dazu ein paar Punkte klarstellen und auch aus unserer Sicht feststellen: Der Landesrechnungshof stellt die medizinische, gesundheitspolitische Notwendigkeit des Leitspitals Liezen auch in diesem Bericht fest, inklusive dem Standort. Der Landesrechnungshof stellt bei seiner Projektkontrolle die Gesamtkosten als nachvollziehbar dar. Der Landesrechnungshof sieht die angedachte Betreiberstruktur, ich sage hier mit Absicht die angedachte Betreiberstruktur, es liegen ja hier noch keine Beschlusslagen vor, als kritisch, *(LTabg. Schönleitner: „Das ist gut.“)* das ist gut, ja, das ist richtig, vor allem ist es gut, weil es die Wahrheit ist, Herr Kollege, und gibt dahingehend eine Empfehlung ab, die ich, und das haben wir auch in diesem Kontrollausschuss gesehen, und diese Landesregierung nimmt diese Empfehlung ja auch auf. Das ist das Spezielle jetzt, wenn wir hier über eine Projektkontrolle reden. Der Projektauftrag für diese Projektkontrolle, und das wurde hier sehr häufig angesprochen, hier wurde von

Nachnutzungen, von Begleitmaßnahmen, die fehlen, die nicht da sind, gesprochen, das war alles nicht Auftrag dieses Prüfberichts. Das war alles ... (*LTabg. Schönleitner: „Sind wir ein Landtag, der die Budgetverantwortung hat oder nicht?“*) wir sind, lieber Lambert Schönleitner, ich will nur sagen, wir sind für alles verantwortlich, selbstverständlich. Aber wenn ihr jetzt hergeht und hier diesen Projektkontrollbericht dafür hernehmt, um zu sagen, das und das und das stellt er da fest, das war nicht Auftrag und es ist auch nicht Auftrag einer Projektkontrolle und das steht auch in diesem Projektbericht nicht drinnen. Was der Landesrechnungshof aber, ich glaube, das darf ich jetzt auch zitieren aus dem Ausschuss, mahnd festgestellt hat, mahnd waren, glaube ich, die richtigen Worte des Herrn Direktors, ist in Richtung einer Nachnutzung, dass hier keine Parallelstrukturen weiter aufrechterhalten werden sollen, dass wir sozusagen dann vier Spitäler im Bezirk, im wichtigen, größten Bezirk der Steiermark-Liezen dann hätten und sozusagen, dass das dann eine Problemstellung hätte. Also, dass wir dann zu viel des Guten hätten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die bestmögliche zukünftige Gesundheitsversorgung in der Region Liezen, dem größten steirischen Bezirk, in der die qualitativ höchstmögliche Medizin und zwar für die gesamte Bevölkerung angeboten wird, ist unser oberstes Ziel. Mit dem Leitspital Liezen sehen wir dieses Ziel möglich und erreichbar, auch wenn diese Aufgabe nicht leicht sein wird. Und darin, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehen wir unsere gesundheitspolitische Verantwortung. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.24 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Lambert Schönleitner. Bitte, Herr Kollege Schönleitner.

LTabg. Schönleitner – Grüne (12.24 Uhr): Danke dir, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt habe ich mich heute echt irgendwie bemüht, die SPÖ nicht anzusprechen und auch nicht zu kritisieren. Ihr habt es eh schwer genug, aber Klaus, jetzt hast du mich trotzdem wieder herausgefordert. Ja, weil heute habt ihr schon wieder den falschen Hut auf – das passiert ab und zu in letzter Zeit –, nämlich den der ÖVP. So ist es dauernd. Ihr habt ja in der letzten Zeit hin und wieder gute Kritik auch angebracht, auch an der Betreibergesellschaft habe ich das von eurem Klubobmann weg zumindest vernommen, dass es da Überlegungen gibt. Ihr werdet es ja hoffentlich – und du bist ja auch Gewerkschafter – mit euren Betriebsrätinnen,

Betriebsräten oder mit Leuten, die in diesem Bereich arbeiten, hin und wieder reden. Und da hat es schon lange große Bedenken gegeben gegen diese Struktur. Was heißt das für die Verantwortung? Was heißt das auch für die zwei Dienstrechte? Das ist dir ja ein Begriff. Das ist ja alles nicht einfach. Und das habt ihr, glaube ich, auch zu Recht angesprochen. Und dann stellst du dich wieder raus und sagst einfach: „Das ist ein tolles Projekt, alles ist gut!“ Ja, würde es euch nicht gut anstehen – ich frage dich einmal – strategisch, um zumindest in dem einen oder anderen Punkt zu sagen: „Das hätten wir gern“, das hält ja die Koalition, die schon aus Menschengedenken besteht, an und für sich auch aus. Aber ihr tut es nicht, ihr sagt textgleich das, was euch die ÖVP am Vormittag vorsagt, das sagt ihr am Nachmittag nach. Und das verstehen die Leute nicht mehr. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ)* Vielleicht darf ich dich noch kurz erinnern: Du warst einer, der in diesem Haus ..., weil du gerade wieder gesagt hast: „Das ist ja alles böse Parteipolitik“, ich sage, es ist wichtig, vor Wahlen über solche Projekte zu reden. Hinten sitzen die Leute von der BISS, zwei Bürgermeister – die sind jetzt schon gegangen – aus Stainach und aus Irdning waren da. Das finde ich gut. Die Leute müssen vor den Wahlen erfahren, welche politischen Entscheidungen getroffen werden. Und du hast beim letzten Mal da herinnen, wenige Tage vor der Wahl, mit deiner SPÖ für den Standort Rottenmann gestimmt. Und ich unterstelle euch einmal nicht, dass ihr euch nichts dabei gedacht habt, dass das rein wahltaktisch war. Ich glaube, damals habt ihr überlegt: „Wir können das unseren eigenen Leuten nicht mehr erklären!“ Ja, das war das. Und jetzt seid ihr dann wieder hinüberggesprungen auf die andere Seite. Und das, Herr Landesrat, ist das, was wirklich Unsicherheit schafft, was Unverständnis schafft und was letztendlich halt so auch, nachdem wir jetzt den kritischen Bericht haben, nicht mehr hinnehmbar ist. Eines möchte ich auch noch sagen, weil es heute gar nicht angesprochen war, und ich glaube, du wirst mir recht geben und, ich glaube, auch der Landeshauptmann: Natürlich ist klar, und das wissen wir auch, dass das personalmäßig nicht einfach ist, aber dass wir nie ansprechen, dass wir in diesem Flächenbezirk an den Grenzen unseres Bezirks auch Spitäler haben – Schwarzenberg Klinik in Salzburg, da geht es um fünf bis zehn Minuten, ihr redet immer von der Zeit. Im Übrigen hat der Herr Aufsichtsratsvorsitzende der KAGes – mit Rot-Schwarzer Augenbinde – gesagt: „Die Distanz ist völlig unerheblich heutzutage“, und da sagt ihr uns wieder: „Rottenmann geht nicht, es geht nur Stainach!“ Das ist ja alles unglaublich, wenn man sich das anschaut. Der eine sagt das, der andere das. Ihr widersprecht euch ja selber schon. Ich will damit nur sagen, wir müssen hergehen, und da werdet ihr mir recht geben, und die Versorgungsregionen irgendwann – der Gesundheitsminister hat es gestern in Graz mit der

Sandra auch wieder so gesagt, ganz bewusst –, die Versorgungsregionen neu denken, weil die kann ich ja nicht an die Bezirks- und Landesgrenzen abgrenzen. Ich muss schauen: Was brauchen die Leute? Und wenn ich krank bin oder wenn irgendwer krank ist, dann überlegt er: „Wo habe ich die beste Versorgung und wo bin ich schneller dort?“ Und wenn ich in Bad Aussee – der Rechnungshof hat es im ersten Projektkontrollbericht sogar klar drinnen stehen gehabt, vielleicht habe ich es jetzt überlesen, so glaube ich, habe ich es jetzt nicht mehr gesehen –, aber von Bad Aussee nach Ischl ist es näher als ins neue Leitspital. (*Landesrat Dr. Kornhäusl*: „*Gleich weit erreichbar für alle!*“) Und was sagen wir denn den Leuten im Osten des Bezirks in Landl drüben? Ja, die werden nicht ins neue Leitspital oder die werden nicht freudig, weil die Rendering-Schafe so freundlich grinsen, da hinauffahren auf die Visualisierungen des Spitals, sondern die werden nach Leoben fahren oder nach Steyr. So ist der Mensch, das ist ganz normal. (*Landeshauptmann Mag. Drexler*: „*Waidhofen an der Ybbs!*“) Und darum, Waidhofen an der Ybbs nicht zu vergessen, der Landeshauptmann sagt es, ja, und das muss man einmal sehen. Und darum ist die Frage gerechtfertigt, und heute ist es eh gut herausgekommen, weil es waren von allen Oppositionsparteien viele Argumente am Tisch, dass die Geschichte zu sagen: „Wir werfen Rottenmann auf und machen nicht einen neuen Bau auf die grüne Wiese in der Mitte um 500 Millionen Euro, den wir dann am Ende personalmäßig nicht bespielen können“, das sagen uns – ich habe es euch heute schon einmal gesagt – Medizinerinnen und Mediziner, und das wird auch demnächst ans Tageslicht kommen, wer die sind, die euch ganz klar ausrichten: „Das ist gefährlich für den Gesundheitsstandort Steiermark im Gesamten, wenn wir solche Signale setzen!“ Da ist es besser, wir nehmen Rottenmann her, einen bestehenden Standort – schaut euch einmal die Karten an, der ist ja nicht am Rand des Bezirks, der ist auch ziemlich in der Mitte – und dann werfen wir diesen Standort zu einem zeitgemäßen Leitspital auf. Ja, dann haben wir dort natürlich eine gewisse personelle Entspannung insofern, weil jetzt ist es auch so und du weißt es, Charly: Viele Leute pendeln von Graz da herauf, aus den Zentren Richtung Rottenmann. Wenn wir noch weiter in den Westen rücken wird, ist das noch schwieriger. Das sagen ja nicht wir, das sagen uns die Leute, die Betriebsräte, die Ärztinnen und Ärzte, sagen es uns, die Barbara Brunnbauer, ehemalige Notärztin, hat es unlängst auch wieder so gesagt. Das muss man ja alles sehen, das erfinden wir ja nicht alles, (*Landesrat Dr. Kornhäusl*: „*Wir erfinden es auch nicht!*“) sondern das ist ein realpolitischer Zugang. Und eines noch, der Gesundheitsminister hat gestern in Graz gesagt, und das ist mir noch wichtig, es auch hier noch einmal zu sagen: Es steht Geld aus dem Finanzausgleich zur Verfügung,

85 Millionen Euro oder 86, um bestehende Standorte quasi zu modernisieren, zu aktualisieren. Ja, nehmen wir das Geld her für Rottenmann, machen wir das dort. Aber hinzugehen und zu sagen: „Wir stellen ein neues Spital hin“, nur weil der Landeshauptmann seinerzeit eine Vision gehabt hat und gesagt hat: „Das rettet den Bezirk in seiner Gesundheitsversorgung“, das ist genau nicht die Qualität. Die Qualität ist ein realistischer Zugang: Was ist umsetzbar? Fragt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Barbara, du kennst viele wahrscheinlich auch aus Rottenmann oder Leute von dort – wie es wirklich aussieht, oder den Betriebsrat. Und dann sieht man letztendlich die Argumente, die wir auf den Tisch legen, nämlich Rottenmann aufzuwerten, dort aufzubauen: Grundstück ist vorhanden, wurde schon gesagt, die Bahnanbindung ist vorhanden, die Autobahnanbindung haben wir, das müssen wir ja oben alles neu bauen. Das kann man ja keiner Zweckmäßigkeitprüfung unterziehen, wenn man so vorgeht. (*Landeshauptmann Mag. Drexler: „Autobahnanbindung wird es in Stainach keine geben. Oder baut ihr da oben eine Autobahn?“*) Und das ist, Herr Landeshauptmann, das ist der Moment, was wichtig wäre. Und vielleicht wäre es angesichts der allgemeinen politischen Lage wichtig, endlich einen Dialog zu führen. Wir leben in einer Zeit der Polarisierung. Und es würde dir als Landeshauptmann gut anstehen zu sagen: „Wenn ich es zehn Jahre nicht zusammengebracht habe, nur einen kleinen Teil an Vertrauen in diesen Bezirk herzustellen, dann bin ich als der vorderste Verantwortliche in dieser Landesregierung in der Lage, auf die Stopptaste zu drücken und zu sagen: Wir müssen an den Staat, sonst kriegen wir die Bevölkerung nicht mehr!“ (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ*) Und sonst wird es die Bevölkerung am Wahltag tun, davon bin ich überzeugt. Aber gut wäre, wenn wir gemeinsam ein Bild herstellen können: Was ist realistisch möglich und was geht nicht? Und sagt es mir bitte nicht mehr: „Das Projektmanagement ist dort okay!“ Nur ein kleines Detail noch: Ihr werdet den Flächenwidmungsplan nicht kriegen in den nächsten Monaten, das geht bis zum Höchstgericht. Der Fall Großklein, ich glaube, der Herr Landeshauptmann kennt den, wie das dann ausgeschaut hat und wie die Entscheidungen waren. Man kann ja nicht quasi im Nachhinein die Raumordnung dem Projekt anpassen. Das sind ja Monate, das ist ja unrealistisch, was ihr da noch sagt. Das ist eigentlich unverantwortlich und ich würde mir wünschen: Brechstange weg, Dialog her und dann bringen wir was zusammen für diesen Bezirk. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 12.32 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (12.32 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier und via Livestream!

Ich werde für unsere Fraktion noch einen Entschließungsantrag einbringen und möchte mich auch zu dem Entschließungsantrag von ÖVP und SPÖ äußern. Vorweg erlaube ich mir, weil ich direkt angesprochen wurde, auch noch zwei, drei Sätze zum Kollegen Pokorn. Du hast gemeint, im Gegensatz zu mir siehst du dich als verantwortungsbewussten Mandatar-Abgeordneten hier in diesem Haus. Das sei dir unbenommen, was du dir über meine Art und Weise der Arbeit denkst. Aber ich möchte noch einmal klipp und klar feststellen: Wir haben hier eine ganz klare Aufgabenverteilung. Und als Abgeordnete einer kleinen Oppositionspartei kann ich hier Initiativen und Anträge einbringen. Und ich glaube, du hast mich in den letzten Jahren kennengelernt, nicht wenige habe ich eingebracht zusammen mit meinem Kollegen Werner Murgg, und wir haben auch sehr viele Initiativen und Anregungen und Vorschläge gemacht. Fakt ist aber auch, dass alle unsere Vorschläge, egal in welchem Bereich die waren, aber auch beim Thema Gesundheit, jedes Mal von ÖVP und SPÖ abgelehnt wurden. Unsere Ideen, was man in puncto Personal tun sollte, Ausbildungsplätze etc. wurden immer abgelehnt. Jetzt habe ich meine Verantwortung durchaus wahrgenommen und habe das eingebracht und ich kann halt nichts dafür, wenn es nicht angenommen wird, hier herrschen klare Mehrheiten, das ist so in einer Demokratie. Umgekehrt ist es aber natürlich schon so und davon gehe ich einmal aus, dass da auch alle darüber genau Bescheid wissen: Der Landtag hat eine Landesregierung gewählt und diese mit bestimmten Aufgaben betraut. Also es gibt verschiedene Ressorts und wenn jetzt jemand für die Gesundheitsversorgung in der Steiermark zuständig ist, dann ist es wohl in erster Linie der Gesundheitslandesrat oder die Gesundheitslandesrätin und in weiterer Folge natürlich auch die gesamte Landesregierung. Nur so viel zu dem, was ich vorher gesagt habe: Ja, ich bin nicht dafür verantwortlich, dass es genug Personal gibt. Denn das wäre ja so, wie man dem Georg Schwarzl vorgeworfen hätte, er soll sich kümmern und er hat gesagt: „Ja, soll ich überall hingehen und anklopfen und sagen: ‚Bitte gehen Sie jetzt ins sogenannte Leitspital Stainach arbeiten!‘?“ So viel zu dem. Ein Satz vielleicht auch noch zu dir, lieber Klaus Zenz, weil du das noch einmal festgestellt hast: Was ist Auftrag, was ist nicht Auftrag des

Prüfberichtes? Es ist ganz klar geregelt, dass der Landesrechnungshof bestimmte Projekte, die eine gewisse Summe haben, in der Projektbegleitung schon prüft. Weil du von Auftrag geredet hast und gesagt hast: „Alle Begleitprojekte sind ja nicht Auftrag des Prüfungsberichts gewesen!“ Das kann man jetzt so sehen – das kann man so sehen, aber es macht natürlich wenig Sinn, wenn man es so sieht. Weil es ist ja nicht damit getan, dass man sagt: „So und so viel kostet es mit diesen Angaben und wir haben nur die Errichtung des Spitals jetzt geprüft.“ Wir wissen ja, dass wir rundherum mehr dazu brauchen und das stellt ja der Landesrechnungshof klipp und klar auch fest, denn er sagt ja da schon auf Seite 10: „... dass das Projekt Klinikum Stainach beim Landesrechnungshof mit einer Gesamtsumme von 302,03 Millionen Nettopreisbasis März zur Projektkontrolle eingereicht wurde.“ Ja, er sagt aber auch, dezidiert: „Der Landesrechnungshof stellt fest, dass die angegebenen Kosten lediglich die Errichtungskosten des Krankenhauses ohne Begleitprojekte darstellen.“ Naja, aber will ich jetzt wissen, was es kosten wird, dann brauche ich diese Zahlen und darauf weist uns der Rechnungshof ja auch hin. Und wir haben immer gesagt: Ihr könnt nicht nur davon ausgehen und sagen: „Das sind jetzt die Kosten, die wir da errechnet haben oder die im Plan liegen“, sondern wie die Leute in das Krankenhaus kommen, was es da rundherum braucht. Und es ist eigentlich schon beschämend, dass man in der letzten Landtagssitzung dieser Legislaturperiode voraussichtlich jetzt darüber das erste Mal redet und sagt: „Ah ja, stimmt, eigentlich müsste man schon das andere auch mit einbeziehen, sagt uns jetzt der Rechnungshof.“ Also das, finde ich, ist eigentlich an der Sache vorbei. Und jetzt kann man natürlich sagen, dass wir das deswegen so machen, weil uns die anderen Kosten eigentlich das beweisen, was die Opposition oder die Bürger_inneninitiative BISS immer gesagt hat, dass das explodiert, dass das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Und vielleicht könnte man dann ja den Schluss ziehen und das werden vermutlich viele Steirer und Steirerinnen machen: „So viel Geld! Warum hat man das nicht anders eingesetzt?“ Und in diese Richtung geht auch unser Entschließungsantrag, der lautet: Notbremse ziehen und medizinische Versorgung für den Bezirk Liezen sicherstellen. Und ich darf hier folgenden Antrag einbringen.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1) einen sofortigen Stopp des Projekts Klinikum Stainach zu verfügen,
- 2) ein Konzept zu erarbeiten, durch welches
 - a) an den bestehenden drei Spitalsstandorten im Bezirk Liezen sowohl Allgemeinversorgung im Akutbereich als auch sinnvolle Spezialisierungen und Rehabilitation angeboten werden,
 - b) das LKH Rottenmann zu einem tatsächlichen Leitspital aufgewertet wird, sowie
 - c) die im RSG 2025 vorgesehenen aber noch fehlenden Primärversorgungszentren im Bezirk Liezen eingerichtet werden, und
- 3) dafür die derzeit für das Projekt Klinikum Stainach gewidmeten Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte auch zu dem Entschließungsantrag, den jetzt ÖVP und SPÖ eingebracht haben, noch etwas sagen, und zwar schreiben Sie da drinnen: „Im Projektkontrollbericht bestätigt der Landesrechnungshof, dass es eine medizinische Notwendigkeit für die Errichtung eines Leitspitals für den Bezirk Liezen gibt.“ Ich möchte noch einmal festhalten: Niemand von den Oppositionsparteien hat jemals behauptet, dass wir keine Reformierung brauchen, dass wir nicht hergehen müssen und sagen: „Ja, es hat sich viel verändert!“ Wir haben noch immer alle gesagt: „Nicht auf die grüne Wiese, sondern schauen wir die bestehenden Spitäler an.“ Eigentlich sagt der Rechnungshof das auch, das kann man natürlich herauslesen: „Stainach ist schon in Planung und deswegen prüft der Rechnungshof in diesem Sinne.“ Das stimmt ja auch, weil die Zahlen, die ihr geliefert habt für die Projektprüfung, die waren ja auch von Stainach, das ist ja legitim. Aber was ich schon spannend finde, ist, wenn ihr das jetzt so interpretiert, dann habe ich kein Wort davon gehört von den Redner_innen von ÖVP und SPÖ, dass der Rechnungshofbericht ja auch ganz klar kritisiert, dass Rottenmann nie geprüft wurde. Das ist auch eine Kritik. Und insofern finde ich den Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP bemerkenswert. Da steht nämlich drinnen: „Die Landesregierung wird aufgefordert, die Anregungen aus dem Projektkontrollbericht des Landesrechnungshofes, welche einem zügigen Vorankommen beim Bau des Klinikums Stainach dienen, zu prüfen“, ist der erste Punkt. Was ist mit den anderen Dingen? Wer entscheidet denn jetzt, welche Annahme, welche Empfehlung dafür förderlich ist, eurer Meinung nach? Das setzen wir dann um und das, was nicht förderlich ist, das lassen wir weg? Was ist denn mit dem PPP-Modell? Da sagt der Landesrechnungshof klipp und klar, das ist – ich sage es jetzt salopp – nicht gescheit. Ja, ist das jetzt förderlich von eurer Seite aus oder nicht förderlich? Wird diese Kritik, diese

Empfehlung jetzt angenommen oder nicht? Ich weiß es nicht. Es ist halt schon ein bisschen traurig, wenn man dann hergeht, abgesehen davon, dass ich einmal davon prinzipiell ausgehen möchte, dass eine Landesregierung, die eine Projektkontrolle, einen Bericht geliefert kriegt, genauso wie jeden anderen Landesrechnungshofbericht, der irgendwas Bestehendes schon prüft, ja selbstverständlich hergehen muss und sagen muss: „Das nehme ich ernst!“ Und das habe ich heute auch vom Herrn Landesrat Kornhäusl mehrmals gehört: Selbstverständlich wird das ernst genommen. Dann braucht es einen Antrag von ÖVP und SPÖ, der sagt: „Nein, nein, wir nehmen das eh ernst, aber halt nur das, was uns reinpasst.“ Also der Antrag ist wirklich – mit Verlaub – nicht wert, in diesem Hause beschlossen zu werden. Und ein Satz noch zur SPÖ, weil da vorher auch zitiert wurde, was der Kollege Schwarz auch vor fünf Jahren eingebracht hat. Für mich ist da immer nur Kopfschütteln, weil ich mir denke, es ist halt nicht die Art und Weise, wie ich Politik verstehe, dass man halt immer zur passenden Gelegenheit die Fahne dorthin hängt, wo sie gerade gebraucht wird. Und die gleiche Vermutung habe ich ja jetzt auch, wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter Lang sagt: „Es wird mit uns, mit der Sozialdemokratie in der neuen Legislaturperiode keine Spitalschließungen mehr geben!“ Jetzt seid ihr aber noch eifrig dafür, dass man das sogenannte Leitspital Liezen trotz aller Gegenargumente, die heute gefallen sind, durchzieht. Das ist traurig. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 12.42 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Frau Klubobfrau. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Barbara Riener. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Riener – ÖVP (12.42 Uhr): Danke sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, Herr Gesundheitslandesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf vielleicht zu Beginn meiner Ausführungen kurz einmal einen Schwenk zurück machen ins Jahr 2016, weil da schon Wortmeldungen waren, die anscheinend – aber das muss ich jetzt dem Niko Swatek zugutehalten, er war noch nicht in diesem Haus und deswegen kann er es vielleicht noch nicht wissen, wie das Ganze begonnen hat –, aber es hat eine Schiefelage in der Darstellung gegeben. 2016, und ich weiß noch ganz genau, ich habe mir nämlich in der Nacht die ganzen Protokolle oder viele Protokolle der letzten Jahre wirklich auch angeschaut, die FPÖ war immer vertreten bei diesen regionalen Dialogtours in allen

Regionen, wo der gesamte Gesundheitsplan 2035 vorgestellt worden ist. Der Gesamte, d.h. mit einem abgestuften Versorgungssystem im niedergelassenen Bereich, 1450 als erste Ansprechstelle, aber ganz wichtig, niedergelassener Bereich, dann fachärztlicher Bereich, teilstationäre, nämlich tagesklinische Angebote zu verstärken und dann letztendlich den stationären Bereich. Und ich kann mich noch erinnern, dass heute noch – liebe Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, du redest immer von dieser „Blume“ mit dieser Versorgung, genau um das geht es, weil da haben wir auch die Primärversorgungseinheiten ganz, ganz stark diskutiert. Und das war unser Bestreben, dieses abgestufte Gesundheitsversorgungssystem steiermarkweit und auch im Bezirk Liezen – das ist ja eine eigene Versorgungsregion – dort auf den Boden zu bringen. (*KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Die zählen ja dazu!“*) Für mich war dann erstaunlich, dass man sehr schnell von den Oppositionsparteien hineingegangen ist, weil man auch natürlich von einem Leitspital Liezen gesprochen hat, und gesagt hat: „Die Regierungsparteien wollen Spitäler schließen!“, und der Fokus war dann auf „Spitäler schließen“. Das hört sich, das möchte ich zugutehalten, heute anders an, weil es wird sehr wohl von einem Leitspital von allen Oppositionsparteien gesprochen. Aber ich habe in allen Wortmeldungen auch herausgehört – und das ist jetzt die Klammer, weil bei der Einbringung der Herr Klubobmann Kunasek gesagt hat: „Da sind sich alle Oppositionsparteien einig“ –, dass ihr kein eigenes Leitspital in Stainach haben wollt. Gut, aber ich habe nicht herausgehört, nämlich dass alle einig wären, wie es sein soll. Weil ein bisschen, wenn man gut zuhört – ich habe mir heute wirklich die Mühe gemacht, auch wirklich gut zuzuhören –, ist von Spezialisierungskliniken gesprochen worden, Rottenmann ausbauen, da gibt es eine gewisse Einheitlichkeit, wo aber überhaupt keiner gesagt hat, wie günstig das dann sein wird. Also alle, die ein Haus bauen, wissen, wenn sie ein altes Haus umbauen, dass das fast die gleichen Kosten sind, als wenn man ein neues baut. Aber gut, sei es drum. Also das ist das, was ich halt sonst immer höre von der Bevölkerung. Aber, und jetzt muss ich sagen, im Zuge dieses gesamten Diskussionsprozesses haben wir ausschließlich immer von den Baukosten gesprochen. Da war nie die Anbindung dabei, das ist immer klar gesagt worden. (*LTAbg. Schönleitner: „Unverständlicher Zwischenruf!“*) Es ist immer davon gesprochen worden, dass die Baukosten diesbezüglich in dieser Höhe sind, ja. Ich komme noch dazu, lieber Lambert, keine Sorge, ich komme noch dazu. Also nur keine Verwirrung, aber du sagst immer, man soll die Bevölkerung mitnehmen. Und ich möchte euch auch jetzt mitnehmen in diesem großen Boot. Bei der Projektkontrolle – und jetzt muss ich auch gleich dem Niko Swatek sagen: Den transparent zu machen, das verbietet uns die Landesverfassung zurzeit,

weil nämlich da ganz klar ist, dass Projektkontrollberichte im Kontrollausschuss enderledigt und deshalb wir diesen Entschließungsantrag auch nicht zustimmen können, weil wir sind alle auf die Verfassung angelobt. Die Projektkontrolle umfasst, dieser Bericht umfasst das Bauvorhaben. Das wurde eingereicht an den Landesrechnungshof und in unterschiedlichen Abschnitten – und wir hatten etliche in der letzten Periode, wenn ich das ganze Universitätsklinikum in Graz anschau, wie viele Bauabschnitte da waren, wo auch die Bauabschnitte unterteilt eingereicht wurden. Also d.h. einen Gesamtblick dann zu haben, ist dann auch ein bisschen schwierig, weil sich natürlich eines dem anderen folgend aufsetzt. Aber zu Beginn dieser Bereisung von unserem damaligen Landesrat Christopher Drexler und bei den Diskussionen ist sehr rasch gekommen: Es muss natürlich eine gute Erreichbarkeit für die Gesamtbevölkerung geben. Ja, jetzt haben wir versucht, eine gute Erreichbarkeit für die Gesamtbevölkerung zu machen, indem wir geschaut haben, dass man einen Standort eher mittig des Bezirkes findet und da waren fünf Standorte zur Auswahl, die natürlich sondiert wurden. Es stimmt, wir haben immer wieder über diese Dinge diskutiert. Aber was euch geeint hat, da seid ihr sehr konsequent: Ihr wart immer einfach dagegen. Heute hat sich zum ersten Mal ein bisschen was herauskristallisiert, wofür ihr seid. (*KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Die Drittbeste!“*) In dem Projektkontrollbericht hat aber dankenswerterweise der Landesrechnungshof darüber hinaus über die einzelnen Punkte in den Bauvorhaben, die er bewertet hat, auch schon uns einen Blick in die Zukunft gegeben, im Sinne von: „Passt auf!“ Und das hat unser Herr Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl auch ganz klar gesagt: Er ist dankbar für die Mahnung des Landesrechnungshofs, weil natürlich wir gewisse Dinge noch einmal hinterfragen können, aber es war nicht – und da gebe ich jetzt dem Klaus Recht, du hast es auch gesagt –, es war nicht Bestandteil der Einreichung des Bauvorhabens. Die Personalfragen – „na net na na“, – wir haben ja mit dem Budget für die KAGes-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter ein großes Paket beschlossen mit Anrechnung von Vordienstzeiten, mit Gehaltserhöhungen, das sich österreichweit sehen lassen kann. Und ich kann mich noch erinnern, und das wird jetzt total ignoriert, dass jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter auch des Diakonissenkrankenhauses ein Angebot bekommt, (*KO LTAbg. Kunasek: „Das stimmt ja nicht!“*) in die KAGes zu kommen. Aber das heißt jetzt nicht, dass deswegen diese Personalkosten nicht im Blick sind. Sie sind auch da jetzt nicht in der Bewertung, aber die Mahnung: „Passt auf das auf!“ Aber eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das wurde auch angesprochen: Wir müssen endlich in die Gänge kommen. Wir können es nicht mehr verantworten, für den Bezirk Liezen nicht Entscheidungen treffen in der

Gesundheitsversorgung, weil, wie wir heute auch gehört haben, der Vertrag mit dem Diakonissenkrankenhaus endet per 31. Dezember 2031. Na dann möchte ich nicht wissen, wer dann die Verantwortung trägt. Also, wir als verantwortungsvolle Politiker müssen rechtzeitig die Entscheidungen treffen und das bedeutet auch, endlich in die Gänge zu kommen und das auf die Beine zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP)* Und zum Kollegen Murgg darf ich nur noch sagen, also ich habe jetzt nachgeschaut in dem Landesrechnungshofbericht: Der Landesrechnungshof hat alte Projektberichte beschrieben, zum einen zum Diakonissenkrankenhaus und zum anderen zum Krankenanstaltenverbund Rottenmann-Bad Aussee, wo er wieder zum Prüfbericht Diakonissenhaus zitiert hat. Also insofern bitte da jetzt nicht Äpfel mit Birnen verwechseln. Und ich darf noch einen Entschließungsantrag einbringen. Erläutert hat ihn eigentlich die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, ich möchte nur den Antrag stellen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Anregungen aus dem Projektkontrollbericht des Landesrechnungshofes, welche einem zügigen Vorankommen beim Bau des Klinikums Stainach dienen, zu prüfen sowie
- dem Landtag Steiermark regelmäßig über den Stand zum Projekt “Klinikum Stainach” Bericht zu erstatten.

Und ein paar Sekunden möchte ich noch nutzen und auf etwas hinweisen: Am 12. März 2019 habe ich in einer Rede von mir unsere seinerzeitige Mag. Renate Skledar, Patient_innenombudsfrau, zitiert, die Zeit lässt es nicht mehr zu, das zu zitieren. Aber sie hat sich eindeutig für ein Leitspital im Bezirk Liezen ausgesprochen und hat gesagt: „Es ist alternativlos, weil es wäre nämlich fahrlässig, wenn wir das nicht auf die Beine stellen und eine gute Versorgung für den Bezirk Liezen aufstellen.“ Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.53 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank Frau Klubobfrau. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Matthias Pokorn. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Dr. Pokorn – ÖVP (12.53 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich auch liebe Steirerinnen und Steirer zu Hause!

Meine Klubobfrau hat mir den Antrag jetzt etwas zuvor genommen, aber das passt schon so. Ich möchte noch eine Sache zum Abgeordneten Royer sagen: Du hast – und ich bin selber Bürgermeister –, du hast vorher in deinem Statement den Bürgermeistern vorgeworfen, sich erpressbar zu machen durch Bedarfszuweisungen. Dazu muss ich ganz klar sagen: Das zeigt wieder einmal eure oder deine kommunalpolitische Einstellung und euer fragwürdiges Rechtsverständnis und ich muss das strikt als Bürgermeister für alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Steiermark zurückweisen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.54 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Andreas Lackner. Bitte, Herr Kollege Lackner. Vielen Dank.

LTAbg. Andreas Lackner – Grüne (12.54 Uhr): Ja, danke Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Ja, wir haben jetzt viel über Spitäler, über die stationäre Versorgung gehört und Gesundheitsversorgung ist natürlich viel breiter zu sehen, auch im Bezirk Liezen. Da geht es natürlich um den niedergelassenen Bereich, um die Versorgung mit praktischen Ärzten und Ärztinnen, um die Situation im Facharzt/Fachärztinnenbereich, da geht es um Primärversorgungszentren, um die Situation in der mobilen und stationären Pflege und auch um das Thema Prävention. Und gerade im Bezirk Liezen, wo die Bevölkerungsentwicklung und die Bevölkerungsstruktur eine ist, wo der Anteil der älteren Bevölkerung überdurchschnittlich stärker steigt als im Steiermark-Durchschnitt, ist das sicher ein wichtiges Thema. Hier gibt es mit dem Projekt Community Nursing eigentlich einen bisher sehr erfolgreichen Ansatz, der, gerade was Prävention betrifft, einen echten Fortschritt darstellt. Nur wie sieht die Situation jetzt aus? Im Bezirk Liezen gibt es derzeit keine einzige Community Nurse und die von der Landesregierung am 17. Oktober präsentierte Lösung wird auch dafür sorgen, dass es in Zukunft keine geben wird. Warum nicht? Was gerade passiert, ist ... *(KO LTAbg. Schwarz: „Hat das mit dem Tagesordnungspunkt zu tun?“)* Es geht um die Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen. *(KO LTAbg. Schwarz: „Da geht es um Community Nursing!“ – Zweite Präsidentin Kolar: „Herr Kollege, ich bitte dich wirklich, beim Thema zu bleiben!“)* Gesundheitsversorgung ist breiter zu sehen, als nur irgendwo ein Spital hinzustellen. *(Beifall bei den Grünen)* Der Kritikpunkt ist, dass ihr jetzt dafür sorgt, dass

dieses erfolgreiche Projekt, das sehr viel für Prävention macht, schwer angeschlagen ist und wahrscheinlich in den meisten Gemeinden ein Ende finden wird. Und das ist gerade für den Bezirk Liezen alles andere als gut. (*Zweite Präsidentin Kolar: „Liebe geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe den Redner nicht, was er sagt, wenn alle herausschreien. Ich bitte euch etwas ...“*) Ich habe da mit einigen Betroffenen gesprochen. (*Zweite Präsidentin Kolar: „Herr Kollege Lackner, bitte, ich möchte jetzt ganz kurz am Wort sein. Ich bitte euch wirklich, dass ich das auch höre, was der Herr Kollege Lackner sagt. Und dich, lieber Herr Kollege, bitte ich noch einmal zum Thema Leitspital zu sprechen und nicht über andere Themen. Danke.“*) Ja, die Situation ist trotzdem die, die Nurses sind frustriert, (*LTAbsg. Grubesa: Nicht zur Sache!“*) die Bürgermeister sind frustriert und ein erfolgreiches Projekt, das jetzt drei Jahre lang eigentlich eine gute Aufbauarbeit geleistet hat, wird hier leichtfertig in Frage gestellt. (*Zweite Präsidentin Kolar: „Herr Kollege Lackner, du bist ja ein intelligenter Mensch, ich habe dir gesagt: Bitte sprich zum Thema!“*) Gerade im Bezirk Liezen wäre es wichtig, eben auch auf präventive Maßnahmen zu setzen. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 12.58 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächstes und Letztes zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Drexler – ÖVP (12.58 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Sie werden verstehen, dass ich mich heute auch zu Wort melde, zumal ich hier einige Male angesprochen worden bin und dies natürlich ein besonders bedeutsames Thema für die steirische Landespolitik ist. Und ich kann Ihnen zuallererst einmal sagen: Wir alle und ich ganz persönlich haben es uns bei dem Thema nie leicht gemacht. Ja, glauben Sie, wir wollen hier sehenden Auges das Falsche tun? Ja, glauben Sie, wir wollen hier ein Projekt umsetzen, von dem wir nicht zutiefst überzeugt sind, dass es ein gutes Projekt ist? Und meine Damen und Herren, hier ist mehrfach der Dialog eingefordert worden, hier ist die Diskussion eingefordert worden. Ich darf Ihnen sagen, meine eigene Meinung zu diesem Projekt ist aus Dialog und Diskussion entstanden, ich war da nicht immer ein glühender Befürworter. Am dritten Tag als Gesundheitslandesrat habe ich das LKH Bad Aussee als erstes Krankenhaus besucht, weil ich dort fast eine Art emotionale Bindung gehabt habe und entwickelt habe.

Aber ich habe mit allen Menschen gesprochen, mit Verantwortlichen in der KAGes, mit Gesundheitsexpertinnen und -experten, mit unseren Betriebsrätinnen und Betriebsräten, mit Ärztinnen und Ärzten, mit Pflegekräften. Und nach vielen Gesprächen ist bei mir die Überzeugung gereift, dass es der vernünftigste und beste Weg für die Spitalsversorgung im Bezirk Liezen ist, die drei bestehenden Standorte – noch dazu von zwei Trägern – an einem Standort zusammenzuführen. Und dann haben wir mit der Kommunikation begonnen. Es sind angesprochen worden die Bürgermeisterkonferenzen, ich war bei zwei Bürgerversammlungen allein in Bad Aussee. Ich kann die Anzahl der Konferenzen, der Besprechungen, der Bürgergespräche zu diesem Thema gar nicht aus der Erinnerung heraus benennen. Ich denke nur, ich bin einer in dem Raum, der mit am meisten Gespräche zu diesem Thema geführt hat und versucht hat zu überzeugen in vielen Gesprächen, weil in mir selbst die Überzeugung gereift ist, dass dies ein wegweisendes, ein zukunftsfähiges Projekt ist, dass dieses moderne, leistungsfähige, mit breiterem Angebot ausgestattete Krankenhaus – Klinikum Stainach jetzt genannt – das Beste für die Gesundheitsversorgung der Menschen in diesem Bezirk ist. Nicht aus Jux und Tollerei, weil viele Argumente, die heute in der Debatte gekommen sind, ja stimmen, es ist das Fallzahlargument gekommen, es ist das Argument der mangelnden Attraktivität der kleinen Standorte für junge Ärztinnen und Ärzte dort als Ausbildungsassistent hinzugehen gekommen. Es ist mit das Argument gekommen: Wie finden wir das Personal? Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir für ein großes, leistungsfähiges, modernes und neues Spital leichter das Personal finden als für drei dislozierte Standorte, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und der SPÖ)* Ich glaube wirklich, dass das ein gutes Projekt ist. Und ich komme jetzt zu den Fehlern, die gemacht wurden: Der erste Fehler, der gemacht wurde, ist, dass wir 2017, 2018, 2019 begonnen haben, diese Erzählung zu erzählen, zu überzeugen und dass es dann eine Unterbrechung gegeben hat, die letztlich auch zur Verzögerung des Projekts geführt hat. Das war natürlich die Corona-Zeit, wo das gesamte Gesundheitssystem, einschließlich der gesamten KAGes, wahrlich andere Sorgen gehabt hat. Wir hätten weiter diese Kommunikation intensivieren müssen. Und deswegen bin ich dem Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl so dankbar, dass er das im letzten Jahr wieder intensiv versucht hat. Und wissen Sie, wenn da einer herausgeht – ich weiß gar nicht mehr, wer es war – und sagt: „Ihr habt nur einen Infocontainer hingestellt!“ Ja, ich meine, um Himmels Willen, das ist aber auch nichts Schlechtes, dass man einen Infocontainer hinstellt, das ist aber nicht die ganze Kommunikation, die zu führen ist, logischerweise. Wichtig ist es zu kommunizieren – Dank

an Landesrat Kornhäusl –, dass das tatsächlich passiert. (*Beifall bei der ÖVP und der SPÖ*) Und ich möchte es dennoch noch einmal sagen, weil es wichtig ist: Der Landesrechnungshof stellt das Projekt insgesamt keinesfalls in Frage. Aus dem Diakonissen-Prüfbericht Zitat: „Insbesondere das Projekt Leitspital Region Liezen ist daher positiv zu würdigen“, Zitat Ende. Aus dem Prüfbericht Krankenanstaltenverbund Rottenmann-Bad Aussee: „Hiezu hält der Landesrechnungshof fest, dass eine Konzentration der intramuralen Ressourcen auf einen Standort in der VR62 als sinnvoll erachtet wird.“ Ich darf Ihnen das nur kurz übersetzen, d.h. VR62 ist Versorgungsregion 62, das ist der gesamte Bezirk Liezen, intramurale Versorgung heißt natürlich Spitalsversorgung – als sinnvoll erachtet wird. Sie kennen die Einschätzung der Primari, Zitat: „Um auch in Zukunft eine moderne Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen gewährleisten zu können, gibt es keine fachlich sinnvolle Alternative zum Leitspital und den geplanten Gesundheitszentren“, Zitat Ende. Nachdem der Frau Klubobfrau das Zitat der Renate Skledar zu lang war – so lang ist es gar nicht, also das, das ich meine –, die frühere Patientenombudsfrau Renate Skledar, Zitat: „Am neuen Leitspital in Liezen führt kein Weg vorbei. Wer etwas anderes behauptet, weiß es entweder nicht besser oder handelt aus anderen Motiven!“ Diese heißblütige Kämpferin für die Patientinnen und Patienten, von allen hier im Haus immer wieder gelobt ihres Engagements wegen, Renate Skledar, hat das so gesagt. Und es ist überhaupt sehr interessant, der Abgeordnete Schönleitner, der sich heute hier an die Spitze der Kritiker des Gesamtprojekts gestellt hat, hat noch in der Tageszeitung „Der Standard“, als über den Regionalen Strukturplan Gesundheit 2025 berichtet worden ist, unter dem Titel, der Artikel heißt: „Steiermark stellt Spitalswesen komplett neu auf, diesmal sogar von den Grünen dickes Lob erntet. Drexler ist sehr ambitioniert auf dem richtigen Weg: Wir sind hier Vorreiter!“ Ja, Lambert, wo bist denn du ... (*LTabg. Schönleitner: „Das war in der ersten Pressekonferenz, die erste Veranstaltung!“*) Lambert, wo bist du denn dann falsch abgebogen? Ich meine, das war ja 2017 das Zitat, das war super. Also, aber allein die erste Veranstaltung, wenn du die große Konferenz auf der Messe meinst, das kann da nicht der direkte Zusammenhang sein, weil damals haben wir noch keinen RSG 25 präsentiert, sondern den größeren Gesundheitsplan, mit dem wir dann im Übrigen zum Thema „wir kommunizieren nicht“, in allen Regionen Konferenzen mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern gemacht haben. Also es ist dieses Projekt mit Sicherheit eines der meistdiskutierten und kommunizierten. Und ich sage Ihnen noch einmal: Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es ein gutes Projekt ist und ich bin auch davon überzeugt, dass, wenn in zehn Jahren oder in 15 Jahren es eine Diskussion darüber gibt,

ob das ein kluges Projekt war, ja oder nein, werden alle sagen: „Wie hat man das jemals infrage stellen können?“ (*KO LTAvg. Klimt-Weithaler: „Wenn es dann schon steht!“ – Beifall bei der ÖVP und der SPÖ*) Das ist im Übrigen so wie z.B. – im Recherchieren findet man die lustigsten Dinge heraus – es just die Grünen waren in Kärnten, die gegen den Koralmtunnel waren. (*KO LTAvg. Krautwaschl: „Geht es auch zur Sache?“*) Meine liebe Frau Klubobfrau, ich glaube, ich rede hier sehr intensiv zur Sache, so wie im Übrigen das Argument von „zwei Dritteln sind dieser und jener Meinung“ auch bei der A9 im Süden von Graz Gültigkeit haben müsste, wenn man es so konsequent durchzieht, wie der Abgeordnete Schönleitner es gerade behauptet hat. (*Beifall bei der ÖVP und der SPÖ*) Und ich möchte Ihnen abschließend noch eines sagen, weil ja eigentlich das Grundprojekt auch im Projektkontrollbericht offensichtlich nicht infrage gestellt wird und sehr viele jetzt den Kritikpunkt dieser Betreibergesellschaft aufgegriffen haben und hier von einem PPP-Modell (*LTAvg. Schönleitner: „Das war in Aussee auch deine Idee!“*) als gefährliche Drohung gesprochen haben – Public-Private-Partnership. Sie tun ja gerade so, als hätten wir da einen Hedgefonds hereingeholt. (*KO LTAvg. Klimt-Weithaler: „Nein, so tun wir nicht!“*) Wir haben ... nein, also, unser Partner ist die Diakonie. Haben Sie was dagegen, dass die Caritas oder die Volkshilfe Pflegeheime in dem Land betreiben? (*KO LTAvg. Klimt-Weithaler: „...!“*) Nein. (*Beifall bei der ÖVP und der SPÖ*) Also, nein. Sie tun so, als würden wir irgendeinen gewinnorientierten privaten Partner da hineinnehmen. Ich sage Ihnen eines: Die Diakonie ist ein guter Partner des Landes gewesen. (*Beifall bei der ÖVP und der SPÖ*) Seit 1950 wird die Klinik Diakonissen in Schladming betrieben. (*KO LTAvg. Klimt-Weithaler: „Ja, das tut nichts zur Sache jetzt!“*) Zwei Gesundheitszentren werden künftig von der Diakonie betrieben. Die Diakonie ist von sich aus bereit, eine fondsfinanzierte Krankenanstalt aufzugeben – aufzugeben – und in ein gemeinsames Projekt hineinzugehen. Ich wünsche mir durchaus die Diakonie mit ihrer fachlichen Expertise als Partner. Und damit es klar ist, der Landesrat hat es ja gesagt: Das Krankenhaus gehört eh der KAGes ... (*Zweite Präsidentin Kolar: „Herr Landeshauptmann, ich muss dich bitten, zum Schluss zu kommen!“*) und die Betreibergesellschaft ist eine gemeinsame. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Gerade im oberen Ennstal ist mir ein evangelischer Partner nicht unrecht. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.09 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 4309/2, betreffend Leitspital Liezen – Steirerinnen und Steirer verdienen volle Transparenz! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei, der KPÖ der NEOS ... *(KO LTAbg. Krautwaschl: „Könnten Sie den Antrag noch einmal vorlesen? Ich habe nichts verstanden!“)*

Dann darf ich den Antrag noch einmal verlesen, ich komme zur Abstimmung: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 4309/2, betreffend Leitspital Liezen – Steirerinnen und Steirer verdienen volle Transparenz! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gehört?

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei, der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum nächsten Entschließungsantrag.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 4309/3, betreffend Sofortiger Stopp des Pleiten-, Pech- und Pannenprojekts „Leitspital Liezen“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei, der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 4309/4, betreffend Projekt „Leitspital Liezen“ umgehend stoppen – „Plan B“ samt Aufrechterhaltung der bestehenden Krankenhausstandorte ausarbeiten! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei, der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 4309/5, betreffend Notbremse ziehen und medizinische Versorgung für den Bezirk Liezen sicherstellen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei, der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 4309/6, betreffend Bau des Klinikums Stainach zügig voranbringen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ die Mehrheit gefunden.

D2. Ich komme nun zur Behandlung der zweiten Dringlichen Anfrage, Einl.Zahl 4312/1:

Ich erteile Frau Klubobfrau LTabg. Sandra Krautwaschl das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTabg. Krautwaschl – Grüne (13.12 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, lieber Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen und Zuhörende!

Auch in der zweiten Dringlichen Anfrage des heutigen Tages geht es um, aus meiner Sicht, zwei sehr wichtige Themen: Einerseits um das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und andererseits um den Schutz unserer Lebensgrundlagen. Die jüngsten Aussagen des Herrn aktuellen Landeshauptmanns Christopher Drexler haben da tatsächlich bei uns ein bisschen Verwirrung ausgelöst, weil wir zuerst nämlich gedacht haben, es geht um einen Faschingsscherz, nämlich als wir dann auch wirklich nachgefragt haben in den Redaktionen, versucht haben rauszufinden: Kann das stimmen, was Landeshauptmann Drexler hier vorschlägt? Es ist heute schon viel um Sachlichkeit gegangen. Der Landesrat Kornhäusl hat das eingangs erwähnt, wie wichtig eine sachliche Diskussion ist. Aber bei diesem Vorschlag des Herrn Landeshauptmanns kann man das wirklich nicht mehr ernst nehmen. Man hat einfach das Gefühl, es handelt sich um einen Faschingsscherz. Er hat nämlich proklamiert, dass er alle Gesetze, sämtliche Gesetze, bis auf ein paar ganz wenige Ausnahmen, quasi mit 2027 auslaufen lassen will, um aus seiner Sicht alles neu zu machen. Und da hat er vor allem ein Gesetz, das ganz besonders zum Schutz unserer Lebensgrundlagen dient, auch in den Vordergrund gestellt und gemeint, bei der Raumordnung müsste man einfach bei einem weißen Blatt Papier beginnen. Da wird von einer Jahrhundertchance gesprochen. (*Landeshauptmann Mag. Drexler: „Eine Pinsenwahrheit ist das!“*) Hm, da nickt wer. Es ist einfach ein komplett durchschaubares, populistisches Manöver, um kurz vor der Wahl nochmal Schlagzeilen zu machen. Und diese Idee ist nicht nur unrealistisch, sie ist auch wirklich brandgefährlich für die Steiermark und sie ist an Unseriosität eigentlich gar nicht

mehr zu überbieten. (*Beifall bei den Grünen*) Wir haben es gerade jetzt bei der vorangegangenen Dringlichen Anfrage ausführlich gehört und ich war da auch bei vielen Konferenzen dabei und habe sehr viel von den Versprechungen, die da gemacht worden sind, am Anfang auch noch geglaubt. Aber diese Landesregierung hat es nicht einmal geschafft, in neun Jahren in einem einzigen Bezirk in der Steiermark eine wirklich grundlegend vernünftige und für alle Menschen gut erreichbare Gesundheitsversorgung aufzustellen. Und dann will man gleichzeitig in zwei, drei Jahren bis zu 250 Gesetze verhandeln, abstimmen, begutachten, neu erstellen? Da lachen wirklich die Hühner. Das ist aber eigentlich ganz und gar nicht witzig. Das ist ein Wahnsinn, was da im Raum steht. Der Automatismus eines Außerkrafttretens aller Gesetze, das ist ein massiver Anschlag auf unser Gemeinwohl und unsere Rechtsstaatlichkeit. Das muss man sich echt einmal vorstellen: Wir beschließen zuerst einmal die Abschaffung von allen Gesetzen, einfach so, um danach dann zu prüfen, ob nicht vielleicht doch die allermeisten davon vielleicht doch nicht sinnvoll wären. Und warum spreche ich jetzt von einem durchschaubaren populistischen Manöver? Wir brauchen uns einfach nur die Fakten anschauen: Seit 1945 gab es in der Steiermark keine einzige Landesregierung ohne ÖVP-Beteiligung, keine einzige. Und ich habe ein bisschen recherchiert, ich bin gespannt, was der Herr Landeshauptmann dazu sagt, aber meiner kurzen Recherche nach gab es seit 1945 keine einzige gesetzliche Bestimmung – nein, eine einzige, eine einzige gesetzliche von Tausenden, wo die ÖVP nicht mitgestimmt hat. Gibt euch das nicht selber ein bisschen zu denken? Das ist eine historische Tatsache und die entlarvt eben dieses bürokratische Regeln-Abschaffen, diese Regulierungswut, als pure Wahlkampfpropaganda des Landeshauptmanns – pure Wahlkampfpropaganda. Ein in Panik geratener Landeshauptmann der ÖVP will sich auf einmal selbst regulieren. Das ist wirklich sehr lustig. Auf diese Ankündigung hat die Steiermark gewartet. Wir kennen das schon von so Luftschlosserprojekten wie Nationalstadion oder, auch komisch auf einmal verschwunden: Die große gesundheitspolitische Vision des Herrn Landeshauptmanns, die Steirerambulanzen, komischerweise in der Versenkung verschwunden. Naja, ich habe noch keine gesehen. Ja, also ich glaube, der Herr Landeshauptmann weiß genauso gut wie ihr alle in diesem Raum, dass es ohne klare Gesetze, ohne feste Rahmenbedingungen, dass unser Zusammenleben nicht funktioniert. (*Beifall bei den Grünen*) Es kann nicht funktionieren. Unser Gemeinwesen wird zuallererst von den Menschen in diesem Land und ihrer Solidarität gehalten und eben in zweiter Linie und ganz wichtig von den Regeln und Gesetzen, die wir hier in diesem Land gemacht haben und ihr habt bis auf eines jedes einzelne – jedes einzelne – mitbeschlossen.

Und gerade, wenn es um den Schutz unserer Lebensgrundlagen geht, um Sicherheit und Stabilität, da ist der Schutz unserer Lebensgrundlagen einfach essentiell. Dann ist es einfach ein fatales Signal, nachdem jetzt erste – erste – Schritte gelungen sind, ein bisschen in die richtige Richtung zu gehen, quasi vor der Wahl anzudrohen, das alles mit einem Federstreich wieder vom Tisch zu wischen. Die Vergangenheit hat übrigens schon gezeigt, Herr Landeshauptmann, dass man das durchaus sinnvoll und vernünftig angehen kann, Gesetze zu durchforsten, sinnlose Bestimmungen aufzuheben. Das ist ja auch schon passiert in diesem Land. Man durchforstet das Landesrecht nach unnötigen oder nicht mehr anwendbaren Bestimmungen und beschließt dann ein Rechtsbereinigungsgesetz, dass man einfach diese nicht mehr notwendigen Gesetze oder Bestimmungen, die man einfach für zu bürokratisch hält, aufhebt. Das kann man machen. Das ist zwischen 2013 und 2015 auch passiert in diesem Landtag. Ich war da noch nicht dabei, aber es ist passiert. Und es wurde dann 2015 ein Rechtsbereinigungsgesetz beschlossen, mit dem 45 Gesetze aufgehoben wurden, ein sehr vernünftiger Zugang. Da findet ihr uns jederzeit als Verbündete, sowas umzusetzen – jederzeit sehr gerne. *(Beifall bei den Grünen)* Was jedenfalls aber den Erhalt unserer Lebensgrundlagen anbelangt, was die steirische Raumordnung anbelangt, da braucht man ganz sicher kein weißes Blatt Papier. Wie gesagt, wir haben erste zaghafte Verbesserungsschritte in der letzten Novelle umgesetzt. Die haben wir auch immer wieder gelobt, haben gesagt: „Aber nach der Novelle ist vor der Novelle.“ Natürlich kann man eine Raumordnung novellieren. Das heißt aber nicht, dass man alles, was jetzt ein bisschen besser geworden ist, wieder vom Tisch fegt, um dann bei null anfangen zu können und am Ende vielleicht alles nochmal viel schlechter macht. Da sind wir ganz, ganz sicher nicht dabei. Und gerade in der Raumordnung, gerade wenn es um Schutz der Lebensgrundlagen geht, braucht es endlich mutige Schritte, die den Bodenverbrauch reduzieren, die Siedlungsgrenzen sicherstellen und leistbares Wohnen sicherstellen. Gerade was das anbelangt, gibt es einen guten Verbündeten für unsere Vorschläge und das habt ihr vielleicht eh mitgekriegt, aber tunlichst halt verschwiegen. Der Österreichische Gemeindebund – das ist sicher keine Grüne Vorfeldorganisation – hat gerade einen umfassenden Bodenschutzplan vorgelegt. Jetzt könnt ihr natürlich sagen: „Die haben auch alle so komische bürokratische Vorschläge, die wollen alles verkomplizieren.“ Das ist aber der Bodenschutzplan des Gemeindebundes, der dazu beitragen soll, dass wir in Zukunft noch vernünftig irgendwo in dem Land leben, Boden haben für Ernährungssicherheit, uns vor Unwettern schützen können und so weiter. Das hat der Gemeindebund immerhin erkannt und erstaunlicherweise bringt er eins zu eins

Vorschläge ein, die wir hier schon seit sehr langem trommeln in diesem Haus, immer und immer wieder. Zum Beispiel fordert der Gemeindebund: Rückwidmungen vom Bauland müssen erleichtert werden. (*LTabg. Dirnberger: „Das fordern wir ja selbst schon lange!“*) Ja, komisch, ihr fordert euch selber auf, aber ihr tut es nicht, das ist echt ein bisschen traurig. (*LTabg. Dirnberger: „Weil es rechtlich derzeit nicht geht!“*) Der Gemeindebund fordert also Dinge, die rechtlich nicht gehen, ja dann sollte man ihm einmal irgendwie Rechtshilfe zur Seite stellen. Der Gemeindebund fordert, dass Leerstände aktiviert werden, er fordert auch einen Bodenfonds, weil da geht es eben um leistbares Wohnen. Und der Gemeindebund fordert auch eine Photovoltaikpflicht auf großen Parkplätzen – eine Forderung, die ein Großteil der Bevölkerung teilt. Es geht also darum, endlich diese Herausforderungen anzunehmen. Nicht dort, wo wir dringend, und zwar wirklich sehr, sehr dringend, weil es um unsere Lebensgrundlagen geht, wo wir sinnvolle Regeln brauchen, irgendeinen Populismus-Gag kurz vor einer Wahl abzusetzen, sondern endlich diese Regelungen durchzusetzen, das, was der Gemeindebund fordert, ernst zu nehmen, wenn ihr es schon von unserer Seite nicht ernst nehmt. Und nichts davon hat irgendwas mit Bürokratie zu tun. Wie gesagt, ihr habt uns sofort als Verbündete, wenn man sinnlose, nicht zweckmäßige Regelungen abschafft, da sind wir jederzeit sehr, sehr gerne dabei. Um zum Schluss zu kommen: Die Steiermark wird mutige Schritte brauchen. Aber sie braucht auch ehrliche Schritte, und ehrliche Schritte haben nichts damit zu tun, aber rein gar nichts, kurz vor einer Landtagswahl, wenn man selber dabei war, bei jedem einzelnen Gesetz, bis auf einem, meines Wissens, so zu tun, als müsste man jetzt irgendwas, was irgendwer anderer verbochen hat, mit einem Federstreich vom Tisch wischen. Das ist einfach eines Landeshauptmanns unwürdig, das ist unseriös und das zerstört auch das Vertrauen der Bevölkerung in einen funktionierenden Rechtsstaat, von dem übrigens der Herr Kornhäusl heute auch schon gesprochen hat, dass es eben Verfahren gibt, dass man sich auf etwas verlassen können muss, dass es eine gewisse Zeit dauert. Und was man tun kann, bitte – auch da haben wir immer wieder Lösungsvorschläge auf den Tisch gelegt –, was man tun kann, um Bürokratie zurückzudrängen und Verfahren zum Beispiel zu beschleunigen, das ist, in den Abteilungen genug Personal zur Verfügung zu stellen und darauf zu achten, dass die Abteilungen funktionieren und die Dinge rasch und für die Menschen effizient abhandeln. Das wäre einmal an erster Stelle ganz, ganz wichtig. (*Beifall bei den Grünen*) Da hat die Landesregierung, glaube ich – die nächste jedenfalls –, genug Sinnvolles zu tun. Abschließend noch eines: Für uns ist der Erhalt unserer Lebensgrundlagen – auch wenn jetzt viele so tun, als wäre das momentan überhaupt kein Thema –, für uns ist

das der essentielle Bereich, der alle Basis für alles, was sonst noch in den nächsten fünf Jahren in diesem Land passieren wird, bietet. Und wenn wir das nicht ernst nehmen und da dann sagen: „Wir müssen bei einem weißen Blatt Papier anfangen“, dann habe ich wirklich Sorge. Und dann kann ich nur alle Menschen in der Steiermark bitten, die sich eine gute Zukunft in diesem Land wünschen, solchen Vorschlägen sicher nicht ihre Stimme zu geben. Ich komme jetzt zur Verlesung und unserer Dringlichen Anfrage. Es werden folgende Fragen gestellt:

1. Planen Sie ernsthaft, die rund 250 Landesgesetze aufheben zu lassen?
2. Haben Sie Ihre Forderung mit dem Koalitionspartner abgestimmt?
3. Wie viele Gesetze wurden seit 1945 in der Steiermark ohne die Stimmen von ÖVP-Abgeordneten beschlossen?
4. Im Hinblick auf Ihre Aussage in der 47. Landtagssitzung, die letzte Raumordnungsnovelle sei wegweisend und klug und gehe in die richtige Richtung: Warum sind Sie nunmehr der Ansicht, das Raumordnungsgesetz müsse zur Gänze aufgehoben und von Grund auf neu geschrieben werden?
5. Warum ist es aus Ihrer Sicht nicht zielführend, das bestehende Raumordnungsgesetz punktuell zu verbessern, sondern es von Grund auf neu zu schreiben?
6. Welche konkreten Schwächen hat das aktuelle Raumordnungsgesetz, die aus Ihrer Sicht eine grundlegende Neufassung verlangen?
7. Was hat Sie bisher gehindert, diese Schwächen zu beheben?
8. Setzen Sie sich dafür ein, die Forderung des Gemeindebundes, Siedlungsgrenzen festzuschreiben, umzusetzen?
9. Wie wollen Sie die vom Gemeindebund eingeforderte Reduktion von Baulandüberhängen bewerkstelligen?
10. Bis wann soll Ihrer Ansicht nach, das Instrument der Auffüllungsgebiete endgültig aus der Raumordnung gestrichen werden? Ist im Übrigen auch eine Forderung des Gemeindebundes, um das nur an dieser Stelle noch einmal dazuzusagen.
11. Sind Sie weiterhin gegen die vom Gemeindebund geforderte Etablierung eines Bodenfonds, der Gemeinden bei einer aktiven Bodenpolitik unterstützen könnte?
12. Welche Bodenfonds-Modelle wurden von der Landesregierung in den letzten fünf Jahren geprüft?
13. Wann soll die durch die jüngste Verfassungsänderung ermöglichte Stärkung der Vertragsraumordnung in der Steiermark umgesetzt werden?

14. Setzen Sie sich dafür ein, die Forderung des Gemeindebundes nach einer PV-Pflicht auf Parkplätzen ab einer bestimmten Größe umzusetzen?
15. Wie stehen Sie (angesichts des Zieles Versorgungssicherheit) zur Forderung nach einer Ausweitung von Landwirtschaftlichen Vorrangzonen?
16. Welche Forderungen aus dem Kommunalen Bodenschutzplan des Österreichischen Gemeindebundes sollen in der Steiermark umgesetzt werden?

(LTabg. Fartek: „Immer das gleiche Theater!“) Ich bitte um Beantwortung. (Beifall bei den Grünen – 13.28 Uhr)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Ich erteile nun Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Drexler – ÖVP (13.28 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Klubobfrau, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich bin eigentlich sehr glücklich über diese Dringliche Anfrage heute, zumal es mir die Möglichkeit gibt, einige, glaube ich, wesentliche Überlegungen anzustellen, wenngleich ich die Motivlage für diese Anfrage einschließlich dann der etwas mühsam indirekt zurechtgezimmernden Übergang zu Bodenschutz und dergleichen sich mir nicht gänzlich erschließt. Aber, ist Ihnen natürlich völlig unbenommen. Eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist aber klar und aus sehr, sehr vielen Gesprächen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, mit vielen Unternehmerinnen und Unternehmern, mit Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, kann ich Ihnen eins sagen. Sehr viele Menschen in diesem Land haben das Gefühl, dass wir überreguliert und zu viel Bürokratie haben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und da sind es immer wieder Beispiele, die mir erzählt werden, wo ich mir denke, das kann ja nicht sein, wo man sich an den Kopf greift. Und wissen Sie, warum ich so einen Vorschlag mache? Weil ich in der nächsten Legislaturperiode das Thema Entbürokratisierung und Deregulierung zu einem Hauptanliegen machen möchte. Weil ich will mir nicht mehr an den Kopf greifen müssen, wenn mir Bürgerinnen und Bürger Geschichten erzählen. War ich bei einem Unternehmer vor einigen Wochen, Monaten mittlerweile, fängt gut an das Gespräch. Industriebetrieb in der Obersteiermark fängt gut an,

erzählt mir der, er muss jetzt einmal die Verwaltung loben, er hat ein Kleinwasserkraftwerk da gebaut, was halt für seine Energieversorgung vom Betrieb auch dient. Wasserbehörde, einwandfrei, BH, alle haben super gearbeitet – super, super. Denke ich mir schon, ein guter Tag. Dann sagt er, aber – ich wollte auf meine Hallen auch eine PV-Anlage installieren. Auf den Flachdächern der Hallen lag über die letzten 30 Jahre Schotter. Er wollte den Schotter wegtun und die PV-Anlage hinaufstellen. PV-Anlage wiegt circa ein Drittel vom Schotter. Aber er braucht ein statisches Gutachten, ob er die PV-Anlage aufstellen darf. (*KO LTAvg. Krautwaschl: „Das kann man bereinigen.“*) Ja, Frau Klubobfrau, das sind Dinge, die hinweggefegt gehören. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und, wenn ich Ihnen eines sagen darf, weil, Sie haben sich heute nämlich schon ein bisschen argumentativ vergriffen da und dort, wenn ich das sagen darf. Wenn Sie sagen, das ist ein Vorschlag, der brandgefährlich ist, kann ich Ihnen sagen, brandgefährlich ist es, weiterhin Überregulierung und überbordende Bürokratie zu haben. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und da sage ich Ihnen gleich eines dazu: Leseempfehlung. Bekannter österreichischer Sozialrechtler, Thedi Tomandl, hat ein wunderbares Buch geschrieben. Rechtsstaat Österreich, Illusion oder Realität. Und die wichtigste These, die er dort vertritt, ist, dass die Rechtsstaatlichkeit durch Überreglementierung genauso bedroht ist wie durch zu wenig an Regeln. (*LTAvg. Schönleitner: „Wer hat denn Verfehlungen gemacht? Die Volkspartei!“*) Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, werfen Sie mir nicht Populismus vor, das ist ein wissenschaftlich fundierter Vorschlag. Hören Sie auf, das zu leben, was Sie sonst anderen vorwerfen, nämlich Wissenschaftsfeindlichkeit, meine lieben Grünen in diesem Haus. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und Sie können mir eines glauben, wenn ich so einen Vorschlag mache, dann aus tiefer Überzeugung. Und wenn ich ihn mit dem früheren Dekan, also bis vor wenigen Monaten Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, Universitätsprofessor Dr. Christoph Bezemek, nicht gerade bekannt für mangelnde fachliche Expertise oder geringe Reputation. Wenn ich mit so jemandem so einen Vorschlag ausarbeite, dann können Sie mir eines mit Sicherheit glauben, dass er ernst gemeint ist, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Weiterhin kann ich Ihnen sagen: Ihr Hinweis auf Rechtsbereinigungsgesetze, wie etwa das Rechtsbereinigungsgesetz - das steirische - aus 2015 offensichtlich, kann ich Ihnen sagen, das ist ein unzureichendes Instrument. Und, weil ich damals schon dabei war, weiß ich, dass es ein unzureichendes Instrument ist. Weil, da sucht man dann irgendwelche Vorschriften, die die letzten 47 Jahre nicht angewendet worden sind oder die letzten 30 Jahre nicht angewendet worden sind,

schafft das Gesetz ab. Das fällt überhaupt keinem Menschen auf, weil, das ist ohnehin totes Recht. Da wird nur totes Recht sozusagen amtlich begraben. Also das ist ein Rechtsbereinigungsgesetz im Effekt. Und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte ich den radikalen Ansatz, den ich vorgestellt habe, für einerseits neuartig und andererseits durchaus erfolgversprechend, um nicht zu sagen überzeugend. Weil, wenn man den gesamten einfachgesetzlichen Rechtsbestand mit einer sogenannten Sunset Clause, also Sonnenuntergangsklausel versieht, entsteht für Verwaltung und Gesetzgebung der nötige Druck, neue, moderne Rechtsvorschriften zu entwickeln. Und ich weiß nicht, was Sie gegen das weiße Blatt Papier haben, ja um Himmels Willen, das Bessere ist des guten Feind. Setzen wir uns gemeinsam zusammen, ohne dass wir schon 100 Paragraphen wo stehen haben und finden wir vielleicht 50 gescheiterte Paragraphen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das ist der Hintergrund dieses Vorschlags, den ich im Übrigen auch in seiner Einfachheit und Radikalität so außerordentlich schätze. Und es wäre ein mutiger Schritt. Es wäre ein mutiger Schritt. Und ich kann Ihnen nur eines sagen, weil Sie die Rechtsstaatlichkeit in Gefahr sehen. Dazu habe ich Ihnen schon den Tomandl empfohlen, darf Ihnen aber auch noch Folgendes sagen: Am Abend, nachdem ich diesen Vorschlag gemacht habe, war ich in Graz bei einer Veranstaltung, die so als Meinungsbildnerinnen-Meinungsbildner-Veranstaltung bezeichnet worden ist. Jedenfalls waren viel Rechtsanwältinnen, Rechtsanwälte, Notarinnen, Notare, Freiberufler insgesamt waren recht viele dort. Ich kann Ihnen sagen, gerade die in klassischen juristischen Berufen tätigen Freiberufler haben mir an diesem Abend ausnahmslos zu diesem Ansatz gratuliert und gesagt, das ist ein Weg, wie wir unsere Rechtsordnung wirklich einfacher, schlanker, damit besser machen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Insofern darf ich zur Beantwortung Ihrer Fragen kommen:

Zu Frage 1. Ja. Grundlage dieses Vorschlags ist die Idee, alle einfachen Landesgesetze und Verordnungen mit Ausnahme von Verfassungsgesetzen, organisations- und dienstrechtlichen Vorschriften sowie einzelnen Materiengesetzen, die ausschließlich unionsrechtlich determiniert sind und eine Mindestumsetzung darstellen, wie beispielsweise das Hinweisgeberschutzgesetz, das Steiermärkische Bezirkshauptmannschaftengesetz oder das Steiermärkische Landesdienst- und Besoldungsrecht mit dem Stichtag 31. Dezember 2027 außer Kraft zu setzen. Dieses Außer-Kraft-Treten soll nicht nur eine Entschlackung des Rechtsbestandes über einen Abbau überflüssig gewordener Rechtsvorschriften bewirken, Rechtsbereinigungsgesetz, sondern auch dazu beitragen, die bestehenden

Genehmigungsverfahren und Anforderungen, wie sie in den einzelnen Gesetzen und Verordnungen vorgesehen sind, zu überdenken. Nur jene Bestimmungen, Genehmigungsverfahren und Anforderungen im Landesrecht, die einem mehrstufigen Prüfraster im Hinblick auf aktuelle Zweckmäßigkeit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit genügen, sollen in der Folge die bestehenden Regelungen als jeweils neu zu erlassene Materiengesetze und Verordnungen ablösen. Also, noch einmal, das Bessere ist des Guten Feind. Der Stichtag 31. Dezember 2027 ist ein Vorschlag und wurde so gewählt, dass die Prüfung der Erforderlichkeit des Rechtsbestandes erfolgen und externe Expertise in den Prozess einfließen kann. Selbstverständlich muss den zuständigen Ressorts ausreichend Zeit für den Rechtssetzungsprozess, bezogen auf die Nachfolgeregelungen, bleiben. Ich kann Ihnen eines sagen: Dieser mehrstufige Prüfraster - ich habe oft vom Prüfstand und vom Rütteltest gesprochen - hier ließe sich mit einem einschlägigen Zentrum, das an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Franzens-Universität etabliert ist, eine exzellente Kooperation und Zusammenarbeit auch finden, um zur exzellenten Expertise, die wir etwa in der Fachabteilung Verfassungsdienst haben, wo wir weite Teile der Legistik mittlerweile zentral organisiert haben, und unsere zahllosen fachlich versierten Expertinnen und Experten in den einzelnen Abteilungen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, alle gemeinsam könnten dann diesen Prozess begleiten hin zu einer moderneren, zu einer effizienteren und bürgerfreundlicheren Rechtsordnung.

Zu Frage 2. Ich habe den Vorschlag dieses umfassenden innovativen Reformprozesses meiner Funktion als Landesparteiobmann und Spitzenkandidat gemacht und nicht bereits als sozusagen Regierungsvorlage vorbesprochen mit meinem Regierungspartner. Ich werde es mir im Übrigen auch nicht von den Grünen verbieten lassen, zu jedem Zeitpunkt und zu jedem Thema politische Vorschläge zu machen. Denn das, meine Lieben, ist der Kern politischen Handelns, falls Ihnen das entfallen ist. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zu Frage 3. Da wissen Sie schon mehr als ich, kann ich Ihnen gleich sagen. Weil, ganz ehrlich gesagt, ist meine Antwort wahrscheinlich nur sehr wenige. Sie sagen nur eins. Glaube ich nicht ganz, da wird sich der Max ein bisschen getäuscht haben. Weil, mir fällt zwar eines auch ein, möglicherweise denken wir an dasselbe, aber ich schließe nicht aus, dass es auch andere Gesetze gegeben hat. Insbesondere in der Legislaturperiode zwischen 2005 und 2010. *(LTAbg. Schönleitner: „Wenn es um die Geruchskreise geht.“)* Die Geruchskreise, die fallen uns, glaube ich, allen ein. Also die sind, die wissen wir, die letzte Brettljause - haben wir alles noch in Erinnerung. Aber ich schließe nicht aus, dass es auch andere Bestimmungen gegeben

hat. Wenngleich wir ja in dieser Legislaturperiode beispielsweise auch einen der wegweisendsten Beiträge zur Deregulierung gesetzt haben, in dem Fall allerdings gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, nämlich, eine Novelle zum Baugesetz, der Wegfall des sogenannten Hochhausparagrafen. Ist ja mit einer Mehrheit von ÖVP, Grünen und KPÖ beschlossen worden seinerzeit. Also, weil ich solche Sonderfälle nicht ausschließen kann, müsste man fast eine rechtshistorische Arbeit ausloben, um festzustellen, vielleicht irgendwelche Statistiken aus den stenografischen Protokollen des Landtag Steiermark, wer, wann, wie oft, wo dazu gestimmt hat, gegen gestimmt hat oder sonst was. Zugegeben, bei den aller allermeisten Gesetzen werden wir mitgestimmt haben und sie somit mitbeschlossen haben. Aber wissen Sie, Frau Klubobfrau, das ist überhaupt kein Argument gegen meinen Vorschlag. Auch hier gilt, wir brauchen gelegentlich radikale Schritte der Weiterentwicklung. Sie sind, Sie sind mir, irgendwie kommen Sie mir schon als zugesetzte politische Bewegung vor. Wo ist Ihr reformatorischer Mut geblieben? Sie müssen ja nicht gleich wieder aufbesetzen, aber ein bisschen mehr Mut wäre halt möglich vielleicht. Ja. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zu den Fragen 4 bis 7 möchte ich ausdrücklich festhalten, dass die Nennung des Raumordnungsgesetzes, ich glaube, es war dann nämlich bei einem Radiointerview, wenn mich nicht alles täuscht, und nicht einmal in diesem Pressegespräch, die Nennung des Raumordnungsgesetzes beispielhaft erfolgt ist. Um einfach klar zu machen, worum es geht. Weil natürlich wäre das Raumordnungsgesetz, wäre auch das Baugesetz eines, das von einer solchen Regelung erfasst wäre. Und wissen Sie, da gehört aber schon die ganze Ängstlichkeit Ihrer Fraktion dazu, dass Sie dann zuallererst daran denken, wenn wir ein neues Raumordnungsgesetz machen, kann das nur schlechter werden. Ja, sagen Sie mir, wie kommen Sie denn auf das? Wenn ich bei einem Raumordnungsgesetz mit einem weißen Blatt Papier anfangen, sage ich Ihnen eines, tun wir uns alle anstrengen, dann bringen wir ein besseres Gesetz zusammen. Sie tun da Ängste schüren, die eigentlich überhaupt nichts mit dem konkreten Vorschlag zu tun haben. Und, weil Sie mir dann vorwerfen, ich hätte unlängst die Novelle gelobt beim Raumordnungsgesetz, dass sie in die richtige Richtung gegangen. Ja, wenn Sie, ja glauben Sie in einem neuen Raumordnungsgesetz könnten solche Vorschriften, die sinnvoll sind, nicht wieder drinnen stehen? Vielleicht im Übrigen sogar eleganter formuliert. Wissen Sie, ich bin mir manchmal nicht ganz sicher, dass wir immer die Höchsthöhe der legislativen Eleganz in unserem landesrechtlichen Bestand gezündet haben. Möglicherweise lassen sich auch manche Gesetze einfach durch bessere Formulierung bereits

zu besseren Gesetzen machen. (KO LTabg. *Krautwaschl*: „Das kann man ja alles machen, deshalb muss man nicht alles abschaffen.“) Auch da kann ich Ihnen wieder ein Beispiel, an das sich wahrscheinlich jetzt, nachdem der Walter Nerath in Pension ist, wirklich nur mehr der Max Oswald und ich uns erinnern können, ein weiteres Beispiel nennen, nämlich, es gab einmal eine Regierungsvorlage zu einem Steiermärkischen Buchmacher- und Totalisateuregesetz. Und ich habe mir dann im zuständigen Unterausschuss die Frage erlaubt, ob irgendwer da weiß, was ein Totalisateur ist. Nachdem das keiner gewusst hat, habe ich den Vorschlag, mich eingeschlossen, damit Sie mir nicht wieder Arroganz vorwerfen, mich eingeschlossen, keiner gewusst, habe ich den einfachen Vorschlag gemacht, nennen wir dieses Gesetz doch Steiermärkisches Wettgesetz. Ja, da schau her, Bumstinazl. Auf einmal weiß jeder, worum es geht in dem Gesetz. Ums Wetten. Bei Totalisateur - hätte er vielleicht geglaubt, er muss bei Total tanken oder er ist ein besserer Installateur oder, man weiß es nicht. Also, manchmal schon die sprachliche Qualität gut. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt auch beim Raumordnungsgesetz geht es einfach darum, unseren Rechtsbestand auf einen Prüfstand zu stellen, in einem mehrstufigen Prüfraster gleichsam einem Rütteltest zu unterziehen und mit ausreichender interner und externer Expertise möglicherweise ein neues und besseres Gesetz zu kreieren. Zugegeben, das Vorhaben ist ambitioniert, was die Quantität der Gesetze betrifft. Aber ich sage Ihnen, bei genauerer Durchsicht fallen uns dann eh nur vielleicht ein Dutzend von Landesgesetzen ein, die wirklich jene Komplexität haben, wo wir dann extrem lange Verhandlungen haben werden. Davon sind jetzt einige schon genannt worden. Also, mir geht es darum, einen radikalen und umfassenden Ansatz zu wählen.

Und insofern darf ich Ihnen zu den Fragen 8 bis 16 sagen, lassen Sie mich im Kontext dieser Fragen eines ganz klar festhalten: Bodenschutz ist und bleibt ein ganz wesentliches und wichtiges Thema. Die Ressource Boden ist naturgemäß begrenzt und dadurch umso wertvoller. Damit steht auch außer Zweifel, dass wir sorgsam mit ihr umgehen müssen. Wir müssen aber auch akzeptieren, dass die Nutzung der Ressource Boden bzw. von Flächen immer in einer Beziehung zu mannigfaltigen Nutzungsansprüchen der Gesellschaft steht. Arbeiten, Wohnen, Mobilität, Energie, Freizeit, und Erholung, alles davon beansprucht manchmal Flächen. Ich wiederhole dazu auch gerne meine Beispiele aus den Beantwortungen vergangener Dringlicher Anfragen, Schulen, Kinderspielplätze, Eisenbahnanlagen und dergleichen mehr. Also es gibt natürlich auch Projekte, die sinnvoll sind und wo es auch sinnvoll ist, Boden zu verbrauchen. Es wird auch in diesem Land weiterhin

Entwicklungsmöglichkeiten brauchen. Wir kennen ja nicht - Sie wollten zwar beim ersten Tagesordnungspunkt da alle Oppositionsfraktionen so gerne auf eine Stopptaste drücken, aber ich glaube, bei der Entwicklung der Steiermark werden wir uns wohl einig sein, dass wir keinesfalls auf eine Stopptaste drücken dürfen (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Bezogen auf die Einzelthemen und Detailfragen gilt es zu sagen, dass es Teil so eines Prozesses sein wird, ja sein muss, all das, was an Erfahrungen gewonnen und aus der Praxisanwendung rückgemeldet wurde, zu berücksichtigen. Daraus ergibt sich aus meiner Sicht, dass gewisse Gesetze und Verordnungen in Hinsicht auf ihre Praktikabilität angepasst und fit für die Zukunft gemacht werden müssen. Ich bin daher jedenfalls der Meinung, dass wir mit dem Steiermärkischen Entbürokratisierungsgesetz eine notwendige Basis dafür schaffen würden, unseren hart erarbeiteten Wohlstand in der Steiermark zu erhalten und damit auch eine wirtschaftliche, gute und gedeihliche Zukunft für die Steiermark sicherstellen zu können. So gesehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann ich Ihnen garantieren, dass der Landtagsklub der Steirischen Volkspartei in der nächsten Legislaturperiode mit Sicherheit diesen Antrag einbringen wird. Dann kann er ja ohnehin gedeihlichen Verhandlungen unterzogen werden, in einem Unterausschuss erörtert werden und dann kann man auch über alle möglichen Details und Verbesserungsvorschläge diskutieren. In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, alles Gute und ein steirisches Glückauf! (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.47 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Landeshauptmann. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Erwin Dirnberger. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Dirnberger – ÖVP (13.47 Uhr): Geschätzte Frauen Präsidentinnen, Herr Landeshauptmann, Frau Landesrätinnen und Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen und auch auf den Zuseher- und Zuhörerrängen!

Ja, Steiermärkisches Entbürokratisierungsgesetz, hätte ich gar nicht gedacht, dass das so ein Aufreger wird, weil, wenn ich da so zuhöre, die Grünen sind ja durchaus bereit, dass wir das durchforsten. Sie wollen es nur nicht jetzt quasi unter diesem Titel sehen. Ich als Gemeindevertreter begrüße außerordentlich diesen Vorschlag, weil nicht nur die Wirtschaft,

sondern auch wir Gemeinden stöhnen unter dieser Bürokratie, die wir gut gemeint immer weiter ausgebaut haben, aber gut gemeint muss nicht immer gut sein. Und ich glaube, dass es richtig ist, hier auch alle diese Gesetze auf den Prüfstand zu stellen und das eine oder andere wird tatsächlich abgeschafft, manches wird verändert und einiges wird unverändert bleiben. Und ich darf nur ein paar Beispiele einbringen: Ich sehe es ja sogar weiter. Also nicht nur die Bürokratie muss überprüft werden, auch die Finanzierbarkeit. Weil, das ist ein ganz wesentlicher Faktor. Und ein Beispiel ist für eine positive Entwicklung, wo wir uns darüber gewagt haben, diese Bauübertragungsverordnung, wo die Gemeinden quasi das Bauverfahren an die BH übergeben können. Haben wir gut gemeint, hat auch funktioniert, aber halbherzig war es. Sind wir draufgekommen, sind wir vorstellig geworden, jetzt hat uns der Rechnungshof unterstützt. Und jetzt kommt eine neue Verordnung, wo tatsächlich wirklich fixiert wird, dass, wenn ein Gewerbebetrieb ein Bauverfahren hat, egal ob es gewerberechtlich relevant ist oder nicht, alles die BH durchführt. Weil jetzt haben wir eine Spaltung gehabt. Alles, was gewerberechtlich und baurechtlich war, ist bei der BH gewesen. Dann haben wir Gemeinden, den Bauwerber zur BH geschickt, die hat gesagt, ja, da ist gewerberechtlich nichts notwendig, geh wieder zur Gemeinde. Das war eine Verwaltungsaufblähung und keine Verbesserung. Jetzt haben wir es geschafft. Positiv, sehr positiv, ist ein Beispiel. Und wenn die Grünen unsere Raumordnungsempfehlung an den Bund oder Diskussionsgrundlage aufgreifen, dann freut mich das sehr. Wir haben ja ein Forderungspapier an die neue Bundesregierung erstellt, im österreichischen Gemeindebund, abgestimmt im Präsidium, abgestimmt im Bundesvorstand. Da ist drinnen: Digitale Verwaltung, Gesundheit, Pflege, Bildung, Bodenschutz und Raumordnung, das ist ein wesentlicher Faktor, wissen wir, Breitbandausbau und selbstverständlich auch Finanzen. Das heißt, das ist eine Diskussionsgrundlage und wenn ich jetzt da eine Liste habe, ich kann sie dir vorlesen, was wir als Gemeindebund schon bereits erstellt haben, als steirischer, wo Dinge dabei sind, die wir aus unserer Sicht ersatzlos streichen können und wo wir eindeutig Verbesserungsbedarf sehen. Und wenn die Raumordnung, die steirische angesprochen worden ist, dann ist die zweifellos aufgebläht. Und wenn Verfahren für die Gemeinden sechs Jahre, sieben Jahre, zehn Jahre dauern, dann hat es da was. (*LTA*bg. Schönleitner: „Aber das hat mit der Verwaltung, dem Gesetz nichts zu tun.“) Dann hat es da was. Nein, nein, das ist nicht nur eine Personalgeschichte. Da müssen wir ernsthaft hinschauen. Und die Folge, warum sie zum Teil, da gebe ich dir schon recht, so kompliziert worden ist, weil wir natürlich immer aufs Baugesetz schauen müssen. Und wenn ich die Geruchsproblematik anschau, dann haben wir

jetzt im Raumordnungsgesetz was übernommen, was im Baugesetz schon Standard gewesen ist, die GRAL-Methode. So, jetzt haben wir die GRAL-Methode im Raumordnungsgesetz hieven müssen, damit nicht Ungleichheit entsteht. Das ist natürlich ein zweifellos gewaltiges Bürokratiemonster und verursacht enorme Kosten. Aber was ist die Ursache? Die Ursache ist Stand der Technik. Wir sind gesetzlich verpflichtet, den Stand der Technik zu übernehmen. Der ist im Baugesetz verankert. Und wer definiert den Stand der Technik? Wer? Das sind Fachleute, Experten, das sind auch Lobbyisten. Lobbyisten, die daraus, wenn sie das hineinbringen, weil es Verschärfungen gibt, weil dann mehr quasi zu investieren notwendig ist, eigentlich den Stand der Technik nach oben treiben. Ob es immer im Interesse der Bevölkerung ist, ist zweifelhaft. D.h., auch dort müssen wir hinschauen, dass wir diesen Stand der Technik einfangen. Das haben wir geschafft im Baugesetz beim Geruch, weil wir es ins Gesetz geschrieben haben. Und trotzdem ist es sehr, sehr mühsam, aber wichtig, weil wir in der Steiermark regionale Produktion haben wollen, weil wir regionale Wertschöpfung haben wollen und weil wir auch krisensicher sein wollen. Das bedeutet aber schon, dass eine gewisse Zumutbarkeit in der Bevölkerung sein muss für Geruch. Nur ein Ausflug in diese Richtung. Und wenn ich jetzt das Zweite anspreche, was ich ansprechen möchte, dann müssen wir neben der Durchforstung der Bürokratie auch sehr wohl die Finanzierbarkeit anschauen. Und da geht es für mich um die ganzen Unterstützungsleistungen, Sozialleistungen und dergleichen. D.h., hier gibt es Bürokratie, aber auch Kosten. Wie können wir die minimieren? Können wir die bündeln? Können wir effizienter werden? Weil, warum? Wir sind in der Budgetphase. Unzählige Gemeinden schaffen das nicht mehr. Und wenn ich Zahlen nennen darf, dann sind die Ausgaben für den Sozialhilfeverband 23 bis 24 in meiner Gemeinde (LTabg. Schönleitner: „Das hat nichts mit der Bürokratie zu tun.“) plus – das hat mit Bürokratie und auch mit Gesetzen zu tun - plus 18 %. Jetzt noch einmal von 24 auf 25 plus ca. 25 %. Und im gleichen Zeitraum steigen die Ertragsanteile in einem Jahr 2 % und im nächsten Jahr 0,4. (LTabg. Schönleitner: „Ja, wer hat denn die Regelung gemacht im Finanzausgleich?“) Noch einmal, jetzt kommt, natürlich das Berühmte der Finanzausgleich. Gleichzeitig, dein Herr Gesundheitsminister ist im Finanzausgleich daneben gesessen, hat ihn mitverhandelt. Und wenn ich jetzt beim Bund anklopfen muss, was du meinst, sagt der Bund, wir haben die Herausforderung, das Budget zu sanieren und in den Griff zu bekommen. Wir haben den Ländern und Gemeinden 2,4 Milliarden zur Verfügung gestellt, jedes Jahr. Wir haben den Gemeinden 2,5 Milliarden Investitionsprämie zur Verfügung gestellt. Im Gegensatz zum Jahr 2017, da waren es nur 300 Millionen. So gesehen war der Bund

großzügiger, aber wir wissen, es ist zu wenig. Und wir treiben die Leistungen ständig in die Höhe, mit mehr Leistung für die Bevölkerung. Und da müssen wir aufwachen. Das stemmen unsere Kommunen nicht. Und wenn wir jetzt hergehen, wenn die Forderung ist, das Land soll da mehr übernehmen. Auch das wird nicht so funktionieren, wenn wir sehen, wie die budgetäre Situation des Landes ist. Das heißt, Eigenverantwortung, wir wollen keinen Kahlschlag, wir wollen eine Durchforstung, Durchforstung bezüglich Bürokratie. Wir wollen aber auch aus meiner Sicht überprüfen, wie das Ganze finanzierbar ist, damit wir in die richtige Richtung marschieren können. Und so sehe ich das als vollkommen richtig, wichtig und unverzichtbar an, dass wir dieses Endbürokratiegesetz quasi in den Gang bringen. Ich weiß, dass das eine Riesenherausforderung sein wird und dass der Zeitraum drei Jahre sehr sportlich ist. Aber wir als Gemeindebund und ich als Vertreter des Gemeindebundes in Zukunft bin mit Sicherheit dabei und ich bedanke mich, Herr Landeshauptmann, für diese Initiative. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.56 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Andreas Lackner. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Andreas Lackner – Grüne (13.56 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Ja, irgendwie erinnert mich das so an diese Geschichte: „Haltet den Dieb.“ Es ist schon erstaunlich, dass die ÖVP so tut, als ob sie mit Bürokratie nichts zu tun hätte. *(Beifall bei den Grünen)* Und dass man jetzt vor der Wahl draufkommt, wir haben ein bisschen zu viel Bürokratie. Okay, sei es wie es sei. Wir haben in unserer Anfrage auch ganz konkrete Fragen gestellt. Und ich finde es auch ein bisschen befremdlich, dass man da so en bloc einfach eine allgemeine Antwort kriegt und vielleicht, Herr Landeshauptmann, melden Sie sich ja noch einmal zu Wort. Mich würde die Frage 15 wirklich interessieren. Das ist eine ganz konkrete Frage: Wie stehen Sie angesichts des Ziels Versorgungssicherheit zur Forderung nach einer Ausweitung von landwirtschaftlichen Vorrangzonen? Ich hätte einfach gerne Ihre Meinung dazu. Mir ist das nämlich wichtig, weil die größte Bedrohung für unsere Ernährungssouveränität, für unsere Ernährungssicherheit ist aus meiner Sicht der ungehemmte Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche. Und da nutzt es auch nichts, wenn wir eine Lebensmittelstrategie machen. Ich habe mir die angeschaut. Da kommt das Thema

null vor. Das ist aber entscheidend. Wenn wir immer weniger landwirtschaftliche Fläche zur Verfügung haben, dann haben wir irgendwann ein Problem. Und ich habe es da schon gesagt, wir haben innerhalb von zehn Jahren - 250.000 Hektar sind nicht mehr landwirtschaftlich genutzt. Das ist ein Problem. Und es ist klar, wir werden weiterhin Boden in Anspruch nehmen. Das ist nicht die Frage. Die Frage ist: Wofür und in welchem Ausmaß? Und eines ist auch klar, die Ressource Boden ist endlich. Die kann man nicht vermehren. Und in der Steiermark haben wir nur mehr 1000 Quadratmeter Acker pro Nase und die EVO sagt, wir brauchen eigentlich 3000. Also da ist höchst an der Zeit, dass wir da endlich eine Wende herkriegten. Da würde ich mir einfach eine Antwort wünschen, wie Sie das sehen. Und vielleicht noch als gedankliche Anregung: Was bringt mehr Ertrag? Der x-te Supermarkt oder der Acker? Der Supermarkt bringt mehr Ertrag - unsere Ernährung sichert aber der Acker. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 13.59 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Landtagspräsidentin Manuela Khom. Bitte, Frau Präsidentin.

Erste Präsidentin LTAbsg. Khom – ÖVP (13.59 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Regierungsmitglieder, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich verstehe durchaus, dass man im Wahlkampf das Thema Bodenversiegelung gerne noch einmal bespricht. Ich verstehe es auch, dass man eine Sondersitzung nutzt, wenn sie schon da ist. Nur den Zusammenhang kann ich oft nicht feststellen. Weil, wenn es im Antrag lautet, dass die Idee von Herrn Landeshauptmann – die Sandra, glaube ich, hat das irgendwie so gesagt: „Keine Gesetze mehr zu haben, also das ist die große Herausforderung.“ Dann haben wir nur mehr eine Herausforderung, das ist nämlich der Bodenschutz, weil, der wird bei euch angesprochen. Die Idee von Herrn Landeshauptmann ist ja keine neue, ich bin nur verwundert, dass wir darüber heute sprechen, weil er einfach eine einzige Geschichte anders angesprochen hat, so wie wir sie sehr oft hier im Haus ansprechen. Wir sprechen sehr oft von der Digitalisierung, wenn ich den Kollegen der Neos sehe, der das ja auch lebt, der Niko. Wir haben viele Gesetze, die wurden gemacht, da haben die meisten von euch kein Handy besessen. Auf meinem Handy sind so viele Sachen, aber es kann so viele Dinge mit meinem Handy tun. Aber ich habe manchmal Rahmenbedingungen, dass ich das, was ich könnte, technisch nicht tun kann. Also da braucht man schon eine Anpassung von Strukturen. Das höre ich sehr oft in diesem Haus. Und ich höre ganz, ganz oft: Wir müssen die Bürokratie

stoppen. Da müssen wir aber auch was tun. (*LTAvg. Schönleitner: „Aber, wenn ihr alles selber gemacht habt.“*) Darauf warten, dass es von allein passiert, das wird nicht passieren. Und der Herr Landeshauptmann hat jetzt eine Geschichte anders gesagt, so wie sie früher ganz oft von ihm gesagt wurde. Nämlich, dass er gesagt hat, wir machen uns selber einen Zeitdruck. Indem wir sagen, wir sagen, bis 27 müssen wir alle die Gesetze rütteln. Wisst Ihr, ich bin ja noch viel ärger, ich würde ja alles andere auch rütteln, ich würde jede Verordnung rütteln und alles andere, was wir tun, auch. Wir sind nicht umsonst im Fernsehen mit Vorschrift ist Vorschrift. Das sind ja keine erfundenen Fälle bei Vorschrift ist Vorschrift, sondern das sind Grundlagen, die wir geschaffen haben. Und ich kann mich erinnern, als Werner Amon gekommen ist, war die erste Geschichte, die er abgeschafft hat - da steht nämlich drinnen in unseren Kindergärten und Kinderkrippen ist die Kühlkette einzuhalten. Woraufhin es notwendig war, dass unsere Kindergärten, Elementarpädagoginnen alle vier Stunden schauen müssen, ob im Kühlschrank vier Grad ist. Also mir ist nicht bewusst, dass wir nach wie vor Kühlschränke in unseren elementarpädagogischen Einrichtungen haben, wo man am Tag einen Eiswürfel reinlegt und dann schaut, ob er schon geschmolzen ist oder ob noch immer vier Grad sind. (*LTAvg. Schönleitner: „Wer hat diese Regeln gemacht?“*) Aber da sind wir jetzt. Und ja, Lambert, wir in diesem Haus haben es gemacht. Du bist schon so lange dabei. (*LTAvg. Schönleitner: „Ja, ich glaub schon.“*) Also wir in diesem Haus haben es gemacht. Aber es hindert uns ja nicht daran zu sagen, es hat sich rundherum etwas verändert und darum müssen wir auch Strukturen verändern. Und ich glaube, wir müssen Strukturen verändern, indem wir unsere Gesetze noch einmal durchrütteln, indem wir auch Verordnungen durchrütteln. Das höre ich hier in jeder zweiten Landtagssitzung. Und plötzlich ist es: Wir wollen Gesetze noch einmal anschauen. Und ihr habt sie gemacht. Das ist auch größer, wenn man sagt, ich habe ein Gesetz gemacht, die Zeit hat sich verändert, ich muss noch einmal draufschauen. Also ich halte das für Verantwortung. Das ist vielleicht ein Unterschied von einigen anderen, die sagen: Ich habe einmal etwas gemacht und das ist ein Leben lang richtig. Also das war in meinem Leben noch nie so. Im Nachhinein habe ich mir oft gedacht, ich hätte es ein bisschen anders machen sollen oder ich verändere es heute. Und ich würde es für eine gute Idee halten, wenn wir in der nächsten Periode - wer auch immer hier dabei ist und Verantwortung nimmt, sich dieses Themas annimmt. Und genau das hat der Landeshauptmann gesagt, dass es dringend notwendig ist. Denn Ihr kennt die Geschichten alle, wenn Ihr rausgeht. Weil Ihr seid, also zumindest sagst du es immer, du bist bei den Menschen. (*LTAvg. Schönleitner: „Ja, sind wir.“*) Ja, dann hörst du aber auch, was es alles

für Probleme gibt. Und dann muss man aber den Mut haben, Lambert, es auch zu verändern. Und ich finde es super, dass der Landeshauptmann den Mut hat und sagt: Ja, wir haben Gesetze, die Struktur nicht mehr so haben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und wir müssen anpassen an das normale Leben, das sich verändert hat. Früher's Zeiten hat man gesagt, eine BH darf nur so weit entfernt sein, dass man sie an einem Tag erreicht. Da ist man aber zu Fuß gegangen oder mit dem Ross geritten. Und wir haben es verändert, weil sich rundherum was verändert hat. Und ich glaube, dass wir das auch bei den Gesetzen tun müssen. Und es ist ja keine Drohung zu sagen, ich nehme ein weißes Blatt und fange von vorne an. *(KO LTAbg. Krautwaschl: „Oh ja.“)* Nein, Sandra. Ich schreibe manchmal meine Reden. Dann schreibe ich die Reden, dann denkt man, naja, das sage ich jetzt anders. Dann streiche ich durch, dann schreibe ich drüber, dann schreibe ich wieder durch. Und irgendwann bin ich dann so weit, dass man denkt, na, vor lauter hingestrichen und hergestrichen weiß ich schon gar nicht mehr, was ich sagen wollte. Und dann nehme ich auch ein neues Blatt Papier. Weil, wo ich hinwill, weiß ich ja. Und ich glaube, dieses Haus weiß ja heute auch, wo es hin will mit der Raumordnung. Ich meine, wir haben ja nicht vergessen, was wir vor Kurzem beschlossen haben. Aber es kann uns nicht daran hindern, zu sagen, was hat sich verändert und was können wir noch einmal neu tun. Und wir sind uns ja einig in allen Wortmeldungen, Entbürokratisierung ist etwas, das wir brauchen. Redet mit den Menschen, die draußen wirtschaftlich Verantwortung übernehmen. Die sagen: Es ist ein Wahnsinn, ich habe so einen Aufwand, um irgendetwas nach vorne zu bringen. Das ist eine Katastrophe. Und auf das müssen wir reagieren, glaube ich. Wenn wir den Wirtschaftsstandort Steiermark hochhalten wollen, müssen wir darauf reagieren und sagen, wir dürfen nicht. Und ich sage das bewusst, weil ja, ich war auch dabei, Sandra. Wir haben ganz oft versucht zu schützen, aber manchmal haben wir vor lauter Schützen verhindert. Und wir müssen jetzt ganz bewusst sagen, wir müssen offen sein. Die innovative Steiermark braucht auch in der Gesetzgebung dieses Offensein. Zulassen, unterschiedliche Dinge zulassen. Lambert, im Leben ist nie etwas zu spät. Nie. Wenn du fünf Meter vor dem Abgrund stehst und sagst, kann man nichts machen, haben wir immer so gemacht, dann rennen wir weiter. Ich bin der Meinung, wir wissen, dass wir zu viel an Bürokratie haben. Wir wissen, dass einige Dinge geändert gehören, damit dieses Land auch in Zukunft vorne dabei ist. Als die, die innovativ sind, als diejenigen, die sich trauen – die sich trauen, die Dinge, die sie beschlossen haben, zu hinterfragen. Als diejenigen, die sich trauen, zu sagen, den Rahmen, den wir schaffen, den passen wir an die Gegebenheiten an. Das nenne ich mutig. Und ich hoffe, wer auch immer in der nächsten

Legislaturperiode, die in diesem Haus sitzt, hat diesen Mut, die Steiermark nach vorne zu führen, dafür zu sorgen, dass Wirtschaft wieder möglich ist, dafür zu sorgen, dass meine Pflegekräfte und Ärzte nicht mehr Zeit damit verbringen, irgendwelche Zettel auszufüllen, sondern dass sie bei den Menschen sind, um diese zu versorgen. Die Dinge sind unsere große Aufgabe. Und ich hoffe sehr, dass das heute unsere letzte Landtagssitzung ist und dass in der nächsten Landtagssitzung ganz viele mutige Menschen hier drinnen sitzen, die sagen, ja, wir arbeiten für die Steiermark, wir arbeiten für die Zukunft und ja, wir werden viele Dinge hinterfragen und wir werden diese Steiermark wieder innovativ nach vorne tragen. Das wünsche ich mir als Steirerin. Glückauf! (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.07 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (14.07 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ja, irgendwie so auf gut steirisch, wie man so schön sagt: „I woas ned, ob i lochn oder rean sull“. Das ist wirklich unfassbar, was da gerade abgeht. Also, Ihr wollt uns also wirklich hier ernsthaft jetzt erklären, wir haben keine Chance, Bürokratie irgendwie in den Griff zu kriegen, irgendwelche Dinge zu novellieren, ohne alle Gesetze mit einem Ablaufdatum zu versehen und einen kompletten Wahnwitz zu beginnen. Bei all diesen Dingen, das ist so ein verantwortungsloses Hasard-Spiel, dass ich es einfach überhaupt nicht fassen kann. Ich kann es nicht fassen, dass Ihr auch noch zur Verteidigung von dem rausrennt. Es ist unglaublich. Aber gut, ich versuche trotzdem auf ein paar Dinge einzugehen, die vielleicht die Absurdität des Ganzen nochmal hervorstreichen. Der Herr Landeshauptmann hat ja, also, und ich nehme ihn insofern schon noch beim Wort, er hat ja wortwörtlich in seiner Aussage vom Raumordnungs- und Baugesetz gesprochen als weißes Blatt Papier. (*LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Das war ein plakatives Beispiel.“*) So, jetzt - ja, hat er gesagt, das war halt irgendein Beispiel. Ich nehme das trotzdem als gefährliche Drohung, weil, er hat keine einzige Frage zu diesem Gesetz beantwortet. Wir haben ihn einige Dinge jetzt gefragt, um seine Haltung. Er weiß offensichtlich überhaupt nicht, worum es bei dem Gesetz geht, was da die Probleme sind. Er hat keinen einzigen unserer Reformvorschläge, die in unseren Fragen enthalten waren und die auch Reformvorschläge des Gemeindebundes sind, er hat sich in keinsten Weise dazu geäußert. Und dann sagt er: Wir sind nicht reformmutig. Ja genau, wir bringen hier ständig, nicht nur in dem Bereich - der ist definitiv für uns sehr wichtig, weil, der Erhalt der

Lebensgrundlagen wird niemanden wundern und sollte eigentlich für alle das oberste Gebot sein und das wichtigste - wir bringen laufend dazu Vorschläge ein, Reformvorschläge. Ich habe das dezidiert hier draußen gesagt und ich wiederhole das gern noch einmal. Ihr habt uns jederzeit dabei, wenn es darum geht, sinnlose Verordnungen, sinnlose Bestimmungen auszumisten, gerade in der Pflege, das ist genannt worden von irgendwem, gerade dort, das haben wir so oft eingefordert. Warum habt Ihr es nicht gemacht? Warum macht Ihr das nicht? Und jetzt – zehn Tage vor der Wahl müssen wir jetzt dann alle Gesetze abschaffen, damit wir alles neu machen können. Das ist so durchschaubar und lächerlich, einfach unglaublich. Es ist einfach kein reformatorischer Mut da gewesen und jetzt kriegt man vor der Wahl die Panik und rennt raus und muss irgendeinen populistischen Unsinn von sich geben. Das ist einfach – das ist einfach völlig verantwortungslos. Völlig verantwortungslos. Also ich kann es nach wie vor nicht wirklich glauben. Ich kann nicht glauben, dass es Menschen dann gibt bei den Abgeordneten, die rausrennen und das auch noch verteidigen. An eurer Stelle würde ich in Deckung gehen und mir denken, um Gottes Willen, was ist ihm da wieder eingefallen? Was ist denn das wieder für eine Schnapsidee? Das gibt es ja einfach nicht. (*LTabg. Mag. Schnitzer: „Das ist die Zukunft, das ist verantwortungsbewusst.“*) Und klipp und klar noch einmal, der Herr Landeshauptmann hat es ja auch nicht bestritten, dass Ihr das alles selber beschlossen habt. Und was ich nicht verstehe, Herr Landeshauptmann, da ist jetzt einfach noch eine ganz konkrete Frage zu dem Beispiel, wo du gesagt hast, du hast dir an den Kopf gegriffen, dass der seine PV-Anlage nicht installieren kann, weil oben so viel Schotter gelegen ist und der ist ja viel schwerer und irgendeine Verordnung verhindert das. Bitte, warum habt denn Ihr solche Verordnungen nicht längst abgeschafft? Warum ist das nicht passiert? Das ist doch lächerlich. Ihr macht da einen populistischen Blödsinn kurz vor der Wahl und setzt unseren Rechtsstaat auf das Spiel. Und da steige ich auch nicht runter. Und wenn man was ernsthaft angehen will, wenn man Entbürokratisierung ernsthaft angehen will, sind wir jederzeit sehr, sehr gerne dabei. Es gibt ganz viele Dinge, die man novellieren kann. Aber novellieren heißt nicht alles wegstreichen und dann uns alle in eine Situation bringen, wo kein Mensch wissen kann, wie das dann ausgeht. Rütteln, rütteln, rütteln. Wir sind nicht zum Rütteln da. Wir sind da, um die Zukunft zu gestalten. Wir sind da, um eine gute Zukunft zu gestalten. (*Beifall bei den Grünen*) Also, um nochmal auf den Anlassfall Bodenschutz zurückzukommen. (*LTabg. Mag. Schnitzer: „Das ist ja das eigentliche Thema.“*) Das ist ein wichtiges Thema. Genau. Und es ist auch nach wie vor für mich komplett unverständlich, dass der Herr Landeshauptmann keine einzige Antwort gibt, aber dieses Gesetz mit einem

weißen Blatt Papier anfangen will, okay, sagt auch etwas aus. Wir stehen als Grüne jedenfalls für klare Regeln und für den Schutz unserer Lebensgrundlagen. Und das ist auch unsere Verantwortung gegenüber den Steirerinnen und Steirern. (*Landeshauptmann Mag. Drexler: „Ich weiß nicht, was da die gefährliche Drohung ist? Das ist lächerlich.“*) Und das ist aus meiner Sicht auch die Essenz politischer Verantwortung. Und das nennen wir Zukunft gestalten. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 14.13 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Lambert Schönleitner. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (14.13 Uhr): Der Landeshauptmann hat die Frage gestellt, ob er jetzt schlüssig wird, wenn ich rede. Ich rede nicht über Bodenschutz. Ja. Schau, freuen Sie sich, ein Wahnsinn. Obwohl das ein wichtiges Thema ist, das wisst Ihr. Aber haben wir schon oft geredet. Ich rede über das größere Problem heute, über die Volkspartei. Ja, weil, Herr Landeshauptmann, das ist schon - ich meine - es ist eh versucht worden, wegzuwischen, was das für eine Großtat ist und für eine Heldentat, dass der Landeshauptmann wenige Tage vor der Landeswahl herkommt und sagt, die Bürokratie gehört weg. Weil, in der Analyse stimmt es ja völlig, was Ihr sagt: Viele Menschen sagen uns dauernd und unentwegt, wie kompliziert es ist, dass wir Regelungen haben, die der Sache nicht zuträglich sind, sondern die eher behindern. Ich sage euch aber schon auch dazu, Kollege Schwarz hat es unlängst gesagt von der SPÖ zu Recht, dass Bürokratie nicht immer nur einseitig oder Regelungen, so muss man sagen, einseitig als negativ gesehen werden müssen, sondern sie sind halt auch unsere Spielregeln in der Gesellschaft. Das ist etwas Wichtiges, weil wir tun schon ein bisschen, wenn der Landeshauptmann hergeht, und das hat mich auch gestört, das sage ich ganz ehrlich, und nach außen geht und sagt, jetzt müssen wir quasi alles, was wir da haben, an Rechtsgrundlage hinterfragen, weil das ist ja alles so arg, dann muss man schon auch die Frage stellen, ob die notwendige Ernsthaftigkeit, und das unterstütze ich schon, da ist, um Wert zu schätzen, dass Sie viele Fraktionen hier herinnen und Menschen unterhalten haben, welche Regeln schaffen wir uns für die Gesellschaft, damit wir gut zusammenleben. Das ist im Sozialbereich so, das ist im Umweltbereich so, im Landwirtschaftsbereich und überall. (*KO LTAbg. Riener: „Bundesgesetze bleiben eh.“*) Aber, der Kern der Debatte ist für mich ein ganz anderer. Wenn sich nämlich der Landeshauptmann herstellt, der Volkspartner, und sagt, das ist ja alles so arg und alles so schlecht und wie die Betriebe behindert sind und wie

in der Steiermark quasi heruntergewirtschaftet wird, weil wir so kompliziert sind. Ja, bitte schön, dann müsst Ihr euch die Frage gefallen lassen, wer hat denn das gemacht? (*KO LTA*bg. *Riener*: „*Deswegen müssen wir es lassen?*“) Manuela, ich weiß nicht, was du jetzt da hinten, Frau Präsidentin, Manuela, weil du gesagt hast, die Vier-Grad-Regelung in den Kühlschränken. Ja, ich kann mich nicht erinnern, dass das ein Antrag vom Dr. Murgg oder von mir war, dass wir vier Grad in die Kühlschränke der steirischen Kinderbildungseinrichtungen gefordert haben. Das war natürlich die Volkspartei und ihr Gesundheitsresort. Ich habe vorher nachgeschaut, die genau diese Dinge festgeschrieben hat. Und darum ist es halt schon – darum ist es schon ein bisschen seltsam, wenn die Volkspartei da die große Kämpferschaft wenige Tage vor der Wahl für den Bürokratieabbau ausruft. (*LTA*bg. *Eisel-Eiselsberg*: „*Wo ist das Problem, wenn wir es jetzt.*“) Ja, du - es ist gesagt worden, wir sind viel unterwegs und das sind wir wahrscheinlich alle in Wahlkämpfen. Und ich kann dir sagen, die Kritik, die da kommt, die da kommt an die ÖVP und ihrer Wirtschaftsverantwortung und an der Wirtschaftskammer auch, um einmal etwas Konkretes zu nennen, die sagen, ja, darum Bürokratieabbau und in Wirklichkeit sind sie selber Versuchsanstalt für Bürokratie, wie es dort teilweise zugeht mit den fünf Fachgruppen. Da muss man schon sagen, dann ist die Frage erlaubt, wie kann eine Partei wenige Tage vor der Wahl sagen, wie arg das alles ist und hat offenbar kein Bewusstsein dafür – kein Bewusstsein dafür, dass sie selber jahrelang in Verantwortung war, auf europäischer Ebene, weil, es wird ja immer über die europäischen Normen auch diskutiert, auf Bundesebene und auch in der Steiermark. Ich könnte ein Lied davon singen, was mir Landwirtinnen und Landwirte sagen, wie sie von der Wirtschaftskammer dauernd immer wieder unter Druck gebracht werden, wenn sie Brot backen oder irgendein Lebensmittel erzeugen, weil sie sagen, es ist alles so kompliziert, aber die Wirtschaftskammer will die Regeln so streng haben. Schau ich zu dir hin, Hubert, du kennst die Geschichten wahrscheinlich. Ja, das ist ja alles von der Volkspartei gemacht. Und ich kann euch noch ein paar Beispiele nennen. Herr Landeshauptmann, wenn du was tun willst für den Bürokratieabbau, ja dann geh doch bitte her, nur ein Beispiel, und schaff das Steirische Tanzschulgesetz ab. Das brauchen wir nicht wirklich, weil die Leute tanzen in Niederösterreich und in Oberösterreich nicht anders wie in der Steiermark. Aber wer hat das Gesetz gemacht? Ihr habt es gemacht. Und dann nenne ich euch noch ein Beispiel aus jüngerer Geschichte. Wir haben ja immer super Begrifflichkeiten gehabt. Das war zwar damals FPÖ-Verantwortung, aber Ihr wart Regierungsmehrheit trotzdem. Letale Vergrämung der Krähen war so ein Begriff. Seltsame Begrifflichkeiten. Aber dann ist es z.B. um die

Neophytenbekämpfung gegangen. Ich bin hergegangen und habe gesagt, ja um Gottes Willen, warum macht die Steirische Landesregierung nicht zumindest einen eigenen kurzen Abschnitt im Naturschutzgesetz? Machen sie ein eigenes Gesetz. Das heißt nicht Neophytengesetz, sondern das heißt Bekämpfung der invasiven Arten. Ja, also Neobiota und Neophyten und alles. Ja, haben wir auch wieder ein eigenes Gesetz gebraucht. *(KO LTAvg. Riener: „Willst es abschaffen?“)* Ja, das haben nicht wir gemacht. Das hat die Regierung gemacht, die Steirische Landesregierung, mit Applaus der ÖVP, sage ich euch, ja. Und die Dinge, die darf man aus meiner Sicht wirklich nicht ganz vom Tisch wischen. Ich war unlängst und die Wirtschaftslandesrätin weiß es *(KO LTAvg. Riener: „Es geht um die Lesbarkeit.“)*, in der Kunst, hört mir noch kurz zu, in der Kunstuni, Josef Joffe, ehemaliger Zeitherausgeber, der hat auch gesagt, alle sind durch Bürokratie belastet. Und er hat uns in einer gewissen Weise einen Spiegel vorgehalten. Ich habe zwar bei Weitem nicht alles geteilt, was er gesagt hat. Es ist darum gegangen, Amerika läuft, Europa hinkt. Aber eines muss uns schon klar sein, wenn wir die Gesellschaft organisieren, und das ist mein letzter Appell noch, dann braucht es Regeln. Und mir ist es ein bisschen zu banal, zu oberflächlich und auch zu populistisch, um zu sagen, jetzt müssen wir alles hinterfragen, weil, wir müssen alles gleich wegräumen und dann fangen wir ganz von Neuem an. Das ist ja die Kernbotschaft. Da kann sich jede Steirerin und jeder Steirer denken, warum das der Grund ist. Weil die ÖVP eben genau nicht glaubwürdig war in den letzten Jahren beim Bürokratieabbau, weil Ihr nicht glaubwürdig wart und weil Ihr in die falsche Richtung gegangen seid. *(KO LTAvg. Riener: „Vor was habt ihr Angst?“)* Wer etwas ändern will, kann es jederzeit tun. Und wenn ein guter Vorschlag kommt, wird der Landtag dem zustimmen, weil unsinnige Regelungen brauchen wir nicht. Aber einfach eine Luftblase hinauslassen und sagen, *(KO LTAvg. Riener: „Das ist ein Inhaltsplan.“)* das ist jetzt die große Initiative des Landeshauptmannes, das ist halt doch ein wenig durchschaubar. Kein Wort zum Bodenschutz, sondern zur ÖVP und wie es um die Bürokratie wirklich bestellt ist. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 14.20 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eigentlich hätte ich fast einen Ruf zur Sache machen müssen. *(KO LTAvg. Schwarz: „Aber keiner weiß, was die Sache ist.“)* Und populistischer Unsinn und Blödsinn und derartige Wortmeldungen hätte ich mir, und ich habe vor kurzem ein Interview gegeben über dieses Haus, dass man hier auf Augenhöhe miteinander umgeht, da habe ich wohl zu voreilig gehandelt. Abschließend zu Wort gemeldet, Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler. Bitte schön, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Drexler – ÖVP (14.20 Uhr): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Klubobfrau!

Jetzt wollte ich mich gerade an dich wenden, damit du die Fassung wieder gewinnst, denn ich möchte wirklich – ich möchte einfach wirklich hier die Scheu und die Furcht nehmen. Das ist ja kein Projekt, das zum Schaden der steirischen Rechtsordnung sein soll. Ganz im Gegenteil, ganz im Gegenteil. Und übrigens, lieber Lambert, genau dein Tanzschulgesetz wäre auf diesem Prüfstand und würde dann den Prüfraster überleben oder auch nicht erleben. Campingplatzgesetz haben wir glücklicherweise noch keines, das fordern nur einzelne. Wäre aber auch am Prüfstand. *(KO LTAbg. Krautwaschl: „Ich habe einfach keine Antworten auf unsere Fragen gehört.“)* Also, noch einmal, hier geht es darum, das ist ja eigentlich eine Selbstverpflichtung mit diesem Gesetzesvorschlag. Es ist eine Selbstverpflichtung, neue, bessere Vorschriften zu machen, weniger Vorschriften zu machen. Vielleicht auch besser formulierte, wie ich vorher gesagt habe. Also das ist bitte schön kein bedrohlicher Vorschlag, sondern das ist ein befreiender Vorschlag, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Zum Zweiten, bei aller Liebe, ich finde das immer sehr bemerkenswert, wenn einzelne Fraktionen ja mehr oder weniger behaupten, überhaupt alles, was in diesem Staat jemals gemacht wurde und beschlossen wurde, ist von der österreichischen Volkspartei gemacht, beschlossen und initiiert. Also auch Kollege Lambert, Schönleitner, ich kann dir auch hier – kann ich relativierend einwenden. Das ist bei Weitem nicht so, wie du das vermutest, dass überhaupt alles von der ÖVP ist. Also dazu würde ich ja nicht einmal als Landespartei, Obmann der steirischen Volkspartei mich hinreißen lassen, eine derartig schrankenlose Gesamtverantwortung für alle Wohltaten der letzten Jahrzehnte zu übernehmen. Keinesfalls. Und im Übrigen, jedes einzelne Gesetz hier braucht eine Mehrheit. Und deswegen, Mehrheiten sind regelmäßig nur dann erzielbar, wenn unterschiedliche Meinungen verhandelt werden und wenn es schlussendlich zu hoffentlich tragfähigen Kompromissen kommt. Das ist ja das Wesen auch politischen Handelns und Verhandeln. Wenn ich eine Mehrheit erreichen will, brauche ich einen tragfähigen Kompromiss und ein Aufeinanderzugehen. Das ist das Entscheidende. Und hier hätte man einfach die Chance, einen wesentlichen Beitrag zur Verschlankung unserer Rechtsordnung zu leisten, bessere Vorschriften gemeinsam zu entwickeln und zu erarbeiten, viel externe Expertise mit einzubeziehen und am Ende bessere Verhältnisse für die Steirerinnen und Steirer zu erzielen. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die eigentliche Aufgabe jedes Einzelnen von uns. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP – 14.23 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Damit ist die außerordentliche Sitzung beendet.

Versuchen Sie wie immer, auch wenn es schwierig ist, die positiven Dinge des Lebens zu sehen. Bleiben Sie gesund. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 14.23 Uhr